

Stenographisches Protokoll

über die

25. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 13. Februar 1896.

Inhalt:

Auflage.

Bericht des Unterrichts-Ausschusses über den ihm zugewiesenen Theil des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 4, betreffend den anlässlich der Frage der Errichtung eines Staats-Untergymnasiums mit deutsch-slovenischer Unterrichtssprache in Cilli gefassten Landtagsbeschluss, Seite 6 und die Thätigkeitsbericht-Beilagen Nr. 1 und Nr. 2 (Beilage Nr. 103 — Annahme der Anträge des Unterrichts-Ausschusses).

Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Antrag des Abg. Dr. Theodor Starkel und Genossen, betreffend die Abänderung des § 20 der Gemeinde-Wahlordnung der Landeshauptstadt Graz (Beilage Nr. 90 — Annahme des Antrages des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten).

Mündlicher Bericht des combinirten Finanz- und Landes-cultur-Ausschusses über den Antrag der Abg. Hagenhofer, Probošcht und Genossen, betreffend die Bewilligung eines Betrages von je 10.000 fl. ö. W. für die Jahre 1896, 1897, 1898, 1899, 1900 zum Ankaufe von Zuchthieren und die Errichtung von Zuchtstationen (Beilage Nr. 81 — Annahme des Antrages des combinirten Finanz- und Landes-cultur-Ausschusses).

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des Landes-Ausschusses mit dem Antrage, die Wegparzellen 480/2 und 480/3 der Catastralgemeinde Giefau, Grundbuchseinlage 3. 46, dem Bezirke Eisenerz als öffentliches Gut unentgeltlich in sein Eigenthum zu übertragen (Beilage Nr. 51 — Annahme des Antrages des Finanz-Ausschusses).

Bericht des Landes-cultur-Ausschusses über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 40, betreffend die Einreihung der Bezirksstraße II. Classe von Köflach-Hafendorf, Edelschrott und Pad (sogenannten Paderstraße) in die Kategorie der Bezirksstraßen I. Classe (Beilage Nr. 101 — Annahme des Antrages des Landes-cultur-Ausschusses).

Bericht des Landes-cultur-Ausschusses über die ihm zugewiesenen Theile des Rechenschaftsberichtes, Beilage Nr. 4, betreffend a) Bezirksstierärzte, Seite 74 und b) Errichtung einer Thier-arzneischule für die Alpenländer in Graz, Seite 75 (Beilage

Nr. 104 — Annahme der Anträge des Landes-cultur-Ausschusses).

Bericht des Landes-cultur-Ausschusses über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 4, betreffend den Antrag Wagner und Genossen wegen Uferschutzbauten beim Raabflusse, Seite 69 des Rechenschaftsberichtes (Beilage Nr. 105 — Annahme des Antrages des Landes-cultur-Ausschusses).

Mündlicher Bericht des Landes-cultur-Ausschusses über den ihm zugewiesenen Theil des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 4, betreffend Wasserbauten mit Anschluss der Mur-Regulierung Seite 55 — 72 (Annahme des Antrages des Landes-cultur-Ausschusses).

Mündlicher Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über die ihm zugewiesenen Theile des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 4, betreffend Gemeinde- und Bezirks-Angelegenheiten, Seite 16 bis 18, Bauordnung Seite 19, Durchführung des Sanitäts-gesetzes, Seite 20 — 24, Revision des Bezirksvertretungs-gesetzes der Gemeindeordnung und des Kirchenconcurrentz-gesetzes, Seite 26, Armenwesen; Antrag ROLLER, betreffend die Erhöhung des Armenhalbpercentes in Graz; Antrag Wagner, betreffend die Erhöhung der einpercentigen Abgabe von freiwilligen öffentlichen Versteigerungen; Antrag MORRE, betreffend die Altersversorgung landwirtschaftlicher Dienst-boten, Seite 27 — 29 (Annahme der Anträge des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten und des Antrages des Abg. Kautschitsch).

Berichte des Landes-cultur- und Finanz-Ausschusses über Petitionen.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 20 Minuten Vormittag.

Vorsitzender: Landeshauptmann Edmund Graf von Attems.

Schriftführer: Die Abgeordneten Franz Freiberger und Josef Probošcht.

Von Seite der Regierung anwesend: Se. Excellenz Statthalter Olivier Marquis Bacquehem.

Landeshauptmann: Das Haus ist beschlussfähig; ich erkläre daher die Sitzung für eröffnet.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung wurde keine Einwendung erhoben; ich erkläre dasselbe somit für genehmigt.

Es sind gelesen und in den letztverflossenen Sitzungen eine größere Anzahl von Petitionen zur Erledigung gekommen und ersuche ich die Herrn Referenten, welche über die Petitionen Bericht erstattet haben, dieselben, falls dies noch nicht geschehen sein sollte, im Bureau des Hauses abzugeben.

Aufgelegt wurde heute:

Das stenographische Protokoll über die 15. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 31. Jänner 1896; das stenographische Protokoll über die 17. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 4. Februar 1896; Bericht und Antrag des Landescultur-Ausschusses über die ihm zugewiesene Petition Nr. 195.

bezüglich dieser Petition stelle ich das Ersuchen, den Bericht auf die heutige Tagesordnung setzen zu dürfen. Da ein Einwand dagegen nicht erhoben wird, werde ich demnach diesen Gegenstand auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung setzen (Zustimmung).

Wir schreiten zur Tagesordnung.

Der erste Gegenstand derselben ist der Bericht des Unterrichtsausschusses über den ihm zugewiesenen Theil des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 4, betreffend den anlässlich der Frage der Errichtung eines Staats-Untergymnasiums mit deutsch-slovenischer Unterrichtssprache in Gills gefassten Landtagsbeschluss, Seite 6 und die Thätigkeitsbericht-Beilagen Nr. 1 und Nr. 2

(Beilage Nr. 103).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Unterrichtsausschusses **Koller** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Das hohe Haus hat in seiner am 15. Februar 1895 stattgefundenen Sitzung über Antrag des zur Vorbereitung der Anträge der Herren Abgeordneten Dr. Kienzl und Karlon sammt Genossen gewählten Sonder-Ausschusses folgende Beschlüsse gefasst:

„1. Die hohe k. k. Regierung wird unter Hinweis auf das von ihr kundgegebene Programm nachdrücklich ersucht, bei Lösung der Frage der Errichtung eines Staats-Untergymnasiums mit deutsch-slovenischer Unterrichtssprache in Gills und überhaupt bei Verfügungen in Bezug auf eine Aenderung des Standes der Staatsmittelschulen in Untersteiermark in jedem einzelnen Falle bei Ermittlung des culturellen und pädagogischen Bedürfnisses nicht ohne Rücksichtnahme auf die mit den

localen Verhältnissen vertraute Landes-Schulbehörde vorzugehen und bei Befriedigung solcher anerkannter Bedürfnisse der Slovenen die gedeihliche Wirksamkeit der Unterrichtsanstalten im Interesse der Bevölkerung beider Nationalitäten nicht zu gefährden und den nationalen Frieden im Lande nicht zu erschüttern.

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, diesen Beschluß im Grunde des § 19 der Landes-Ordnung der hohen k. k. Regierung in geeigneter Weise zur Kenntniß zu bringen.“

„2. Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, den Antrag des Abg. Karlon und Genossen, betreffend den Sprachunterricht an den Staatsgymnasien im Unterlande einer eingehenden Erwägung zu unterziehen und über die hienach bei der hohen k. k. Regierung eventuell zu unternehmenden Schritte bis zur nächsten Session an den Landtag zu berichten, beziehungsweise geeignete Anträge zu stellen.“

Der Landes-Ausschuß berichtet hierüber, daß er mit der in der Beilage Nr. 1 enthaltenen Eingabe vom 28. Februar 1895, Z. 5392, den vorcitirten Beschluß 1 dem hohen k. k. Unterrichts-Ministerium zur Kenntniß gebracht und hievon auch Se. Excellenz den Herrn k. k. Statthalter von Steiermark verständigt hat. Belangend den Beschluß 2, so hat der Landes-Ausschuß in der in der Beilage Nr. 2 enthaltenen Note vom 12. März 1895, Z. 6621, seine Anschauung im Gegenstande dem k. k. steierm. Landeschulrath mitgetheilt, ohne daß derselbe bisher darauf geantwortet hätte.

Wie aus den öffentlichen Blättern bekannt ist, hat jedoch die hohe k. k. Regierung, nachdem die Budget-Post betreffend dieses Untergymnasium, von beiden Häusern des hohen Reichsrathes genehmigt wurde, diese Lehranstalt sogleich activiert, ohne auf den Beschluß des hohen Landtages irgend welche Rücksicht genommen oder auch nur auf die Eingabe des Landes-Ausschusses geantwortet zu haben.

Nicht nur die überwiegende Anzahl der Mitglieder unseres Landtages, sondern nahezu die ganze deutsche Bevölkerung der Steiermark und der österreichischen Monarchie fühlte sich bis in das Innerste verletzt, ob dieses höchst bedauerlichen Vorgehens, welches leider nur durch die dem deutschen Volke unseres Reiches kalt, theilweise sogar feindlich gegenüberstehende Haltung der Majorität des hohen Reichsrathes ermöglicht wurde.

Der Unterrichtsausschuß glaubt bei diesem Anlasse die Anschauung nicht unausgesprochen lassen zu müssen, daß die stets bewährte eminent patriotische und besonders maßvolle Haltung des steierm. Landtages es gewiß nicht verdient hat, daß sein einmütig gefasster Beschluß gänzlich ignoriert wurde.

Wie erwähnt, wurden die eingangs besprochenen Landtags-Beschlüsse vom 15. Februar 1895 „einstimmig“ gefaßt und gerade die Erreichung dieser hochbedeutenden Thatsache hatte das Vorgehen ernster, andauernder Verhandlungen, die Rücksichtnahme auf beide damals in Frage kommenden Parteigruppen, die Schaffung von Compromißanträgen zur Nothwendigkeit.

Wenn weiter oben bereits auch der einschlägigen Beschlußfassung im hohen Reichsrathe Erwähnung geschah, darf aber nunmehr noch eine besondere Thatsache nicht unerwähnt bleiben, nämlich das Verhalten einzelner Mitglieder des steierm. Landtages, welche auch der hohen Reichsvertretung angehören.

Man mußte das unglaubliche, traurige Schauspiel sehen, daß bei der Abstimmung über die Budgetpost Cilli Vertreter des steierm. Landtages, welche an dessen einhellig gefaßtem Landtags-Beschlusse theilnahmen, bei ihrer Abstimmung im Reichsrathe gegen die Tendenz des Landtags-Beschlusses stimmten, ja es geschah, daß in frivoler Weise von einem dieser Herren dagegen gesprochen wurde. (Rufe: Hört, hört!)

Der Unterrichts-Ausschuß kommt zum Schlusse zu folgendem Antrage (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

- a) Die Durchführung des vom Landtage erhaltenen Auftrages von Seite des Landes-Ausschusses wird mit Befriedigung zur Kenntniß genommen.
- b) Der steierm. Landtag spricht sein tiefstes Bedauern aus, daß die k. k. Regierung auf seinen einmüthigen Beschluß und beziehungsweise auf dessen nachdrücklichstes Ersuchen, vor Errichtung eines Staats-Untergymnasiums mit deutsch-slovenischer Unterrichtssprache in Cilli die gut-ächtliche Aeußerung der Landes-Schulbehörde einzuholen, keine wie immer geartete Rücksicht genommen hat, ja sogar der Eingabe des Landes-Ausschusses die conventionelle Würdigung einer Antwort versagte und das erwähnte Untergymnasium in Cilli ohne die erbetene Anhörung der Landes-Schulbehörde errichtete.

In Hinblick auf die eingetretenen, weittragenden Consequenzen jener Nichtbeachtung der legitimen und competenten Emanation des steierm. Landtages für die Gestaltung der gesammten innerpolitischen Situation des Reiches, spricht der steierm. Landtag die bestimmte Erwartung aus, es werde die hohe k. k. Regierung in Gemäßheit der von dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen B ad e n i in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. December 1895 in Betreff der nationalen Postulate der südslavischen Volksstämme abgegebenen solennen Erklärung, nach

welcher „keine Concessionen bloß zur Provocation Anderer“ statthaben sollen, in Zukunft bei Würdigung der culturellen Ansprüche der slovenischen Nationalität in Steiermark solche Zugeständnisse grundsätzlich für ausgeschlossen erachten, welche geeignet sind, die Eintracht und den nationalen Frieden im Lande zu stören oder zu gefährden.“

Abg. Fürst **Viechtenstein** (L.-G. Feldbach): Hoher Landtag! Wenn ich mich heute zum Worte gemeldet habe und in meiner Erörterung länger ausholen müßte, als mir selbst genehm ist, so hoffe ich mit Zuversicht auf geduldiges Gehör von Seite der verehrten Herren schon deshalb, weil ich schwerlich bei irgend Jemandem von Ihnen im Verdachte stehen kann, jede Gelegenheit zum Reden zu ergreifen.

Diesmal will ich sprechen aus dem einfachen Grunde, weil ich glaube, daß ich den Herren Thatsächliches mittheilen kann und also unter den obwaltenden Umständen auch mittheilen muß, welches vielleicht geeignet sein dürfte, essentiell modificirend einzuwirken auf die Beurtheilung des Verhaltens meiner deutsch-conservativen Gefinnungsgenossen im Abgeordneten Hause in einem mir bekannten und besonders wichtigen Augenblicke, nämlich im Stadium der Vorberathung dieser Cillier Frage in Wien.

Ich brauche nicht vorherzuschicken, weil es selbstverständlich ist, daß nach meiner Ansicht ein Versprechen seitens des Versprechenden sich selber im Sinne der weitestgehenden Verpflichtung gedeutet und also so gehalten werden muß.

Auf einen Umstand muß ich die Herren aufmerksam machen. Wenn man das verschiedene Verhalten Verschiedener in einer gleichen Sache objectiv, also richtig und gerecht beurtheilen will, was jeder billig Denkende unter Ihnen wollen muß, so hat man in sein Calcül einzubeziehen die grundverschiedenen politischen Existenzbedingungen, unter denen ich lebe, und die, unter denen meine Gefinnungsgenossen im Abgeordneten Hause leben müssen. Ich bin, meine Herren, in Nachfolge nach meinem seligen Vater ins Herrenhaus gelangt und gehöre zur conservativen Gruppe. Diese setzt sich zusammen aus Männern ursprünglich verschiedener Lebensstellung, Männern verschiedener Königreiche und Länder, und alle diese finden sich, was für mich ein Glück ist, in solcher Identität des Gedankenganges und solcher Harmonie der Gefühlsweise zusammen, daß in jedem einzelnen Falle wir in allen Verhandlungen stimmen für eine Sache und gegen eine andere, wie gerade der Zufall an dem Tage eine größere oder kleinere Mitgliederzahl unserer Partei zusammenführt. Auch in unserer Gruppe könnte nie der Einzelne gegen den Be-

schluß seiner Gruppe stimmen oder sprechen, es sei denn, daß er legaler Weise früher ausgeschieden wäre oder durch sein Verhalten als ausgeschieden betrachtet werden wollte. Andererseits, meine Herren, fällt es aber unserer Gruppe niemals ein, dem Individuum gegenüber den Club zwang indem Sinne des Wortes auszuüben, daß derselbe activ sich an der Abstimmung betheiligen müßte im Sinne seiner Gruppe, wenn seine individuelle Anschauung dem widerspräche. Damit war mein eigenes Verhalten im Herrenhause ein ganz einfaches.

Als die Cillier Frage daselbst pendent geworden, begab ich mich, bevor der Club einen Beschluß fassen konnte, ins Executivcomité und habe mich als durch den steirischen Landtagsbeschluß gebunden bezeichnet. (Lebhafter Beifall.) Diese Erklärung wurde zur Kenntniß genommen und ich habe die Ueberzeugung, daß kein Einziger der Anwesenden in seinem Innern ein anderes Verhalten von mir erwartet hätte. (Rufe: Sehr richtig!)

Wie ganz anders aber, meine Herren, lagen die factischen Verhältnisse im Abgeordnetenhause.

Im Abgeordnetenhause stehen sich die Parteien sehr schroff gegenüber und diese schroffe Gegenüberstellung hat naturgemäß zur Folge, daß sich die nationalen Parteien oder politischen Gruppen eng aneinander geschlossen haben und in stramm gehandhabter Clubdisciplin immer geeint auftreten wollen, auch unter Annihilirung der individuellen Meinung der einzelnen Angehörigen.

Ich bitte, meine Herren, sich die von mir jetzt entwickelten und sehr differenzirten Verhältnisse im Herren- und Abgeordnetenhause gegenwärtig zu halten, denn jetzt verlasse ich das Allgemeine und gehe auf den speciellen Fall Cilli über.

Ungefähr vor einem Jahre, vielleicht Ende Februar oder Anfang März, wurde ich plötzlich für denselben Tag durch den Fürsten Alfred Windischgrätz zu sich essen geladen mit dem Entschuldigungsmotiv für die Pflöckigkeit der Einladung, daß die Theilnehmer dieses Diners sich dann zu einer Conferenz zu versammeln hätten, um den Cillier Fall zu besprechen. Ich hatte selbst Gäste und erst als diese mich verließen, begab ich mich zum Fürsten, kam jedoch ungefähr zu Beginn der Conferenz zurecht. An dieser Conferenz theilnahmen außer dem Herrn des Hauses von der Regierung noch der damalige Unterrichtsminister Ritter v. Madeyski. Es waren in dieser Conferenz vorhanden der hochwürdige Herr Prälat Karlon, verschiedene slovenische Abgeordnete, der Graf Hohenwart und seitens der Vereinigten Linken, da wir damals im Coalitionsregime waren, der Hofrath Beer, wahrscheinlich in seiner doppelten Eigenschaft als Vertrauensmann der Linken und auch als Referent des Budgets im Unterrichtswesen.

In dieser Conferenz hat, das kann ich und muß ich als Augen- und Ohrenzeuge bestätigen, der hochwürdige Herr Prälat Karlon, wiederholt das Wort ergreifend, den Standpunkt des hier gemeinsam gefaßten Beschlusses vertreten und suchte ihn zur Geltung zu bringen. Er that dies in ausdauernder, geschickter und ressourcenreicher Weise. Ja, ich erinnere mich nicht bestimmt, ob die betreffende Conferenz damals als vertraulich bezeichnet war. Ich werde also vorsichtshalber mich nicht unnötig in Details einlassen und nur das hervorheben, was ich gerade der Wahrheit und Gerechtigkeit schulde.

Aus dieser Conferenz habe ich die feste Ueberzeugung gewonnen, daß dieses Conventikel durchaus nicht das erste war, was sich mit der Cillier Frage zu beschäftigen hatte, sondern derlei Unterredungen wiederholt über Andrängungen gerade von Seite des Herrn Prälaten stattgefunden haben. Er hatte zu wirken gesucht im Sinne unseres Beschlusses vor Allem im eigenen Club, unter vier Augen mit seinem Obmann in wiederholter, gesuchter und gefundener Fühlung mit der Regierung und mit markanten Personen anderer Clubs, dies ergab sich für mich aus Aeußerungen und Gegenäußerungen und aus anbezogenen früheren Aeußerungen.

Ich habe also die subjective feste Ueberzeugung, welche wahrscheinlich auch objectiv richtig ist, daß in diesem Stadium der Prälat alles Erforderliche that, um Wort zu halten.

Im parlamentarischen Leben braucht man, um Erfolg zu haben, eben mit Nothwendigkeit das Glück, die Majorität für seine Ansicht zu gewinnen. Der Erfolg ist vom Einzelnen nicht zu begehren, sondern nur das Ausdauern, das Bestreben, den Mißerfolg kann man nur bedauern, man darf ihn aber nicht verübeln.

Nun, meine Herren, möchte ich für ein späteres Stadium das Verhalten meiner Gesinnungsgenossen nur nach Vermuthungen erklären, denn selber Positives kann ich darüber nicht sagen, ich meine damit das Stadium ihrer Abstimmung bei der Budgetpost Cilli, ich kann ja nur die Vermuthung mittheilen, die ich mir selber als Erklärung dieses Verhaltens gebe. Es muß sich bei ihnen folgender Gedankenproceß abgespielt haben: Verpflichtet sind wir dem steirischen Landtage gegenüber, seinen Beschluß in Wien zur Geltung zu bringen. Diesen Theil ihrer Aufgabe haben sie erfüllt.

Nach den damaligen politischen Conjunctionen war an eine Geltendmachung dieses Beschlusses in der Praxis nicht zu denken. Damit war das Object ihres Versprechens, und mit dem Objecte des Versprechens das Object ihrer Verpflichtung für sie verschwunden und wieder mit Macht trat in Geltung die Parteizugehörigkeit.

Wie groß der terrorisirende, im Abgeordnetenhause herrschende Cluhzwang dem Einzelnen gegenüber ist, daran haben Sie, meine Herren, in der jüngsten Vergangenheit ein drastisches Beispiel, das an der Wiener Bürgermeisterwahl.

Als die Regierung sich, per parentheses sei es gesagt, zu meinem persönlichen Leidenwesen, für die Nichtbestätigung *Quegers* entschieden hat, da hat der Hohenwart-Club selbst das Ausscheiden eines Drittels seiner Mitglieder dem vorgezogen, diesen Herren zu gestatten, Interpellationen einzubringen oder Anträge zu stellen.

Uebrigens fühle ich mich nicht berufen, Ihre Zeit zu vergeuden mit meinen Hypothesen, für deren Richtigkeit ich gar nicht einstehen kann. Ich habe von Niemandem eine Mission bekommen, ihn zu vertheidigen oder gar zu entschuldigen. Die Herren werden sich selbst zum Worte melden und sich rechtfertigen, mir erübrigt nur, den viel kompetenteren, viel orientirteren, weil eben im Abgeordnetenhause befindlichen Herren meinen Platz zu räumen.

Abg. Prälat **Karlou** (L.-G. Leibniz): Hoher Landtag! Ich muß die Worte, die ich jetzt an das hohe Haus richten will, vor allem damit beginnen, daß ich Sr. Durchlaucht dem Fürsten *Lichtenstein* meinen verbindlichsten Dank dafür ausspreche, daß er so gütig war, meine angetastete Ehre hier in Vertheidigung zu nehmen.

Des weiteren beginne ich mit dem Geständnisse, daß ich diesem gegenwärtigen Augenblicke durch Monate und Wochen hindurch mit großem Verlangen entgegen gesehen habe, weil mein ganzes Innerstes mich drängt, endlich jene Worte sagen zu können, die den Zweck haben, eine Thatsache klar zu stellen, die wie ein Makel an meinem Charakter zu haften scheint. Zugleich muß ich aber sagen, daß ich doch mit großer Befangenheit an die Erfüllung dieser meiner Pflicht schreite, weil ich weiß, geehrte Herren, daß ich es nicht bloß mit Meinungsverschiedenheiten zu thun habe, die sich gegenseitig klären lassen, durch Aufklärungen, die man gibt, sondern, daß ich es mit aufgeregten Leidenschaften zu thun habe, die tiefe Wunden geschlagen haben beiderseits und daß es ein ungemein mißliches Vorgehen ist, seine Finger an eine Wunde legen zu müssen, die sich kaum geschlossen hat.

Der Zweck meiner Worte, verehrte Herren, soll aber nicht der sein, an diesen Wunden neuerdings zu reißen um sie wieder zu öffnen. Ich habe kein anderes Bestreben, als Balsam und Del an diese Wunden zu legen, um sie endlich vollständig zum Vernarben zu bringen.

Niemals noch, geehrte Herren, war das Verlangen in mir so rege, über eine mächtige Beredtsamkeit gebieten zu können, als im gegenwärtigen Augenblicke; ich würde derselben bedürfen. Ich besitze sie nicht und ich muß darauf verzichten, dadurch einen Erfolg bei Ihnen zu erringen. Ich kann nur eines, geehrte Herren, ich kann Thatsachen reden lassen und vielleicht erreiche ich dadurch, daß ich Mißverständnisse zum Verschwinden bringe und daß die Vorwürfe verstummen, die gegen mich erhoben worden sind.

Geehrte Herren! Gestatten Sie mir eine ganz kurze Auseinandersetzung über die Vorgänge, die sich vollziehen, wenn Compromisse in parlamentarischen Körperschaften geschlossen werden.

Wie entstehen Compromisse? Was ist ihr Wesen, was bedeuten sie? Welche Dauer haben sie und wie verbinden sie?

Wie entstehen Compromisse? Compromisse können in parlamentarischen Körperschaften immer nur dann entstehen, wenn zwei Parteien da sind, von denen die eine glaubt Ja sagen zu müssen, während die andere sich für verpflichtet hält Nein zu sagen, und wenn zugleich bei beiden Parteien der lebhafteste Wunsch vorhanden ist, einen solchen Ausdruck beiderseits zu vermeiden, das Ja einerseits und das Nein andererseits und ein drittes zu finden, auf das man sich auf beiden Seiten vereinigen kann. So entstehen Compromisse.

Wozu verpflichten Compromisse? Zweifelsohne zu dem Meritum, das beschlossen worden ist und zwar zum ganzen, intacten, vollen Meritum, zu welchem das Compromiß geschlossen worden ist. Es steht daher Niemandem von denjenigen Theilen, die es geschlossen haben, frei, Abänderungen vorzunehmen. So wie das Compromiß geschlossen worden ist, muß man trachten, es zur Durchführung zu bringen.

Wen verpflichten die Compromisse? Offenbar alle diejenigen, von welchen sie geschlossen worden sind, vor Allem beide Theile in ihrer Gesamtheit, beide Theile in ihren Bestandtheilen und alle einzelnen Persönlichkeiten dieser beiden Parteien, und es kann nicht ein Theil der Partei sich absondern und seitwärts stellen und gegen das Compromiß handeln.

Es kann auch keine einzelne Person sich absondern und seitwärts stellen, es sei denn, daß sie ihren Austritt aus der Partei erklärt.

Wie lange dauert die Verpflichtung eines Compromisses? Offenbar nur so lange, als das Meritum dieses Compromisses vorhanden ist, und sobald es nicht vorhanden ist, kann auch die Verpflichtung, für das Meritum seine Kräfte einzusetzen, nicht mehr vorhanden sein. Es kann nicht verpflichten für ewige Zeiten. Es

kommt und vergeht und wenn es vergangen ist, hört die Verpflichtung auf; das scheint klar wie die Sonne.

Nun, meine geehrten Herren, gestatten Sie mir daß ich diese allgemeinen Worte der Auseinandersetzung auf den vorliegenden Fall anwende.

Was hat uns getrennt? Getrennt hat uns die Frage der Errichtung nicht eines slovenischen Gymnasiums in Cilli, sondern die Errichtung eines Gymnasiums in Cilli, an welchem der Unterricht in einzelnen Gegenständen in slovenischer Unterrichtssprache erteilt wird. Dieser Gedanke hat uns getrennt. Sie glaubten ihn verneinen zu müssen, wir glaubten unsere Pflicht zu thun, ihn zu bejahen. Unter diesem Thatbestande haben wir uns hier im Landtage zusammengefunden im Gedankengange eines Compromisses.

Das treibende Element war die augenblicklich bestehende parlamentarische und politische Constellation und darin liegt für mich die Schwierigkeit, heute allen möglichen Auffassungen gerecht zu werden. Denn sie werden mir zugeben, daß nichts schwieriger ist, als retrospective Politik zu treiben; nichts ist schwieriger als politische Situationen, die vergangen sind, wieder aufleben zu lassen, sie zu jener Auffassung zu bringen, die sie mit ihrem Entstehen und in ihrem Dasein gehabt haben, nichts schwieriger, als jene Empfindung wachzurufen, die jede gefährliche politische Situation für jede Partei mit sich bringt.

Das werde ich nicht im Stande sein und dennoch hängt davon der Erfolg meiner Worte ab.

Geeinigt zu dem Compromißgedanken hat uns das aufrichtige Bestreben, die Coalition aufrecht zu erhalten, und, um dies thun zu können, auch die parlamentarische Situation aufrecht zu erhalten, auf deren Bestand die Coalition aufgebaut war. Das hat uns geeinigt. Ich wenigstens habe die Sache so aufgefaßt und war von diesem Gedanken durchdrungen, bei allen Verhandlungen, die ich im hohen Hause hier und später in Wien in dieser Angelegenheit durchgeführt habe. Damals schien die Fortdauer der Coalition so viel werth zu sein, daß beide Theile von ihrer Meinung etwas abließen und daß wir uns auf ein drittes einigten, das wir zusammen bejahen konnten, ohne den Fortbestand der politischen Situation und der Regierung zu beeinträchtigen. Dieser Compromißgedanke, geehrte Herren, war nur der Antrag, den ich in's Haus eingebracht habe. Der Gedanke, den ich damals hier aussprach, nämlich, daß die Unterrichtsverhältnisse an allen Gymnasien des Unterlandes so einzurichten seien, daß die Abiturienten dieser Anstalten dieselben verlassen mit voller Kenntniß beider Landessprachen; das war das allein mögliche Com-

promiß. Jeder andere Gedanke mußte die Coalition gefährden, weil alles andere die damalige parlamentarische Situation vernichten und die Regierung zum Sturz bringen mußte.

Ich habe mir Mühe gegeben, diesen meinen Gedanken zur Annahme zu bringen und — verzeihen Sie mir, wenn ich nochmals wiederhole — er ist der einzige richtige und er ist nöthig, wenn wir im Lande zum Frieden zwischen beiden Nationalitäten kommen sollen. Sie müssen auf diesen Gedanken zurückgreifen, ihn verwirklichen und durchführen, wenn sie den deutschen Besitzstand im Unterlande retten wollen. Wenn Sie das nicht thun, was wird die Folge sein? Sie kann keine andere sein, als die, daß nicht nur der gesammte Clerus und Lehrerstand, sondern auch alle Steuerbeamten, alle administrativen, alle richterlichen Beamten, alle Notare und Advocaten, alle technischen Organe nur geborene Slovenen sein werden. Das schädigt den deutschen Besitzstand, das können Sie nicht zugeben und Sie müssen Maßregeln ergreifen und müssen sorgen, daß das deutschgeborene Kind der slovenischen Sprache soweit mächtig wird, um als akademisch gebildeter Mann ins Unterland schreiten zu können (Sehr richtig!), um dort den deutschen Besitzstand aufrecht zu erhalten.

Ich war schon hier im Landtage bemüht, diesen Gedanken aufrecht zu erhalten. Ich mußte zwar sehen, wie er im Ausschusse, dem er zur Bearbeitung zugewiesen wurde, ziemlich verdunkelt wurde. Aber er war doch noch vorhanden. Er war doch ein Anknüpfungspunkt, mit dem ich in Wien operieren und die Situation retten zu können glaubte. Ich konnte mich also dem Beschlusse des Sonder-Ausschusses und des Hauses unterordnen, um die Einigkeit nicht zu bedrohen, um einen einhelligen Beschluß des Landtages zu provocieren und ich hatte damit Gelegenheit, auf Grund dieses Beschlusses in Wien mein Vorgehen einzurichten.

Was habe ich gethan? Ich habe das gethan, wozu ich als Mann, als Katholik und als Priester mich verpflichtet gefühlt habe. Ich bin mit vollen Kräften eingetreten, um diesen Ausgleichsgedanken zum Durchbruche zu verhelfen. Ich habe sofort nach Schluß des Landtages mich zuerst schriftlich, dann mündlich an den Clubobmann des conservativen Clubs gewendet, um mit ihm Verhandlungen anzuknüpfen und ich habe keinen Grund, es zu verschweigen, daß diese sehr schwierig waren und daß mein Austritt aus dem Club der Conservativen nur durch den einen Gedanken zurückgehalten wurde, daß ich verpflichtet sei, als Soldat auf meinem Posten zu bleiben, um diesen zu vertheidigen.

Der Reichsrath trat zusammen und mit diesem der Club. Und ich habe gleich in der ersten Sitzung des-

selben den Gegenstand zur Verhandlung gebracht. Meine Verhandlungen im Club waren vom günstigen Erfolge begleitet; es gelang mir, die Clubgenossen zur Ueberzeugung zu bringen, daß dieses Auskunftsmittel wirklich zum Ziele führen müsse und die Clubgenossen zu bestimmen, daß sie diesem Antrage sich anschlossen. In ununterbrochenen Verhandlungen durch Monate und Wochen war ich thätig, in Verhandlungen mit den Slovenen, in Verhandlungen mit dem Referenten für das Unterrichtswesen und in Verhandlungen mit der Regierung zu trachten, daß dieser Gedanke aufgegriffen und an Stelle der Post Cilli ins Budget aufgenommen würde. Die Post mußte im Budget verschwinden, damit die Linke nicht gezwungen würde, „Nein“ zu sagen und es mußte eine andere Post an ihre Stelle treten, durch die es möglich war, daß der Club der der Conservativen „Ja“ sagen konnte. Das war meine Thätigkeit.

Die Slovenen sind mir zuerst mit großem Mißtrauen entgegengekommen und es war nicht leicht, sie für meinen Gedanken zu gewinnen. Dennoch habe ich sie dahin gebracht und sie kamen zur großen Conferenz, von welcher Fürst Liechtenstein Mittheilung gemacht hat und bei welcher alle anwesend waren, die ein Recht hatten, die Entscheidung dieser Frage herbeizuführen; es waren anwesend der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz, der Unterrichtsminister von Madefsky, der Referent für das Unterrichtswesen wohl auch als Vertreter der Linken, die Slovenen und Graf Hohenwart in Vertretung des Clubs der Conservativen.

Ich darf auch das sagen und ich hoffe, daß es mir nicht als Mißbrauch des Vertrauens angerechnet werden wird: ich habe mit Hofrath Beer nicht leicht verhandelt, weil er statt meines Vorschlages immer etwas anders an die Stelle der Post Cilli setzen wollte. Ich aber hatte die Ueberzeugung, daß seine Vorschläge von den Slovenen nicht angenommen werden würden.

Die Conferenz hatte drei Stunden gedauert, von 9—12 Uhr in die Nacht und Seine Durchlaucht, Fürst Liechtenstein hat mir das Zeugniß gegeben, daß ich das Menschenmögliche gethan habe, um endlich greifbare Resultate zu erreichen.

Die Slovenen haben schon im Verlaufe der Conferenz die Erklärung abgegeben, daß sie mit meinem Antrage einverstanden und befriedigt sind, wenn er zur Durchführung kommt. Sie verlangten nur das Eine, man müsse ihnen sagen, wie die Durchführung ausschauen werde. Das aber ist nicht geschehen. Der Herr Unterrichtsminister hat den Mund nicht aufgemacht, er hat eine Erklärung nicht abgegeben und dadurch sind

alle meine Bemühungen und Verhandlungen zu Grunde gegangen.

Hofrath Beer mußte erklären, daß das, was von mir vorgeschlagen wurde, gut und durchführbar sei und er selber sei Zeuge dessen, weil er an einer Unterrichtsanstalt in Böhmen vorgetragen habe, wo ein solcher Zustand herrschte. Für mich lag somit der Beweis in der Conferenz, daß der Gedanke durchführbar sei und es hätte sich nur um die Aussprache der Regierung gehandelt: „So werde ich es machen.“

Sie werden fragen, meine Herren, warum die Regierung diese Erklärung nicht abgegeben hat. Ich glaube es zu wissen, werde es aber nicht sagen. Ich werde schweigen, und werde dulden.

Der Zweck meiner Worte ist nicht, wie ich schon sagte, aufzuregen; beruhigen möchte ich, zur ruhigen Ueberlegung den Landtag zurückführen, Mißverständnisse aufklären, Vorwürfe zum Schweigen bringen.

Damit war meine Action in Wien erschöpft. Der Gedanke, um den ich gerungen, war verschwunden, jede Möglichkeit zur Durchführung desselben war vorüber, das Meritum des Compromisses hat nicht mehr existirt.

Zugleich war für mich alle weitere Thätigkeit in dieser Angelegenheit abgeschlossen, weil ich durch alle diese Verhandlungen erschöpft und so erkrankt war, daß ich nach Hause gehen und mich in ärztliche Behandlung stellen mußte; das würde ich nicht sagen, wenn meiner Ehre nicht so nahe getreten worden wäre.

Das war die Situation bis zu dem Momente, wo es zur Abstimmung über den Posten kam. Das ausgleichende Element war verschwunden, die alten Gegensätze waren wieder zu Tage getreten und es blieb nichts übrig, als den status quo ante zu betreten und so zu stimmen, wie ich es für meine Pflicht erachtete.

Damit, geehrte Herren, will ich meine Worte für den Augenblick schließen. Ich glaube nicht mehr sagen zu sollen, als ich bisher gesagt habe, ich glaube alles angeführt zu haben, was nach meiner Ueberzeugung hinreichend sein mußte, um Sie von der Auffassung zurückzuführen, die Sie über mein und meiner Gesinnungsgenossen Verhalten bisher gehabt haben.

Nichts erfüllt mich mit lebhafterer Empfindung, als der Wunsch, daß es dem Landtage endlich gelingen möge, aus dem nationalen Unfrieden zum nationalen Frieden zurückzukehren.

Wie kaum ein anderer Landtag geben wir ein Beispiel davon, daß die Wohlfahrt des Landes nur davon abhängt, daß alle Parteien mit Hintansetzung aller ungeordneten Leidenschaften sich in dem gemeinsamen Bestreben unterstützen, das Wohl des Landes zu fördern.

Das habe ich auch in dieser Angelegenheit jeden

Augenblick gethan, das habe ich in allen Stadien dieser Frage gethan, und kann es mit ruhigem Gewissen Ihnen überlassen, wie Sie über mein Verhalten denken.

Abg. Dr. **Kofoschineg** (St.-G. Pettau): Als Mitglied des Reichsrathes halte ich mich für verpflichtet, in dieser hochwichtigen Frage mit einigen Worten mich zu äußern. Meine Herren! Wir sind und können gewiß sehr dankbar sein für die Ausführungen, welche sowohl Se. Durchlaucht, Fürst **Lichtenstein**, als auch der unmittelbare Herr Vorredner uns mitgetheilt haben. Wir können sehr dankbar sein, weil in einer bisher etwas dunklen Frage etwas mehr Licht hineingekommen ist. Ich sage etwas, denn die beiden geehrten Herren Vorredner haben das Licht uns bis zu einem gewissen Punkte gegeben, über den Vorgang im Reichsrathe, aber darüber hinaus nicht. Und gerade das wäre sehr wichtig gewesen, wenn die Leuchte der beiden geehrten Herren Vorredner über gewisse dunkle Partien weitergeleuchtet hätte. Wir können uns vollständig einverstanden erklären mit demjenigen, was Se. Durchlaucht Fürst **Lichtenstein** sagte. (Richtig!) Er sagte, er habe sich als Mitglied des steiermärkischen Landtages gebunden erachtet und habe sich der Abstimmung enthalten, und seine Bundesgenossen haben dies voll und richtig anerkannt. (Abg. **Posch**: „Richtig!“) Warum hat der Herr Abgeordnete **Karlön** und seine beiden anderen Herren, die dem conservativen Club angehören, nicht den gleichen Vorgang eingehalten und das Beispiel des Fürsten **Lichtenstein**, der gewiß ein Conservativer von reinstem Wasser ist, nachgeahmt? Warum sind sie auf dieser Klippe gescheitert, die heute noch eine dunkle ist?

Der Herr Abgeordnete **Karlön** hat in seinen einleitenden Worten den Satz ausgesprochen, was wir alle unterschreiben können; er sagte, Compromisse müssen gehalten werden, sie können nicht ewig dauern, nur bis zu einem gewissen Punkte, für welchen sie gelten.

Das Compromiß ist geschlossen worden und wir Nationalen haben bittere Worte gehört, daß wir es geschlossen haben. Aber wir haben es geschlossen, um die Einigkeit im Lande aufrecht zu halten, um durch ein einträchtiges Votum des Landtages in dieser Frage eine größere Wirkung zu erzielen.

Weil wir auf unserem nationalen Standpunkte nicht stricke geblieben sind und hauptsächlich, um der Sache selbst zum Siege zu verhelfen, haben wir uns selbst beschränkt. Meine Herren! Wir haben dieses Compromiß geschlossen, wir haben es gehalten. Die Herren der conservativen Partei, welche im Reichsrathe sind, hätten es auch thun können, und zwar bis zu dem Punkte, wo die Entscheidung gefallen ist.

Der Herr Abgeordnete **Karlön** hat gesagt, wie er sich bemüht habe, seiner Ansicht Geltung zu verschaffen. Das glaube ich ihm vollkommen und setze keinen Zweifel in seine Worte. Allein in dem Momente, wo er seinen Bemühungen nicht mehr Geltung verschaffen konnte im conservativen Club, in dem Augenblicke hat er die Rede abgebrochen und ist uns die Beweise schuldig geblieben, daß seine und die Abstimmung seiner Gefinnungsgenossen richtig war. Sie haben das Compromiß verlassen und das ist dasjenige, was wir den Herren zum Vorwurfe machen. Der geehrte Herr Vorredner hat gesagt, der nationale Friede liege ihm ganz besonders am Herzen. Meine Herren! Wem läge er nicht am Herzen?

Aber der nationale Friede im Lande wird nicht einkehren, bevor nicht der nationale Gedanke bei den Deutschen so mächtig wird, wie er bei den slavischen Nationen vorhanden ist. Der nationale Friede wird eher nicht eintreten, bis nicht die Geistlichkeit selbst national wird, so wie die slovenische Geistlichkeit. (Bravo! Richtig!)

Meine Herren! Ich sage, es wäre Pflicht unserer Abgeordneten gewesen, und das wird mir jeder Parlamentarier zugeben, daß es wirklich Pflicht und vollständig richtig gewesen wäre, in dem Momente, als der Abgeordnete **Karlön** nicht in der Lage war, seiner Meinung im Club zum Durchbruche zu verhelfen, sich wenigstens der Abstimmung zu enthalten.

Aber meine Herren, es ist nicht dazu gekommen, die Herren waren im Hause anwesend und haben gegen die Post gestimmt. Meine Herren! Das ist ein Treubruch, man mag es wenden, wie man will. (Rufe: Richtig!) Ja, noch mehr. Ich muß sagen, daß ich mit Bedauern auf diesen Punkt komme, doch muß es hier besprochen werden. Es ist nicht allein dazugekommen, daß die Herren des steirischen Landtages, welche die Resolution mit uns angenommen haben, für die Post Cilli im Reichsrathe gestimmt haben. Es hat sogar ein Herr gewagt, dagegen zu sprechen in unqualificirbarer Weise und das ist es, was uns empört hat.

Meine Herren! Ich schließe, es läßt sich über den Punkt nicht hinauskommen. Hier ist ein Wortbruch vorgekommen und diesen Wortbruch wollen wir constatiren. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. **Starfel** (St.-G. Windisch-Graz): Hoher Landtag! In den beiden Reden, welche von Mitgliedern der conservativen Partei gehalten worden sind, ist ausgegangen worden von dem im Vorjahre im steirischen Landtage beschlossenen Compromisse. Es ist der Begriff und der Zweck dieses Compromisses von beiden Herren vollkommen übereinstimmend mit der

Auffassung, die wir vom Compromisse hatten, zugegeben worden, und es haben auch beide Herren gesagt, daß Compromisse gehalten werden müssen. Insbesondere hat Se. Durchlaucht Fürst Liechtenstein für seine Person auch hervorgehoben, daß er sich für gebunden gehalten und danach gehandelt hat. Der zweite Redner, Herr Abg. Karlon, hat es vorsichtig vermieden, darüber Näheres zu sagen, sondern hat vor dem wichtigsten Punkte seines Plaidoyers für mildernde Umstände — ich kann es kaum anders bezeichnen — abgebrochen. Meine Herren! Jenes Compromiß, welches, wie schon wiederholt betont wurde, uns Nationalen einen schweren Entschluß gekostet und uns viele Ausstellungen eingetragen hat, jenes Compromiß war ja nur deshalb geschlossen worden, weil man dachte, durch einen einmüthigen Beschluß des Landtages den Zweck gewisser zu erreichen. Man weiß, wie dies als Schlagwort damals den ganzen Landtag beherrschte und auch recht mit Wirksamkeit von den Machern des Compromisses hineingeworfen worden ist, um uns Deutschnationalen zurückzuhalten und uns von der ursprünglichen Forderung des Antrages Kienzl wieder abzubringen. Auch ich muß sagen, daß es schließlich Allen schien, als wenn durch einen solchen „einmüthigen Beschluß“ der Zweck, der uns am Herzen lag, vielleicht doch erreicht würde, während nach der Drohung, die gerade Abg. Karlon mir gegenüber aussprach, das Festhalten an der scharfen Kundgebung möglicherweise den Beschluß überhaupt vereitelt hätte. Das war der Grund, der uns Deutschnationalen bestimmte, nachzugeben und uns dem Compromisse anzuschließen. Bei jedem Compromisse aber setzt man voraus, daß es im ehrlichen Sinne geschlossen und auch in solchem Sinne gehalten wird. Das ist seit jeher der Begriff des Vertrages überhaupt und der Begriff des Compromisses, der im weiteren Sinne auch dazu gehört. Jeder Vertragstheil setzt vom andern Vertragstheil voraus, daß derselbe das, was er sagt, auch ehrlich meint und das, was er sagt, auch ehrlich halten werde. Das ist aber hier leider nicht geschehen und es ist deshalb dieses Vorgehen nicht zu scharf mit den Worten „Treubruch“ bezeichnet worden. Es ist nicht richtig, zu sagen: das „Object des Compromisses“ sei entchwunden oder das „Essentielle des Compromisses“ sei nicht mehr vorhanden gewesen, — wer kann das sagen? Der Zweck ist ja der gleiche geblieben. Es hat sich darum gehandelt, die Regierung durch das Botum des steiermärkischen Landtages dahin zu bringen, daß das Gymnasium in Cilli nicht ohne Weiteres errichtet werde, sondern vorher jedenfalls das Gutachten der Landes-Schulbehörde eingeholt werde, ein Gutachten vor Allem darüber, ob der Unterrichts-zweck es rechtfertigt und ob es so nothwendig sei,

gerade in Cilli, der Stadt, welche von den Deutschen mit aller Zähigkeit als deutsches Erbe und deutscher Boden erhalten wird, jene Anstalt zu errichten, welche von den Slovenen zweifellos — ein Gegenbeweis ist bis heute nicht geliefert worden — zu dem Zwecke errichtet werden sollte, um eine neue Position für ihre nationalen Bestrebungen zu gewinnen, um der Stadt Cilli mehr den Charakter der Gemischtsprachigkeit aufzuprägen, um ihr Hauptziel allmählich zu erreichen und in Cilli die Hauptstadt des geträumten slovenischen Zukunftsreiches zu gründen. Gegen dieses Ziel der Slovenen haben sich die sämmtlichen national fühlenden Deutschen mit aller Macht zur Wehre gesetzt, weil sie es als eine der ärgsten Schädigungen ihrer Stammesbrüder im Unterlande erkannt haben, und das ist es auch, was sich in der Zukunft stets deutlicher erweisen wird. Es hat sich aber nicht darum gehandelt, etwa wo immer die Errichtung einer solchen Lehranstalt unmöglich zu machen. Wiederholt ist gesagt worden, die Slovenen könnten das Gymnasium an jedem anderen Orte, aber nur nicht in Cilli errichten; daß jedoch gerade darauf bestanden wurde, auf die Errichtung des Gymnasiums gerade in Cilli, das beweist klar, daß nur der oben erwähnte Zweck von den Slovenen verfolgt wurde. Und wenn nun die ganze deutsche Bevölkerung mit solcher Einmüthigkeit einer Sache sich annimmt und mit aller Energie wie kaum bald in einer anderen Frage sich gegen die Errichtung dieses Gymnasiums zur Wehre gesetzt hat, so kann man nicht sagen, daß das nur eine von den Zeitungen gemachte Agitation ist, sondern man muß sagen, das ist eine aus der Volksseele herausgequollene Agitation, die einen berechtigten Grund und berechtigten Zweck hat, der von jedem Deutschen respektirt und unterstützt werden muß. Ja, meine Herren Conservativen, Sie sind ja Deutsche, Sie hatten daher auch die Pflicht, mit den Deutschen zu gehen. Ich will zugeben, daß in der Zeit, wo der von seinen ursprünglichen reinen Ideen abgekommene Liberalismus vermischt mit jüdischem Geiste Ihnen entgegenstand, derselbe eine mächtige Schranke zwischen Ihnen und dem Volke bildete, daß Sie sich wegwendeten, aber heute ist dieser jüdische Liberalismus nicht mehr der allmächtige. Er wird allerwärts bekämpft und niedergerungen und es drängt sich das Deutschnationalen an seine Stelle. Meine Herren Conservativen! Mit diesen Deutschnationalen aber können, sollen und müssen Sie gehen in wirtschaftlicher und nationaler Hinsicht, denn wir Deutschnationalen stehen Ihnen doch weit näher, als die Liberalen. Warum richten Sie selbst wieder Schranken auf zwischen den Volksgenossen? Daß Sie in einer rein nationalen Frage, wie die Cillier Frage, auf Seite der Gegner sich stellen,

das ist unverzeihlich und hätte nie geschehen dürfen! Noch weniger, da Sie ein Compromiß geschlossen hatten und gebunden waren, Ihr Wort zu halten. Es ist nicht ein und dasselbe, wenn man sich von Ihrer Seite, wie ich zugeben will, mit allerlei Mitteln bemühte, das Ziel des Compromisses zu erreichen. Ich will ja das glauben, was der Abg. Karlon anführt, daß er vorher verschiedene Mittel versuchte, um dem Compromisse die Durchführung zu sichern. Im entscheidenden Momente hätte das auch geschehen sollen. Die vorherigen Bemühungen, wenn sie auch zu keinem Resultate führten, mögen recht löblich sein, aber im entscheidenden Punkte bei der Abstimmung hätten Sie Ihr Wort halten sollen, und daß dies nicht geschah, das hat das Schicksal Cilli's besiegelt. Da haben Sie nicht Wort gehalten und das ist das schwerwiegendste Moment an der Sache, welches die Verurtheilung Ihres Thuns rechtfertigt.

Wenn der Herr Abgeordnete Prinz Liechtenstein anführt, daß die Verhältnisse im Herrenhause ganz andere seien als im Club der Conservativen im Abgeordnetenhause, und daß Sie in dieser Beziehung große Schwierigkeiten hatten, so bestand doch nicht die Unmöglichkeit für Sie, sich wenigstens der Stimme zu enthalten und nicht direct gegen den Beschluß des Landtages zu handeln. Dies allein hätte nicht den Zerfall des conservativen Clubs zur Folge gehabt und wenn vor Kurzem bei einer anderen Sache, die nicht so sehr eine rein nationale Sache war, dieerspaltung des Clubs zu Stande gekommen ist, so wäre es richtiger gewesen, daß damals jene Herren, die als Mitglieder des steiermärkischen Landtages an ihr Votum gebunden waren, wenn nöthig, ausgeschieden wären, jedenfalls aber sich der Stimme enthalten hätten. Das haben Sie nicht gethan, Sie haben, obwohl wir mit Ihnen zusammen beschlossen hatten, von der Regierung zu verlangen, vorher das Gutachten der steiermärkischen Landes-Schulbehörde einzuholen, trotzdem dieses Gutachten nicht eingeholt worden war, für die Errichtung des slovenischen Untergymnasiums in Cilli ihre Stimmen abgegeben und einer von Ihnen hat dabei sogar in einer Weise gesprochen, die das Herz eines jeden Deutschen empören mußte und die ihm, so weit die deutsche Zunge klingt, das Wort „Verräther“ eingetragen hat.

Man kann nichts anderes sagen, als das: So weit hätte es nie kommen dürfen, und wenn Sie vom nationalen Frieden sprechen, so entsteht die Frage: „Wer stört diesen Frieden?“ Sie! weil Sie auch hier im hohen Landtage zumeist mit den Slovenen gehen.

Würden Sie auf der Seite Ihres Volkes stehen, dann, glauben Sie mir, wäre der nationale Frieden geschaffen, denn die Deutschen sind nicht ungerecht, sie

sind keine Unterdrücker, und es kann ihnen ein derartiger Vorwurf nicht gemacht werden. Wir Deutsche sind oft nur ungerecht gegen unsere eigene Nation; wir haben oft Fälle erlebt, daß der Deutsche ein übermäßiges Gerechtigkeitsgefühl besitzt, um ja nicht als Unterdrücker zu erscheinen, und so wird er oft nur ungerecht gegen seine eigenen Stammesgenossen.

Wenn Sie mit den Volksgenossen gehen, werden die Slovenen nicht jene Unterstützung haben, die sie immer kühner macht, und dann werden Sie auf das Sicherste den nationalen Frieden im Lande herbeiführen. Soll das gegen Ihre Grundsätze verstoßen? Ich habe kürzlich eine Aeußerung eines hochangesehenen Mitgliedes des Clerus von Graz mit Befriedigung gehört, des Herrn Rector Schabel, der auf meine Interpellation, wie er über die Cillir Sache denke, gesagt hat, daß jener Grundsatz: „Liebet alle Menschen als Kinder Gottes“ die Ausnahme gestatte zu Gunsten der eigenen Stammesgenossen und Stammverwandten. Auch dem Priester sei es gestattet, seine Stammverwandten als die Nächsten zu betrachten; das aber führt, wie ich meine, zur Pflicht, daß Sie vor allem gerecht gegen die eigenen Stammesgenossen sein sollen, nicht aber in einer so rein nationalen Frage, wo die Deutschen einer Stadt in ihrer nationalen Stellung verletzt worden sind, mit den Feinden des deutschen Volksthum zusammengehen.

Ich muß hier noch eine zweite Seite der Sache berühren und glaube hiezu berechtigt zu sein, nachdem ich mir als Mitglied des Unterrichts-Ausschusses nach den Vorgängen, die heuer, ähnlich den im vorigen Jahre, stattgefunden haben, für meine Stellung hier im hohen Hause vollkommen freie Hand vorbehalten habe. Die Herren werden sich erinnern, daß man uns Deutsch-nationale durch allerhand Dinge, die man uns einge-redet hat (Abg. R. v. Schreiner: Was? Oho!), dazu gebracht hat, von dem ursprünglichen Antrage ab-zugehen und für den Compromiß-Antrag zu stimmen. Diejenigen Herren, welche die Macher des Compromisses waren, mögen das als Hauptzweck verfolgt haben, wie der Herr Prälat gesagt hat, daß es sich bei diesem Com-promisse darum gehandelt habe, die Coalitionsregierung zu erhalten. Nun, das glaube ich Ihnen sehr gerne, nachdem einer der Herren selbst Mitglied des Coalitionsministeriums war. Allein wir Deutschnationalen haben uns dadurch nicht im Geringsten bestimmen lassen, uns lag daran am allerwenigsten. Wir hofften vielmehr, durch den einmüthigen Beschluß des Landtages würde der Zweck erreicht werden. Daß es so weit kommen würde, daß dieser Zweck nicht erreicht und das Com-promiß so schlecht gehalten werden sollte, daran konnten

wir nicht denken, und insofern sind wir wohl die Duplanten bei der Sache gewesen. Nicht nur auf Seite der konservativen Mitglieder ist jener Wortbruch vorgekommen, sondern leider auch auf Seite der Mitglieder der Vereinigten Linken ist Ähnliches, wenn auch nicht Gleiches geschehen. Es ist nicht vollkommen alles gethan worden, was meines Erachtens in dieser Sache hätte gethan werden können. Es ist ja richtig, daß jene Herren bei der Abstimmung über die Frage Cilli nicht nur gegen die Post gestimmt, sondern auch dagegen gesprochen haben, daß sie sich also insofern an das Compromiß gehalten haben. Der gleiche Vorwurf, wie den Konservativen gegenüber ist also hier nicht zu machen, allein daß die Vereinigte Linke später die einzige Gelegenheit, die es noch gegeben hat und die wirklich vorhanden war, um die Post Cilli zum Falle zu bringen, nicht ergriffen hat und dies nur aus Rücksicht für die Coalitionsregierung (Rufe: „Hört!“ Abg. Graf Stürgkh: „Woher, die hat nicht mehr bestanden!“), das ist gewiß eine Schuld, von der sie das deutsche Volk nicht freisprechen kann!

Es ist bekannt, daß die Constellation so war, daß, wenn die Mitglieder der Vereinigten Linken gegen das Budget im Ganzen gestimmt hätten, damit auch die Post Cilli zum Falle gekommen wäre. (Abg. Graf Stürgkh: Gewiß nicht!) Allerdings wäre dadurch das Ministerium gesprengt worden. (Abg. Dr. Ritter von Schreiner und Abg. Graf Stürgkh: Das war es schon längst!) Das war etwas, was Niemand abhalten konnte, allein wenn man sich für die Sache einsetzt, so hat man alle Konsequenzen zu ziehen und alle Mittel anzuwenden, um den Zweck zu erreichen. Was nützen die früheren schönen Reden und auch die frühere Abstimmung, wenn man später wieder davon abgeht. Es ist dies ein ganz ähnlicher Fall, wie bei den Konservativen, die sich auch auf ihre früheren Bemühungen berufen, aber bei der entscheidenden Abstimmung nicht so gestimmt haben.

Bei der Vereinigten Linken hat man von dem äußersten Mittel, von welchem Gebrauch gemacht werden konnte und worüber — da man so sehr auf Gründe der Staatsraison pocht, die angeblich dagegen sprechen — der Staat gewiß nicht zu Grunde gegangen wäre, nämlich das Budget zu verweigern, nicht Gebrauch gemacht.

Daß sie von diesem Mittel nicht Gebrauch gemacht, das ist eine Schuld, von der sie nicht freizusprechen ist. Ich halte es für nothwendig, auch dies an öffentlicher Stelle zu sagen und ich habe mich vom deutschnationalen Standpunkte aus dazu für verpflichtet gehalten.

Meine Herren! Ich muß noch hervorheben, daß

auch heuer wieder in ähnlicher Weise gegen die ursprüngliche scharfe Stellungnahme gearbeitet worden ist und daß nur durch künstliche Machinationen dieser Zweck erreicht wurde. (Rufe: Oho!) Es war vom Unterrichtsausschusse beschlossen worden, daß dieser Punkt, welcher im Berichte enthalten ist, nämlich die Verurtheilung des Vorgehens der konservativen Mitglieder, auch in den Anträgen selbst in entsprechender Form aufgenommen werde. Um dies zu vereiteln, haben ganz einfach der Obmann und der Obmann-Stellvertreter des Ausschusses, welche der Vereinigten Linken angehören, ihre Stellen zurückgelegt. Ich halte das doch für ein sehr bedenkliches Mittel, denn die Obmänner haben die Pflicht, einen Beschluß der Mehrheit des Ausschusses auszuführen, und wenn man die Stellen zurücklegt, so ist das ein sehr merkwürdiges Mittel, die Ausführung zu hindern. Es ist also nichts anderes übrig geblieben, als einen neuen Obmann und einen neuen Stellvertreter zu wählen, und dadurch war die Majorität verschoben, weil der Obmann nicht mitstimmte; es gelang, jenen Punkt aus den Anträgen auszumerzen und die Anträge so vorzubringen, wie sie der Berichterstatter vorgetragen hat, wobei ein Compromiß, welches Wort für uns im Landtage schon zum zweiten Male verhängnißvoll wurde, dahin geschlossen wurde, daß jene Stelle, welche zur heutigen Debatte den Anlaß gegeben hat, doch noch im Berichte enthalten sein dürfte. Das sind die Vorgänge und ich möchte bitten, daß alle Herren aus diesen Vorgängen die richtige Konsequenz ziehen und vor allem in Zukunft sich nie wieder zu einem faulen Compromisse herbeilassen sollen, sondern lieber an dessen Stelle die frische, kräftige deutsche That setzen mögen!

Abgeordneter Graf Stürgkh (G.-G.-B.): Hoher Landtag! Indem ich mich auf Grund der Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners verpflichtet erachte, das Wort zu ergreifen, siehe ich als Mitglied der Vereinigten deutschen Linken, beziehungsweise, wenn nicht im Abgeordneten Hause, so doch in meiner politischen Empfindung und Anschauung dieser Partei zugehörig, unter jenem Verhängniß, welches die Mitglieder von Parteien trifft, die, wie dies bei der vereinigten deutschen Linken der Fall ist, die gesunde Mittellinie einer patriotischen gemäßigten Staats-Partei in Oesterreich vertreten, unter dem Verhängniß bei den obwaltenden Umständen einen Kampf gegen zwei Fronten führen zu müssen, und zwar gestatten Sie mir, einerseits gegen die Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Dr. Starke — ich weiß nicht, ob im eigenen Namen oder im Namen einer Anzahl engerer Gesinnungsgeoffen dieses hohen Hauses, was ich übrigens in Zweifel ziehen möchte — vorge-

bracht hat und andererseits gegen jene Ausführungen mich zu wenden, welche wir von der Bank der Rechten aus dem Munde des sehr verehrten Herrn Prälaten Karlon zu vernehmen Gelegenheit hatten.

Es obliegt mir zunächst als Mitglied des Unterrichtsausschusses, jene Vorgänge im Schoße dieses Ausschusses darzulegen, welche von dem Abgeordneten Herrn Dr. Starkel mit dem für den Unterrichtsausschuß verlegenden Ausdruck der „Machination“ bezeichnet wurde. Es ist richtig, daß der Obmann und der Obmann-Stellvertreter dieses Ausschusses ihre Stellen niedergelegt haben und zur Neuwahl geschritten werden mußte.

Wenn aber der Herr Dr. Starkel dies als ein „Manöver“ bezeichnet, um eine andere Majorität zu Stande zu bringen, so gestatten Sie mir lediglich zur Begründung des Vorgehens dieser Herren darauf hinzuweisen, daß die Ausschuß-Sitzung des Vortages, in welcher die Niederlegung stattgefunden hat, damit geschlossen hat, daß sich die beiden Herren, Obmann und Obmann-Stellvertreter, aus ihrer inneren politischen Ueberzeugung jenem Minoritätsvotum angeschlossen haben, welches im Berichte der Majorität gegenüber anzumelden ich mich veranlaßt fühlte. Es erschien offenbar diesen beiden Herrn unmöglich, und ich halte dies für vollkommen correct, insbesondere beim Obmann, das Majoritätsvotum als Obmann und gleichzeitig das Minoritätsvotum als Antragsteller zu unterschreiben. Es war daher die logische und natürliche Konsequenz, daß diese beiden Herrn ihre Stellen niedergelegt haben. Wenn die Majoritätsverhältnisse sich im Ausschusse dadurch geändert haben und auf Grund derselben ein einhelliger Beschluß des Ausschusses zu Stande gekommen wäre, ist das eine Sache, welche in der Natur der Dinge gelegen ist, und gewiß im Interesse des steierm. Landtages nicht zu bedauern. Der Herr Abgeordnete Dr. Starkel hat selbstverständlich den Anlaß nicht unbenützt lassen können, um seinen Kampf, nicht wie es etwa nach der Natur der Dinge erwartet werden konnte, gegen jene Abgeordneten, beziehungsweise gegen jene Partei zu führen, der aus den Verhältnissen im Vorjahre über die Budget-Post in der Öffentlichkeit der Vorwurf der Inconsequenz gemacht worden ist, sondern selbstverständlich gegen jene, welche in Bezug auf die bevorstehende Partei-Agitation ihm als opportunes Kampfobject um jeden Preis erschienen hat, und das ist, wie bekannt, die deutschliberale Partei. Dr. Starkel hat schon zunächst in Bezug auf einen Vorgang im Vorjahre, welcher das Compromiß des steiermärkischen Landtages zur Folge hatte, sich einer kleinen Ungenauigkeit schuldig gemacht, indem er gesagt hat, die deutschnationale Schattirung der Landtagsmajorität habe nur, ich glaube unter einem gewissen

Drucke und unter gewissen Redereien sich bereit gefunden, auf dieses Compromiß einzugehen. Dem gegenüber erlaube ich mir aufmerksam zu machen, daß angesehenen und hervorragende Mitglieder der deutschnationalen Schattirung des Landtages die Anschauung vertraten, daß dieses Compromiß der einzig mögliche Weg sei, um eventuell noch im letzten Stadium der Berathung über die Cillier Budget-Post eine Wiederaufnahme des Verfahrens zu ermöglichen. Wenn sich die Herren leider in ihrer Annahme getäuscht haben, so haben sie jedenfalls aus innerster Ueberzeugung dafür gestimmt, und es geht jetzt nicht an, und widerspricht der Achtung, welche jedem Kollegen gebührt, dieselben als dupirt und hintergangen darzustellen und ich muß namens dieser deutschnationalen Herren gegen eine solche Insinuation feierlich als College und im Gefühl der Zusammengehörigkeit im Landtage hier Protest einlegen. (Rufe: Bravo!).

Ich komme nun auf Behauptungen des Herrn Dr. Starkels, über jene Vorgänge, die sich in Wien angeblich abgespielt haben, nachdem die Berathung über eine coalitionsmäßige Lösung sich zerschlagen hatte und die ganze Entscheidung in die Kraftverhältnisse des Parlamentes gelegt wurde. Da kann ich nun nicht umhin und ich bitte zu verzeihen, wenn ich Unrecht thue, zu dem Schlusse zu gelangen, daß angesichts der eingehenden wiederholten Darstellung dieses Vorgehens in den öffentlichen Blättern und aus den authentischen Protokollen, dem geehrten Herrn Vorredner zu sagen, daß er nicht ganz unbewußt und unwillkürlich sich einer anderen Darstellung der Thatfachen schuldig machte, als der richtige Sachverhalt war. Er klagt, die große maßgebende Partei, welche die deutschfortschrittliche Sache im Abgeordnetenhaufe vertritt, einer nicht vollständigen Erfüllung ihrer hier gegebenen Zusage an, indem sie zwar bei der Abstimmung über die Budgetpost Cilli in toto gegen diese Post gestimmt hätte, dann aber nicht alle Konsequenzen gezogen hätte, welche schließlich zur Entscheidung jener Frage im Sinne des steierm. Landtages hätten führen können.

Meine sehr verehrten Herren! Es mag ja im Verlaufe der langen Jahre und Jahrzehnte möglich sein, daß man der großen liberalen Staatspartei bei irgend welcher Gelegenheit das eine oder anderemal den Vorwurf machen könnte, daß sie nicht mit der Intensität des nationalen Temperamentes ihre deutschnationale Sache vertreten, wie es etwa irgend eine oder die andere radicale und daher für die Gestaltung der Dinge im Staatswesen minder verantwortungsvolle Fraction gethan hat. Aber wenn das in irgend einem Zeitpunkte gerechtfertigt war, so muß ich entschieden dagegen protestiren, wenn man das in einem Zeitpunkte thut, wo

die Vereinigte deutsche Linke, wie anlässlich der Cillier Angelegenheit alles gethan hat, was eine politische Partei in einem Vertretungskörper überhaupt thun kann, aus einer concreten Detail-Frage, eine Cabinetsfrage, eine Frage der allgemeinen Krisis zu machen. Ich möchte auf das Nähere eingehen und mich zunächst formell dagegen verwahren, daß der steiermärkische Landtag das competente Forum sei, vor welchen sich politische Parteien über ihre Thätigkeit zu verantworten haben. Aber es erscheint, angesichts des Umstandes, daß diese Debatte die Form von Enthüllungen aus dem politischen Leben der halbvergangenen Zeit angenommen hat, denn doch opportun gegenüber den agitatorischen Aussprüchen, wie wir sie vom Herrn Abg. Dr. Starkel gehört haben, den richtigen Sachverhalt festzustellen. Die Vereinigte Linke hat die ganze Zeit über, und insbesondere noch im letzten Momente durch ihre Vertreter im steiermärkischen Landtage angestrebt, eine solche Lösung der Frage zu erzielen, wie sie den Intentionen des steiermärkischen Landtages entsprochen hätte, und war sich von vornherein klar, daß, wenn derartige Verhandlungen und derartige Bemühungen zu keinem Erfolge führen, sie sich veranlaßt sehen wird, die äußersten Consequenzen zu ziehen. Ich frage, ist sie in dieser Richtung irgendwie untreu geworden? Die Verhandlungen, von denen die geehrten Herren Vorredner gesprochen haben, haben sich trotz eifriger und aufopferungsvoller Mitwirkung von verschiedenen Seiten zerschlagen, und ist es zur Berathung der Budgetpost Cilli im Abgeordnetenhaus gekommen, bei welchen Verhandlungen ich anwesend war und daher den Vorgang als Augenzeuge bestätigen kann. Es wurde erklärt, daß die Linke für diese Post nicht stimmen könne und aus der Coalition austreten müßte; der diesbezügliche Schritt wurde durch eine Deputation dem Coalitions-Ministerium angezeigt; die Linke war sich bewußt, daß sie eine nationale Sache mit dem ganzen Aufgebot ihrer Kraft vertritt und daß sie die politische Situation, in welcher sie einen integrierenden Bestandtheil der Regierungsmajorität bildet, zerstört, und sie zwei angesehenen und einflussreiche Mitglieder aus dem Schoße des Ministeriums abberuft, und was bei den österreichischen Verhältnissen unberechenbar ist, welche Majorität auf das politische Compromiß folgt, einen Sprung ins Dunkle und Ungeheuer zu machen. Meine Herren! Für eine bestehende Regierungspartei, welche, wie die Linke sich Kraft ihrer Zahl und Zusammensetzung stets in erster Linie verantwortlich gefühlt hat für das Wohl des Staates, bedeutet dieser Sprung ins Dunkle, einen großen ernsten und schweren Entschluß. Denn man geht nicht an einen solchen Schritt, wenn nicht das Herz an der Sache hängt und das tiefe Nationalgefühl im innersten vorhanden ist,

darum protestire ich namens der Vereinigten Linken, welcher ich früher anzugehören die Ehre hatte, feierlichst, daß man dieser Partei deutsches Nationalgefühl und Ueberzeugungstreue abzusprechen wagt. (Beifall.)

Das Hauptargument schöpft Herr Dr. Starkel weiter aus der Thatfache, daß die Vereinigte Linke, nachdem die Coalition gesprengt und das Cabinet zurückgedrängt war, nicht anlässlich des Umstandes, daß die Cillier Post einen Theil des Gesamt-Budget gebildet hat, in der dritten Lesung gegen das Gesamt-Budget des Reiches gestimmt und nicht die votirung des Staatsvoranschlages im Ganzen verweigert habe; diesfalls muß ich als routinirter Wiener Parlamentarier gegenüber Herrn Dr. Starkel darauf aufmerksam machen, daß es unrichtig ist, daß durch die Abstimmung der Vereinigten Linken dieses Budget überhaupt verweigert worden wäre, indem sich die Polen, das Centrum und die jungtschechische Partei für das Budget erhoben hätten, und indem eine gewisse Fraction im Abgeordnetenhaus, welche an Turbulenz und politischer Gesinnungslosigkeit Großes leistet, wie ich schon ausgesprochen habe, die Situation benützt hätte, um sich der provisorischen Verwaltungs-Regierung unbedingt zur Verfügung zu stellen; damit wäre das Budget votirt worden. Sagen wir aber, Herr Dr. Starkel hätte Recht, und dieses Budget wäre verweigert worden. Was wäre geschehen? Wem standen die politischen Parteien gegenüber? Standen sie nicht dem Ministerium gegenüber, das nicht nach dem politischen Standpunkt zu beurtheilen, ein Uebergangs-Ministerium war, gebildet aus Ressortverwaltern der verschiedenen Ministerien, hatte im politischen Sinne diese Demonstration einen Werth gegenüber einem reinen Verwaltungscabinet, das selbst im Fall seines Sturzes durch ein gleichartig gebildetes anderes Beamten-Ministerium ersetzt worden wäre? Es steht aber fest, daß es trotzdem, wenn diese Budgetpost wirklich verweigert worden, ohneweiters möglich gewesen wäre, weiterzuregieren und nachdem die Post Cilli im Budget gestanden, diese Post einfach auf Grund der provisorischen Maßregeln durchzubringen. Es sind das solche Behauptungen, die bei näherer Beurtheilung nicht stichhältig erscheinen, lauter Dinge, welche, wenn man sie genau ansieht, agitatorische Momente bedeuten. Das sind Agitationsmittel, die in Wien „Zum Luchsen“ und in Graz in die „Puntigamer Bierhalle“, aber nicht in den steierm. Landtag gehören, wo Persönlichkeiten sich befinden, welche die Verhältnisse besser kennen und so durchsichtige Argumente zu durchblicken imstande sind. Ich möchte mich nun von Herrn Dr. Starkel und von seinen agitatorischen Ausführungen abwenden, um überzugehen auf das, was der hochw. Herr Prälat Karlon, ich will

nicht sagen, zur Rechtfertigung, aber zur Erklärung des eigenthümlichen Vorganges hier anführen zu sollen glaubte, der von ihm und seinen Parteigenossen im Reichsrathe eingehalten wurde. Ich glaube, es ist nicht überflüssig, wenn aus den Reihen der Majorität des steiermärkischen Landtages neben temperamentvollen Nationalen, welche einer etwas schärferen Fraktion angehören, auch eine Stimme zum Wort gelangt, welche nach den Kreisen, aus denen sie entstammt, nach der politischen Richtung, welcher die betreffende Person angehört, eine gewisse Bürgschaft dafür gibt, daß eine etwas leidenschaftslosere ruhige Beurtheilung der ganzen Sachlage von ihrer Seite zu erwarten steht; und da möchte ich mir, um auf die Ausführungen des Herrn Prälaten Karlon zurückzukommen, gestatten, in Zurückdrängung der Empfindlichkeit, die uns alle erfüllt, die Frage vorzulegen, was konnten wir in der Majorität des steiermärkischen Landtages im Reichsrathe von der conservativen Partei, in welcher auch Landtagsabgeordnete sich befinden, welche dieses Compromiß unterschrieben, in Bezug auf ihre Thätigkeit erwarten? Und da gestatten Sie mir, dem hochgewandten ersten Herrn Redner Sr. Durchlaucht dem Fürst Lichtenstein gegenüber die Bemerkung, daß, wenn er die überaus sympathischen Reflexionen gemacht, die bei einem der ersten Gentleman dieses Reiches vollkommen naturgemäß und ihm möchte ich sagen, auf den Leib geschrieben sind, daß ein solches Versprechen in so extensiver Weise interpretirt, daß alles hineingelegt wird, was hineingelegt werden kann, daß Se. Durchlaucht sich gewiß mit dieser Aeußerung Ehre gemacht hat, daß ich aber nicht weiß, ob aus diesem Inhalt nicht eine ungewollte Kritik seiner näheren Clubgenossen zu entnehmen ist, eine Kritik, die dadurch verstärkt wird, daß Se. Durchlaucht, Fürst Lichtenstein erzählt, in welcher Weise er selbst seine Stellung aufgefaßt und wie er sich im Herrenhause des hohen Reichsrathes benommen hat.

Aus den Reihen der Majorität ist Sr. Durchlaucht ein volles Lob entgegengetönt und der Landtag hatte die Empfindung, daß er sich correct und als Gentleman benommen hat. (Bravo!) Er möge daraus ersehen, daß wir einen Unterschied gefunden haben in Bezug auf sein Verhalten und demjenigen Herren, die er in seiner Ausführung vertheidigen zu können geglaubt hat. Ich verkenne nicht die Unterschiede, auf die Se. Durchlaucht aufmerksam gemacht hat; die Stellung derselben im Abgeordneten Hause bringt Unterschiede mit sich, die genau zu erläutern Se. Durchlaucht unterlassen hat. Ich möchte aber auf eine andere Persönlichkeit hinweisen, die auf der entgegengesetzten Seite der socialen Stufenleiter ebenso, wie Se. Durchlaucht, eine Art Folie für das in-

correcte Vorgehen der anderen Mitglieder bildet. Es ist dies der schlichte Abgeordnete des Bauernstandes, Reichsrathsabgeordneter Herf, der dem hohen Landtage nicht angehört hat und es mit seiner Stellung vereinbar gefunden hat, bei dieser Gelegenheit sich nicht im Saale aufzuhalten, sondern sich in die Couloirs zurückzuziehen. (Lebhafter Beifall.)

Was konnten wir auf Grund des Landtagsbeschlusses von den conservativen Reichstagsabgeordneten verlangen? Ich gebe dem geehrten Herrn Prälaten Karlon zu, daß er sich aufrichtig, ernstlich, nachdrücklich und mit vollster Hingebung bemüht hat, im Hohenwart-Club Stimmung für das Compromiß zu machen. Allein es ist ihm nicht gelungen und dieser Mißerfolg könnte ihm von unserer Seite um so weniger zum Vorwurf gemacht werden, als es auch unserer Partei nicht gelungen ist, in dieser Sache zu einem gedeihlichen, dem steirischen Landtage entsprechenden und coalitionsmäßigen Resultate zu kommen. Ich frage nun, wie weit erstreckt sich die Verpflichtung, welche die genannten Herren übernommen haben? Wir konnten nicht von ihnen verlangen, daß sie den Club umstimmen, denn es sind einige wenige Herren und im Club entscheidet die Majorität. Wer das Clubleben des Reichsrathes kennt, wird sich sagen müssen, daß es nicht angeht und nicht verlangt werden kann, daß einzelne Abgeordnete, wenn sie majorisirt worden sind, gegen den Club im Hause öffentlich auftreten können. Auch würde ich es von meinem Standpunkte aus völlig begreiflich finden, daß die Herren, nachdem sie nicht gedrungen sind, auch nicht gegen den Club gestimmt und öffentlich in Widerspruch zu ihm getreten wären; wären sie temperamentvoller gewesen, so hätte ich ihnen das vielleicht zugemuthet. Allein, meine geehrten Herren Conservativen des Reichsrathes, warum haben Sie sich denn nicht entfernt? Warum sind Sie sitzen geblieben und haben mit einer Miene, die das schlechte Gewissen ausgedrückt hat, dem Antrage der Regierung zugestimmt? Wenn Sie hinausgegangen wären und sich in ihren Parteiblättern damit gerechtfertigt hätten, daß Sie durch den Beschluß des hohen Landtages sich gebunden erachtet hätten, dann würde kein billig denkendes Mitglied des Landtages Ihnen einen Vorwurf haben machen können. Ich will nicht von dem Herrn reden, den wir wahrscheinlich nicht mehr das Vergnügen haben werden, im steirischen Landtage zu begegnen und der seinen traurigen Muth soweit getrieben hat, die Linke im Reichsrathe zu verhöhnen, das ist ein Herr, den seine eigene Partei desavouirt hat und ich hoffe, daß wir nicht mehr in Verlegenheit kommen werden, ihm im steirischen Landtage die Hand bieten zu müssen.

Gestatten Sie nun meine Herren, nachdem ich einen

Kampf nach zwei Fronten geführt habe, kurz darauf hinzuweisen, daß der Unterrichts-Ausschuß, der Ihnen diese Anträge empfiehlt, nach zwei Richtungen vorzugehen und Rechnung tragen zu müssen geglaubt hat; einem Bedürfnisse für die Vergangenheit und Zukunft.

Indem der Unterrichts-Ausschuß dem hohen Landtage vorschlägt, der hohen Regierung für die Art der Durchführung jener Maßregeln sein Bedauern auszusprechen, glaubt er dem Landtage die nöthige moralische Satisfaction damit zu geben, daß seine Stimme nicht gehört wurde, und daß die Durchführung der Maßregel in einer sehr rüden und ungewöhnlich unbureaukratischen Form geschah und unwillkürlich zwischen den Zeilen jenes Erlasses, der im Landesschulrath in Betreff der Durchführung gekommen ist, gelesen werden mußte, daß es sich nicht um eine sachliche, sondern um eine politische Maßregel handle. Und dabei, meine Herren, thut das Gutachten der Landesschulbehörde nichts, da handelt es sich um eine brüste und rücksichtslose Majorisirung. (Freiherr v. Gasselberg: sie stat pro ratione voluntas). Und weiters will der Unterrichts-Ausschuß Rechnung tragen für die Zukunft. Wir haben gesehen, meine Herren, und ich stehe nicht an, es zu bedauern, daß durch die unvorsichtige Aufrollung dieser Cillier Frage die politische Situation erschüttert wurde, über die heute in mißliebiger Weise sich auszulassen, Mode bei vielen Parteien geworden ist. Und darum gehört Muth dazu, um es öffentlich zu sagen, daß ich der Anschauung bin, daß durch das Scheitern dieser Coalition im vorigen Jahre der Coalitions-Gedanke selbst, der ein specifisch österreichischer ist, durchaus in keiner Weise obsolet oder abgelebt wurde und daß dieser Coalition ein tiefer ernster Hintergrund innewohnt und daß der Coalitions-Gedanke der staatserhaltende ist, der, mag er in aller Form oder stillschweigend das politische Leben beherrschen, der jedes österreichischen Staatsbürgers und Staatsmannes sein soll. (Lebhafter Beifall.) Ich kann nur bedauern, daß dieser ernste und schwerwiegende politische Gedanke durch die Aufrollung einer solchen Frage in den Hintergrund gedrängt und so die Verbindung gelöst wurde, welche mehr Dauer für die Zukunft versprach, als sie gehalten hat. Aus dieser Vergangenheit möge die künftige Regierung in Oesterreich die Lehre ziehen, daß solche Fragen nicht leichtfertig aufzurollen sind und in dieser Hinsicht hat der Antrag des Unterrichts-Ausschusses die Bedeutung, daß eine künftige Regierung sich erinnern möge, daß solche Eventualitäten, solche politische Umwälzungen aus Anlaß nationaler concreter Verfügungen und Gesichtspunkte unrecht sind. Und wenn der Herr Ministerpräsident Graf Badeni in der Sitzung des Abgeordnetenhauses in der concreten Aeußerung, welche er in Betreff der

nationalen Postulate der südslavischen Volksstämme abgegeben hat, nach welcher „keine Concessionen bloß zur Provocation anderer“ statthaben sollen, erinnert, so ist durch ein solches Festhalten eines ministeriellen Wortes einem Grundsatz der praktischen Politik Rechnung getragen, welches verlangt, daß die Regierung an Emanationen, welche sie in Bezug auf die Zukunft gemacht hat, festgehalten werde.

Es steht jedem der Herren frei, je nach Maßgabe, ob er der Regierung mehr oder minder Vertrauen entgegenbringt, diese Zusicherung zu halten; unter allen Umständen ist es aber ein Gebot der praktischen Politik, an einer solchen Emanation der Regierung festzuhalten. Uebrigens möchte ich mir gestatten, zu erklären, daß für meine Ueberzeugung die gegenwärtige hohe Regierung noch in keiner Weise Anlaß geboten hat, an der Aufrichtigkeit ihrer Versicherungen irgend einen Zweifel zu hegen. Von diesem Gesichtspunkte aus erlaube ich mir die Anträge des Unterrichts-Ausschusses, so wie sie vorliegen, dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen. (Anhaltender Beifall und lebhaftes Händeklatschen. Der Redner wird beglückwünscht.)

Abg. Dr. **Starke** (St.-G. Wind.-Graz): Hoher Landtag! Ich muß auf die Worte des Herrn Vorredners in Kürze antworten.

Ich verwahre mich auf das Entschiedenste gegen die mir vom Herrn Grafen Stürgkh gemachte Zumuthung, als ob es sich bei meinen Ausführungen nur um Schlagworte gehandelt hätte und nur um Agitationen, die er in wenig geschmackvoller Weise mit der Puntigamer Bierhalle in Verbindung gebracht hat. Die Herren werden bezeugen können, daß ich ganz maßvoll und sachlich gesprochen habe, und wenn ich ausdrücklich anführte, daß ich es für eine nationale Pflicht halte, auch diesen einen peinlichen Punkt zu erwähnen, so glaube ich beanspruchen zu dürfen, daß man dieser Versicherung Glauben schenkt und mir nicht eine andere Absicht unterschiebt, nämlich die Absicht, lediglich zu agitiren und ungehörige Agitation in die steirische Landstube zu verpflanzen.

Ich kann da nur finden, daß der Herr Graf Stürgkh sich als der „routinirte Parlamentarier“ erwiesen hat, auf den er sich hinauspielt. Denn es ist bekannt, daß gerade unter den Mitgliedern seiner Partei, welcher er im Reichsrathe angehörte, das Eine sehr beliebt ist, daß wenn Jemand etwas sagt, was ihnen unbequem ist (Rufe: Oho!), man ihm sogleich nachsagt: „das ist eine Agitation vom goldenen Luchsen“, oder dasselbe auf grazerisch gesagt: „von der Puntigamer Bierhalle“.

Wenn der Herr Abgeordnete Graf Stürgkh behauptet, daß ich Unrichtiges gesagt hätte, so muß ich ihm

dasselbe zurückgeben. Es ist unrichtig, wenn er sagt, ich hätte nichts als Vorwürfe gegen die Vereinigte Linke erhoben. Der erste weit größere Theil meiner Rede war ausschließlich gegen die bedauerliche Haltung der conservativen Partei gerichtet, und ich habe da ganz andere Worte gebraucht, habe von Wort- und Treubruch gesprochen, für eine Person das Wort „Verräther“ angewendet und die Herren auf das Schärkste an ihre nationale Pflicht erinnert. Habe ich auch mit einem Wort einen gleichen Vorwurf gegen die Vereinigte Linke erhoben? (Rufe: Weil Sie nicht konnten! Abg. Graf Stürgkh: „Ah, das wäre auch nicht schlecht!“) Ich habe da nur gesagt, daß ein Theil der Schuld auch die Mitglieder der Vereinigten Linken (Abg. Koller: Aber keine steirischen Abgeordneten!) trifft, weil sie nicht in dritter Lesung gegen das ganze Budget stimmten. (Rufe: Hätte aber keinen Zweck erreicht.) Es ist nicht richtig, wie Herr Graf Stürgkh sagt, daß dieses Mittel gar nichts geholfen hätte. Die Constellation war so, daß die Jungtschechen gegen das Budget gestimmt hätten und damit wäre die Majorität dagegen erreicht worden, und wenn Herr Graf Stürgkh darauf hinweist, es habe nur ein provisorisches Ministerium gegeben, so ist das ganz gleichgiltig. Wenn man den Zweck erreichen will, eine tiefe Schädigung des Deutschthums hintanzuhalten, so braucht man nicht zu fragen, welches Ministerium am Ruder sitzt, und wenn das Ministerium selbst daran geht und es so weit kommen läßt, daß die Cilli Frage zum Angelpunkte der ganzen inneren Politik wird, dann kann, glaube ich, eine Partei es gewiß verantworten, wenn sie auf diesem Wege der Regierung nachfolgt, denn die Regierung hätte die erste Pflicht, darauf zu sehen, daß eine Frage nicht übermäßig aufgebraucht wird.

Mit der weiteren Behauptung aber, daß die Verweigerung des Budgets nicht den Effect gehabt hätte, die Post Cilli zum Falle zu bringen, hat sich der Herr Abgeordnete Graf Stürgkh nicht als „routinirter Parlamentarier“ erwiesen, denn das weiß jeder „routinirte Parlamentarier“, daß, wenn das Budget verweigert wird, das alte Budget gilt, in welchem die Post Cilli nicht enthalten war. Wäre also das Budget verweigert worden, dann hätte das Gymnasium in Cilli auch nicht errichtet werden können.

Ich habe weiter in dieser Sache nichts zu sagen, als daß ich meine früheren Aeußerungen aufrecht halten muß. Ich möchte nur noch erwähnen, daß ich mit keinem Worte gesagt habe, daß ich im Namen mehrerer Mitglieder spreche und daß es mir daher auch nicht zugemuthet werden darf, als ob ich erklärt hätte, im Namen mehrerer Mitglieder zu sprechen.

Wohl aber hat sich Graf Stürgkh erlaubt, ohne ein Mandat zu haben, hier im Namen mehrerer Mitglieder zu sprechen und dies gewissermaßen anzunehmen, da keines dieser Mitglieder ihm ein Mandat ertheilt hat. (Abg. Graf Stürgkh: „Das wissen Sie nicht!“) In dieser Hinsicht glaube ich richtig gehandelt zu haben, weil ich mit keinem Worte es so darstellte, als ob ich es mir annahmte, kraft eines Mandates im Namen Mehrerer zu sprechen. Den einen Anwurf, der geradezu ein merkwürdiger ist, als ob ich bewußt in irgend einem Punkte nicht bei der Wahrheit geblieben wäre, den muß ich auf das Allerenergischste zurückweisen und es als ein nicht gerade loyales Kampfmittel bezeichnen, daß man mir zumuthet, in irgend einem Punkte etwas mit Absicht nicht wahr gesagt zu haben. Jedem kann wohl ein Irrthum passiren. Ich gebe zu, daß ich vielleicht in irgend einem Punkte irriger Meinung war, mir aber so etwas zuzumuthen, das dulde ich nicht, das hat man keinem Mitgliede in diesem hohen Hause zuzumuthen!

Meine Herren! Ich sage nur das Eine noch: Einigen Sie sich alle in dem rein nationalen Gedanken, dann wird es zu solchen peinlichen Aussprachen, die nothwendig sind wie Gewitter, um die Luft zu reinigen, nicht mehr kommen; lassen Sie von der Vereinigten Linken sich nicht zu sehr von Staatsraison und politischen Momenten beeinflussen, schütteln Sie sich vor allem den Juden, der Ihnen am Nacken sitzt, vom Halse (Rufe: Oho! Oho! Heiterkeit) — ich bitte, darüber gibt es nichts zu lachen; wenn Sie nur die Wiener Juden-Presse betrachten und deren Verbindung mit der Vereinigten Linken, so ist das leider ein sehr trauriger Ernst und keine Sache, die zum Lachen ist. Sie aber, meine Herren von der conservativen Partei, schütteln Sie dieses gewisse falsche Gerechtigkeitsgefühl ab, welches Sie für die anderen Nationen allzu gerecht macht, gegen die eigene Nation aber ungerecht, und einigen Sie sich mit uns in dem gemeinsamen nationalen Gedanken, dann wird es für uns Deutschen besser werden und nicht mehr möglich sein, daß wir Deutschen in nationalen Fragen in die Minorität kommen!

Abg. Excellenz Graf **Wurmbrand** (G.:G.:B.): Die Debatte gibt mir eigentlich keinen Anlaß, mich weiter über die Situation auszusprechen. Ich muß es dankend anerkennen, daß der Landtag und die Redner von allen Seiten die Frage ruhig, leidenschaftslos und objectiv zu behandeln suchen. Ich gebe dieses Zeugniß auch Herrn Dr. Starkel und er hat Recht, wenn er sagt, daß er durch seine Reden eigentlich Niemanden provociren wollte und Niemanden provocirt hat.

Ich gehe deshalb in das Meritum der Frage über

Cilli und die Geschichte des Sturzes des Coalitionsministeriums gar nicht ein und habe auch die Linke nicht zu vertheidigen, weil sie es nicht nothwendig hat. Sie hat sich besonders in dieser Frage energisch auf den Boden des nationalen Gedankens gestellt und hat dafür die größte Staatsaction herbeigeführt, die über einen so an und für sich nicht sehr bedeutenden Gegenstand überhaupt jemals herbeigeführt wurde. Damit hat sie die Grenze angezeigt, bis wohin sie in der österreichischen Politik gehen will und gehen wird, und auch für die Zukunft die Linie markirt und ihre nationalen Gefühle zum Ausdrucke gebracht, die sie auch in Zukunft festhalten wird.

Man kann über das politische Vorgehen der Partei verschiedener Meinung sein, aber gerade diejenigen, die sich immer von vorneherein als Nationale κατ' ἐξοχήν, man weiß nicht warum, geriren, haben gar keinen Anlaß, der Linken einen Vorwurf zu machen. Nichtsdestoweniger wünschen sie der Linken einen Vorwurf zu machen, ob das aus persönlicher Gehässigkeit oder religiösem Gefühle des Katholiken gegenüber dem Israeliten stattfindet, das weiß ich nicht (Rufe: Sehr gut!), aber ein großer Theil von uns, wir selbst sind keine Israeliten (Rufe: Gott sei Dank!), warum sich gegen uns kehren, warum das im steirischen Landtage vorbringen? Es wird gesucht von dieser neuen nationalen Richtung, die sich deutschnational nennt, der Linken doch einen Vorwurf zu machen, und zwar sogar den eigenen Kollegen, weil sie in dritter Lesung nicht gegen das gesammte Budget gestimmt haben. Nun, ich bin überzeugt von der nationalen Aufrichtigkeit des Herrn Dr. Starkel in dem, was er diesbezüglich vorgebracht hat; ich glaube, er ist der Ansicht, daß durch das Votiren gegen die dritte Lesung des Budgets erstens das Budget gefallen wäre und zweitens mit dem Fallen des Budgets auch die Post Cilli aus dem Budget verschwunden wäre.

Ich glaube es und ergreife nur deshalb das Wort, um ihm darzustellen, daß er sich hierin in einem vollständigen Irrthum befindet.

Mit der Votirung in der dritten Lesung des Budgets wird das gesammte durchberathene Budget in allen seinen Theilen entweder angenommen oder abgelehnt. Wird das Budget in einem constitutionellen Staate abgelehnt, so ist diese Regierung nur provisorisch mehr im Stande, die Staatsgeschäfte fortzuführen bis zur Wiedereinberufung des Reichsrathes, welchem es über seine Fortführung der Geschäfte Rechenschaft abzulegen hat. Der Reichsrath wird dieser Regierung die Indemnität für die Fortführung der Geschäfte entweder ertheilen oder nicht ertheilen, sie stürzen oder aufrecht erhalten, aber fortgeführt werden die Staatsgeschäfte.

Das ist klar. Daß die Beamtengehälter ausgezahlt werden und die Staatsmaschine fortgeht, dafür ist in unseren Verfassungsgesetzen gesorgt, und zwar in der Weise, daß dann nur jene Posten durchgeführt werden können, welche im Budget stehen. Nun stellt sich die Frage zweifach; wenn die Linke gegen das Budget gestimmt hätte in dritter Lesung, würde es gefallen sein oder nicht; Dr. Starkel glaubt, es würde damit gefallen sein, ich glaube, es würde doch nicht gefallen sein, sondern ich glaube, die Opposition wäre sofort eingesprungen, um das Budget zu erhalten. Aber selbst in dem Falle, wenn das nicht geschehen und wenn das Budget gefallen wäre, welche Stellung hätte die Vereinigte Linke vis-à-vis des nächsten Ministeriums gehabt? Das nächste Ministerium hätte naturgemäß das Budget in allen seinen Theilen durchführen müssen und hätte dem Reichsrathe bei seinem Zusammentritte davon Mittheilung gemacht. Consequent hätte die Linke jedem Ministerium, welches sich gebildet hätte, nachdem es die Post Cilli in diesem Budget hatte und zur Durchführung brachte, von vorneherein sein Mißtrauensvotum geben müssen. Die Linke hätte also, nachdem sie das Coalitionsministerium gestürzt, und nachdem sie selbst nicht im Stande gewesen ist, wieder ein Ministerium oder eine Coalition zu bilden, auch für die Zukunft sich jedem Ministerium gegenüber feindselig stellen müssen.

Meine Herren! Diejenigen Oppositions-Mitglieder oder diejenigen Parteien, welche sich in so extrem oppositioneller Stellung befinden, daß sie jeder Regierung Opposition machen, daß sie immer gegen Alles stimmen, weil sie wissen, daß sie in der Minorität dafür die große Verantwortung gegenüber dem Staate nicht tragen, für die sind alle solchen Fragen sehr leicht. (Rufe: Sehr gut!) Es ist außerordentlich leicht, populär zu sein und alle Anderen anzugreifen, welche die schwerwiegende Verantwortung der Regierungspartei tragen.

Ich bedaure es lebhaft, daß die steirischen Abgeordneten ihre Opposition so leicht nehmen und eigentlich fortwährend in Opposition gegen alle Regierungen stehen, die wir in Oesterreich hatten.

Ich bin selbst durch zehn Jahre in der Opposition mit den Herren gewesen, aber ich gestehe Ihnen, daß eben die Coalition für mich ein wichtiger Punkt und ein wichtiges Ereigniß der österreichischen Politik war, weil wir nach einer fünfzehnjährigen constitutionellen, aber nicht parlamentarischen Regierung zu einer parlamentarischen Regierung gelangten, und zwar in der einzigen Form, in der ein parlamentarisches Ministerium in Oesterreich möglich ist. (Abg. Dr. N. v. Schreiner: Sehr richtig.)

Das Scheitern dieser Form einer parlamentarischen

Regierung heißt ein außerparlamentarisches Ministerium nicht nur acceptiren, sondern wünschen. Ich glaube, daß nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, es das einzig Mögliche ist, aber in einem constitutionellen Lande das einzig Wünschenswerthe ist es nicht, (Abg. Freiherr v. Hackelberg: Sehr gut!) denn dadurch wird das nicht erreicht, was in einem constitutionellen Staate von größter Wichtigkeit ist, das ist die Bildung einer Majorität im Parlamente. Die Fractionen und Parteien werden auseinander gehalten und nicht zusammengeführt und jeder gute Oesterreicher muß wünschen, daß, wenn, was Gott verhüte, schwere politische Situationen an Oesterreich herantreten, eine Majorität vorhanden ist, welche die großen Ziele des österreichischen Staates aufrecht erhält und sie mit Kraft zu vertheidigen weiß. Dazu, und als wichtigster Factor einer solchen Majorität, aber nur als ein Factor, sind die Deutschen berufen, nicht nur durch ihre culturelle Bedeutung, nicht nur durch ihre Steuerkraft, sondern durch die Bedeutung, durch welche sie den Aufbau Oesterreichs seit Jahrhunderten möglich machten. Was ist die Aufgabe dieser Deutschen? Da stimme ich mit dem Abgeordneten Herrn Dr. Starkel überein: die Vereinigung der Deutschen, die Einheit unter ihnen. Aber diese Einheit der Deutschen ist ein Wort, welches von frühester Jugend in mein Ohr geklungen ist wie ein schöner Traum. Die Macht der Verhältnisse, die Macht eines großen Staatsmannes hat diese Einheit in Deutschland erzwungen. Aber hören Sie ihn, wie er in Deutschland von den Parteien, im Parlamente von den Deutschen bekämpft worden ist, wie schwer ihm die Regierung mit den Fractionen war. Denn der Deutsche hat einen Fehler, den der Unverträglichkeit, und diese Unverträglichkeit und dieser Individualismus, den jeder zur Geltung bringen will und der, seitdem wir Deutsche in der Geschichte kennen, die deutschen Stämme gemeinigt hat, lebt fort, und wenn dieser Mangel an geschlossener Parteigruppierung schon in Deutschland eine Schwäche dieses Reiches ist, welche Folgen hat diese Unverträglichkeit in einem Staate wie Oesterreich, wo andere Nationalitäten gegen die Deutschen sich geeinigt zusammenschließen. Soll ich Sie auf das Beispiel der Polen hinweisen, die wie ein Mann dastehen. Sehen Sie auf uns Deutschen hin. Nehmen Sie die zwei Landtage, die einzigen, die in Oesterreich nur deutsche Mitglieder haben. In Niederösterreich sehen Sie die Einigkeit unter den Deutschen. (Heiterkeit.) Man spricht vom historischen polnischen Landtag. Schauen Sie Niederösterreich an: das ist die Residenz, die deutsche Weltstadt, das Herz von Oesterreich. Sehen Sie sich diesen Landtag an: er ist zu einem europäischen Skandal geworden, weil die Individualität und Kampf-

wuth die Deutschen zu Ausschreitungen hinreißt, die sonstwo ganz ungewöhnliche sind. Und wir, die wir — ich sage es zu meinem Bedauern — heuer hier im Landtag auch nur unter uns Deutschen sind, weil die Herren Slovenen leider den Landtag nicht besucht haben, wir haben zu Ende einer sehr thätigen Session auch nichts anderes zu thun, als uns Vorwürfe zu machen, als die Kluft, die entstanden ist, zu vertiefen, u. zw. ungerechtfertigter Weise, wie ich meine, selbst bei der nächststehenden Partei dadurch, daß der Eine sagt, ich bin Nationaler und nicht ansteht, dem anderen Deutschen damit einen Vorwurf ins Gesicht zu schleudern. Mit welchem Rechte ist Herr Dr. Starkel nationaler als ich? (Rufe: Sehr gut!) Sind wir nicht beide Deutsche? Haben wir nicht das Recht erworben durch jahrhundertlange Thätigkeit in Steiermark, durch Befestigung des Deutschthums uns hier als Deutsche in Steiermark zu fühlen? Wer kann sich deutscher fühlen? Niemand. Ich negire, daß irgend Jemand deutscher sein kann, als ein Herberstein, als meine Familie und viele andere. Wir sind ebenso deutsch als Sie, aber wir sind Deutsche in Oesterreich und denken als Deutsche für den Bestand der Deutschen in Oesterreich. (Rufe: Wir auch!)

Nachdem wir das Alle sind, haben wir nur einen Gedanken gemeinsam. Wie machen wir es, daß wir die Stellung der Deutschen in Oesterreich festigen? Ich komme darauf zurück, da gibt es nur Eines: uns zu einen. Dann aber bilden Sie keine nationalen Fractionen, wo es nicht nöthig ist. Gehen Sie im politischen Kampfe nicht weiter, als es für die Deutschen zweckmäßig ist, um die Connationalen nicht zu verletzen und bringen Sie nicht Haß und Streitsucht zwischen den Deutschen hervor. Sie haben als Streitobject etwas erfunden, was gar nicht nothwendig war — den Juden. (Heiterkeit.) Nun sehen Sie, die anderen Nationalitäten haben ihn auch, aber bei ihnen ist er kein Streitobject; bei uns ist er es durch Sie geworden und sogar in einem Lande, wo gar keine existiren. (Rufe: Oho!) In Steiermark kann man doch sagen, daß dies der Fall ist. Nun, meine Herren! Solche Richtungen, solche extravagante Streitigkeiten, welche die Parteien bis zum Haße führen, so daß die Gemeinsamkeit des Stammes vergessen wird, das sind die schweren Fehler gewisser Parteien. So lange ich noch öffentlich sprechen werde, werde ich wenigstens, wie im steirischen Landtage, so im Abgeordnetenhaufe immer das Programm haben, die Deutschen zur Einigkeit zu mahnen. Ich kenne ihre Fehler, werde sie aber den Einzelnen so wenig als möglich fühlbar machen und werde nie persönliche Gehässigkeit und Haß zwischen den Deutschen zu vermehren suchen. Deshalb bitte ich Sie, die Discussion damit

zu schließen, daß Sie Alle für diese Anträge stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Ritter v. **Schreiner**: Hohes Haus! Ich gestehe, daß die Ansprache, wie sie Seine Excellenz der gewesene Herr Handelsminister soeben an Sie gerichtet hat, mich fast bestimmt hätte, auf das Wort zu verzichten und daß ich mich daher veranlaßt sehe, etwas anderes vorzubringen, als ich ursprünglich wollte. Ich gestehe Ihnen weiters, daß erst die letzte Viertelstunde mich wieder in eine etwas bessere Stimmung versetzt hat, denn die zwei Stunden, die wir vor derselben hier zubrachten, haben mich tief melancholisch gestimmt, weil sie mir das Bild des allgemeinen Zerwürfnisses unter den Deutschen auch in unserm engeren Vaterlande gezeigt haben. Meine Herren, es sei mir gestattet, daran zu erinnern, daß vor noch nicht Jahresfrist der größte Deutsche unserer Zeit, dessen Name zu einer Gattung Schiboletth für uns Deutschen geworden ist, zu uns Steiermärkern gesagt hat: „Für uns Deutschen ist die Mischung mit slavischen und romanischen Elementen eine Nothwendigkeit. Wäre die nicht da, so würden wir zu einem Mönchskloster und die Deutschen fräßen sich unter einander auf.“ Und an diese Worte mußte ich eben unwillkürlich denken! Seine Excellenz, der Herr Graf Wurmbrand hat mir also vorweggenommen, was ich sagen wollte, daß uns Deutschen vor Allem die Einigkeit fehlt und daß wir aufhören sollten, uns gegenseitig zu befehlen. Im Beschlusse vom 15. Februar vorigen Jahres lag nun ein Versuch, eine solche Einigung zu erzielen; er ist aber mißglückt, und zwar weil leider eine Einigkeit beim Abschlusse des Compromisses schon nicht mehr vorhanden war. Es sind Vorbehalte gemacht worden, welche denkenden Menschen einleuchten ließen, daß das Compromiß zum Scheitern führen werde. Ich werde aber gegen Niemanden eine zu starke Recrimination erheben, denn trotz aller Bemühungen, die sich einzelne Abgeordnete, der Landes-Ausschuß an der Spitze, gegeben haben, um der Resolution des Landtages im Reichsrathe zum Durchbruche zu verhelfen, hat sich dieses Vorhaben als vergeblich erwiesen. Was aber die Umstände anbelangt, unter denen, und die Gründe, aus welchen unser Werk gescheitert ist, so wäre wohl auch ich in der Lage, ähnlich wie Seine Durchlaucht der Herr Fürst Liechtenstein, retrospectiv pikante Enthüllungen den Herren mitzutheilen. Ich halte dies aber für zu spät und fühle mich auch durch Rücksichten der Discretion gebunden. Allein, ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß zur Zeit, als der hohe Landtag seinen Beschluß gefaßt hat, es bereits zu spät und nichts mehr zu machen war. Das Rückfücksei des deutsch-slovenischen Untergymnasiums in Gills lag schon im Neste, in welches sich das Coalitions-

Ministerium gebettet hat und hätte ich damals gewußt, was ich im Frühjahr und Sommer des darauffolgenden Jahres erfahren habe, so hätte ich mir die Mühe für dieses Compromiß nicht gegeben. Von Seite der Conservativen ist, wie es scheint, an die Wirksamkeit dieses Compromisses nie recht geglaubt worden, denn ich muß sagen, meiner Ueberzeugung nach haben sich die Herren dieser Gruppe des Abgeordnetenhauses an unser Compromiß nie gehalten. Zur Ehre dieser Herren will ich aber hoffen, daß nur ihre Auffassung eine unrichtige war. Sie sind nämlich, wie es scheint, von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die Durchsetzung des Antrages des Herrn Prälaten Karlon den Intentionen des Hauses und dem von ihnen hier im Hause gegebenen Worte entspreche.

Der Landtag hat aber den sogenannten Karlon'schen Antrag gar nicht angenommen, sondern hat ihn nur dem Landes-Ausschuße zugewiesen mit dem, daß er diesbezüglich Erhebungen pflegen und dann nach eventuell mit der Regierung getroffener Verabredung dem hohen Landtage neuerlich darüber Bericht zu erstatten habe; wohl aber hat der Landtag ausdrücklich resolvirt, daß die Regierung aufzufordern sei, ein slovenisches Untergymnasium in Gills oder überhaupt eine solche Lehranstalt in Untersteiermark nicht zu errichten, bevor nicht die in didactischen und pädagogischen Fragen maßgebenden Factoren im Lande früher befragt worden wären.

Auf diesen Standpunkt hatten sich die Herren Abgeordneten zu stellen, nur den hätten sie zu vertheidigen gehabt, nicht aber das Compromiß zu verlassen, weil sie mit dem sogenannten Karlon'schen Antrag bei der Vereinigten Linken nicht durchgedrungen sind. Das war nicht das Mandat, was sie vom Landtag mitbekommen haben. Dessen ungeachtet möchte ich nicht zu strenge mit ihnen in's Gericht gehen, da meiner Ueberzeugung nach das alles, auch die Durchsetzung des Rienzl'schen Antrages uns nichts geholfen hätte. Es war zu spät, das Coalitions-Ministerium konnte nicht mehr zurück. Wir haben nun gar nichts anderes mehr zu thun, als uns dem Antrage des Unterrichts-Ausschusses anzuschließen und die ernstliche Erwartung der Regierung gegenüber auszusprechen, daß in Zukunft in nationalen Dingen nicht so werde vorgegangen werden, wie leider das Coalitions-Ministerium vorgegangen ist. Merkwürdiger Weise hat sich eigentlich die Debatte in den dritthalb Stunden, die wir mit dieser Sache zubringen, mit den Anträgen des Unterrichts-Ausschusses nicht beschäftigt, sondern sie war mit einem Theile des Motivenberichtes beschäftigt, welcher, ich möchte sagen, um der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen, in denselben aufgenommen werden mußte. Es widerstrebt jedem

einzelnen über das Vorgehen von Seite der conservativen Abgeordneten nicht irgend ein Urtheil auszusprechen, allein, der Landtag dürfte nicht inducirt werden, ein solches Verdict zu fällen und das war die einzige Differenz, die im Unterrichts-Ausschusse unter den Mitgliedern bestanden hat, die schließlich zur Abdication des Obmannes und dessen Stellvertreters geführt hat, nicht um die Sache todt zu schweigen, sondern um den Landtag zu verhindern, sich zum Areopag zu constituiren und einen Richterspruch zu thun, zu welchem ihm das Recht mangelt. Dies wäre nach unserer Ueberzeugung unpassend gewesen und würde nicht nur die Competenz des steiermärkischen Landtages übersteigen, es könnte vielleicht in anderen Landtagen zu bösen Consequenzen führen! Daher hat es der Unterrichts-Ausschuß nicht über sich bringen können, dem hohen Landtag einen solchen Antrag zu stellen; mit der Annahme des Antrages des Unterrichts-Ausschusses aber, wie derselbe dem hohen Hause vorliegt, ist der Landes-Ausschuß vollständig einverstanden.

Abg. Dr. **Kotofschineg** (St.-G. Pettan): Ich werde den hohen Landtag nicht lange aufhalten und erlaube mir daher nur einige Bemerkungen zu machen.

Melancholisch wie der Herr Abgeordnete Dr. Ritter v. Schreiner bin ich noch nicht geworden während der zwei Stunden langen Debatte, allein ich muß es aufrichtig gestehen, daß die Debatte nicht einen solchen Verlauf genommen hat, wie ich es allerdings gewünscht hätte. Meiner Natur widerstrebt es, nicht auf das Ziel loszugehen, sondern ich halte es für zutreffender, mit aller Gewalt das eine Ziel im Auge zu behalten und alles andere bei Seite zu setzen. Ich glaube das Ziel, was wir bei unserer Debatte gehabt haben, war unser Votum abzugeben, über das Verhalten der conservativen Partei im Reichsrathe und dieses Ziel wurde längere Zeit außer Acht belassen. Zunächst ist von Herrn Dr. Starkel, ich muß das sagen, die Debatte vom ursprünglichen Ziele abgelenkt worden, auf ein Gebiet, welches allerdings hier nach meiner Ansicht nicht hätte besprochen werden sollen. (Rufe: „Sehr richtig!“) Wir hätten uns einigen sollen in einem Votum gegenüber den conservativen Reichsrathsabgeordneten. Obwohl es mir widerstrebt, muß ich doch auf einige Bemerkungen Seiner Excellenz des Grafen Wurmbbrand zurückkommen. Ich unterschreibe es vollkommen, ich bin einverstanden und begreife es auch, glaube ich, es macht ihm Ehre, wenn er mit dem Brustton der Ueberzeugung sagt, „ich bin ein Deutscher und wer ist es mehr!“ Ich unterschreibe dies, allein, er hat auch etwas anderes gesagt, „ich bin ein Deutscher, aber wir leben in Oesterreich“. Das ist eine Spitze, welche, glaube ich, gegen die deutschnationale Partei gerichtet ist (Rufe: Sehr richtig!) und diese Spitze

können wir uns nicht gefallen lassen. Mit demselben Recht, mit welchem Graf Wurmbbrand ausgerufen hat, „ich bin ein Deutscher, wer ist es mehr“, können wir sagen, „ich bin ein guter Deutscher und ein guter Oesterreicher, wer ist es mehr!“ (Lebhafter Beifall!) So viel auf dieses. Dann wurde auch von Seiner Excellenz gesagt, daß wünschenswerth wäre, die Einigkeit der Deutschen herbeizuführen. Auch das unterschreibe ich vollkommen. Allein, um Parteien, welche verschiedene Parteistandpunkte haben, einig zu machen, muß man sich auf eine Grundlage einigen, auf welche die Einigkeit zu Stande kommen soll und diese Grundlage wird von verschiedenen Seite verschieden aufgefaßt und verschieden dargestellt. Die Vereinigte Linke sagt, die Grundlage ist die Freiheit, ist der Liberalismus, wir sagen, die Grundlage ist das Nationale und nur auf nationaler Grundlage können wir uns einigen. Das ist die einzige Grundlage nach unserer Ansicht, auf welcher sich alle Deutschen einigen können. Dann wird die wahre Einigkeit bestehen und das deutsche Volk wird die Kraft haben, so dazustehen, wie es würdig ist dazustehen. Nun möchte ich enden und schließen. Wir haben uns abgewendet von dem ursprünglichen Zweck, wenden wir uns demselben wieder zu. Ich möchte sagen, wir können uns heute wenigstens einigen darin, daß wir sagen, „die Abgeordneten der conservativen Partei im Reichsrathe haben ihr Wort nicht gehalten“ und damit haben wir ihr Urtheil ausgesprochen. (Bravo! Bravo!)

Abg. **Sagenhofer** (L.-G. Hartberg): Als einer der Mitangeklagten werden Sie es begreiflich finden, wenn auch ich einige Worte in dieser Debatte spreche. Wir haben im Vorjahre dem Antrage zugestimmt, in welchem es heißt, daß die Regierung ersucht wird, vor Errichtung eines Staats-Untergymnasiums mit deutsch-slovenischer Unterrichtssprache den Landeschulrath zu hören. Das war auch gewiß unser Wunsch und ist, wie hervorgehoben wurde, von unserer Seite, alles geschehen, um die Regierung zu bewegen, das auch zu thun. Wenn die Regierung dessenungeachtet das nicht gethan hat, so ist das nicht unsere Schuld und es hätte sich die betreffende Regierung zu verantworten, wenn man sie überhaupt hier zur Verantwortung ziehen könnte.

Wenn wir Abgeordneten alles gethan haben, um dasjenige zu erreichen, was vom hohen Landtage gewünscht wurde, so glaube ich, sind wir unseren Verpflichtungen nachgekommen; wenn aber die Regierung diesem unseren Ansuchen nicht Rechnung getragen hat, wir aber die Forderung auf Errichtung eines slovenischen Gymnasiums in Untersteiermark für berechtigt gehalten haben, war es unsere Pflicht, nicht gegen diese Forderung zu stimmen, sondern für dieselbe nach dem Grundsatz,

welcher bei uns gilt: „Was Du nicht willst, das Dir geschehe, das thue auch einem andern nicht.“ (Heiterkeit.)

Meine Herren! Wenn hier das Wort gefallen ist „Wortbruch“ und „Verräther“, so muß ich daselbe mit aller Entschiedenheit zurückweisen, und glaube bei dieser Gelegenheit erinnern zu müssen, daß sogar Fürst Bismarck sich veranlaßt gefühlt hat, jene Richtung, von welcher diese Worte gefallen sind, an die Pflichten eines österreichischen Staatsbürgers zu erinnern. Meine Herren! In dieser Hinsicht natürlich ist unser Deutschtum ein vollkommen anderes, als das Deutschtum jener Richtung; ich muß daher den Vorwurf „Verräther“, „Wortbruch“ mit Entschiedenheit zurückweisen.

Eine nationale Partei, welche so extrem ist, daß sie ungerecht gegen andere Nationalitäten wird, kann die eigene Nation nur schädigen, denn dadurch verliert die eigene Nation das Ansehen, wenn man andere unterdrücken will und soweit soll man nicht gehen, weil, wie eben gesagt, man die eigene Nation schädigt.

Statthalter Marquis **Bacquehem**: Ich bin der Debatte, welche einen größeren Umfang angenommen hat, und welche stellenweise lebhaftere Accente aufwies, als es in den Gepflogenheiten dieses hohen Hauses liegt, mit Aufmerksamkeit gefolgt. Ich hatte nicht bei Beginn derselben die Absicht unter allen Umständen das Wort zu ergreifen, wenn mir auch durch den Bericht des Unterrichtsausschusses Veranlassung dazu geboten war, allein ich hätte aus mehreren Gründen es unterlassen zu sprechen, wenn mir dies im Interesse der Abkürzung der Debatte erwünscht und nach dem Gange und Verlaufe derselben auch durchaus zulässig und möglich erschienen hätte; ich sage, aus mehreren Gründen, einmal, weil mir nach meinen nun doch längeren parlamentarischen Erfahrungen eine derartige Debatte, welche einen politischen Charakter angenommen hat, in der Regel weder verkürzt noch vereinfacht wird dadurch, daß sich die Regierung an ihr betheiligt, indem der Vertreter der Regierung, wenn es auch durchaus nicht in seinen Absichten gelegen sein mag, durch seine Ausführungen unwillkürlich neues Material zur Discussion stellt und so den eventuell nach ihm sprechenden Rednern die Aufgabe mindestens nach der polemischen Seite erleichtert, dann aber noch aus einem anderen Grunde. Die heutige Debatte wurde veranlaßt durch eine Verfügung der Regierung. Diese Maßnahme steht in Erörterung, unterliegt der Anfechtung und wird einer stellenweise recht herben Kritik unterzogen und diese Maßnahme rührt von einer Regierung her, die sich nicht mehr im Amte befindet, so, daß gegen mich, wenn ich mich an der Discussion betheilige, leicht der Vorwurf erhoben werden könnte, daß ich dies mehr in der Eigenschaft eines ge-

wesenen Mitgliedes dieser verflochtenen Regierung thue, als in der eines Vertreters der Regierung in diesem hohen Hause. Die verehrten Herren werden vielleicht bei mehrfachen Anlässen in dieser Session mein Bestreben wahrgenommen haben, diese beiden Eigenschaften von einander zu trennen, was mir ja umso leichter gelingen mag, als nur die eine für mich eine actuelle Bedeutung hat, was mich aber nicht abzuhalten braucht auch jene Erfahrungen, welche ich in früheren Dienstleistungen erworben, dem hohen Hause stets zur Verfügung zu stellen. Allein wie dem auch sei, so sehr ich die Gegenwart von der Vergangenheit trenne, es bestehen nun einmal zwischen dem gewesenen Minister des Innern im sogenannten Coalitions-cabinet und dem gegenwärtigen Statthalter in Steiermark nahe Beziehungen, (Heiterkeit.) so daß es füglich nicht überraschen mag, wenn ich in der heutigen Debatte nicht vollständig schweigen zu sollen glaube. Und da könnte ich es zuvörderst nicht gelten lassen, wenn in dem Umstände, daß eine Resolution, die seitens des hohen Hauses in der vorjährigen Session gefaßt wurde, durch die damalige Regierung eine Berücksichtigung nicht erfuhr, eine mindere Werthschätzung der Kundgebungen dieses hohen Hauses erblickt werden könnte. Auch in anderen Vertretungskörpern wird das nicht so aufgefaßt, beurtheilt und empfunden, wenn z. B. im hohen Hause der Abgeordneten bei Gelegenheit der Berathung des Staatsvoranschlages eine größere Zahl von Resolutionen zur Beschlußfassung gelangt und die Regierung sich nicht immer in dem Falle sieht, den durch diese Resolutionen ausgesprochenen Aufforderungen Rechnung zu tragen. — Wenn daher in dem speciellen Falle die auch von Seite der damaligen Regierung aufgewendeten Bemühungen — und ich halte es nicht für überflüssig dies zu bemerken gegenüber einigen Momenten, die in der Debatte vorgekommen sind — zu einer einvernehmlichen Lösung dieser Frage nicht führten, so möchte ich doch gerade dieser hohen Landesvertretung gegenüber darauf verweisen, daß in so vielen Sessionen über so viele Fragen alle die Jahre über das Bestreben der jeweiligen Regierung zu Tage trat, den Anschauungen der hohen Landesvertretung Rechnung zu tragen und deren Wünschen zu entsprechen, und ich glaube, daß auch die gegenwärtige Session dafür als Zeugniß angerufen werden kann. Wir stehen nun am Ende derselben und ein Ueberblick über die Ergebnisse der Session ist daher leicht möglich und ich besorge nicht, auf einen Widerspruch im hohen Hause zu stoßen, wenn ich die Behauptung aufstelle, daß auch in dieser Session das Bestreben der Regierung deutlich sichtbar war, dem hohen Hause auf vielen Gebieten entgegen zu kommen; auf dem Gebiete des landwirthschaftlichen Bildungswesens, der Hebung der Viehzucht, Regulirung der

Flüsse und Verbauung der Wildbäche und Schutz des Weinbaues, sowie nicht minder des Eisenbahnwesens.

Ich habe nicht die Absicht heute zu polemisieren — ich weiche sonst der Polemik nicht aus und namentlich dann nicht, wenn ich die Beruhigung habe, daß eine polemische Erwiderung in so wohlthuend maßvollem Tone gehalten sein wird, der Gottlob in diesem hohen Hause herrscht; ich habe aber nicht die Absicht, auf die einzelnen Phasen in der Entwicklung dieser Angelegenheit einzugehen, nicht auf vertrauliche Verhandlungen, die stattgehabt haben, nicht auf öffentliche Discussionen; dieselben sind ja den verehrten Mitgliedern des hohen Hauses genau bekannt, jenen, welche gleichzeitig dem hohen Hause der Abgeordneten angehören, aus unmittelbarer Theilnahme an den Berathungen des Budget-Ausschusses und später an den Berathungen im Plenum, bei welcher letzterer ich nicht mehr anwesend sein konnte, weil, was ich wieder nicht für überflüssig halte, zu bemerken, gegenüber der Aeußerung eines Herrn Redners, die Regierung, deren Mitglied zu sein ich die Ehre hatte, seither zurückgetreten war. Es ist diese Unterrichtsanstalt, ich darf es wohl sagen, als eine Art *pretium affectionis* von beiden Parteien, die um diese Post mit einander gerungen haben, betrachtet worden. Es sind dabei auch Gefühlsmomente in Frage gekommen. Daß dies der Fall war, ist von den Führern der Parteien, die in vielen Debatten das Wort ergriffen haben, nicht nur einbekannt, sondern ausdrücklich hervorgehoben worden und auch in der heutigen Debatte im hohen Hause geschehen und wenn solche Momente in Frage kommen in einer Angelegenheit, die — ich kann es nicht leugnen — einen politischen Charakter angenommen hat, nach und nach zu einer politischen Frage ersten Ranges wurde und den Mittelpunkt des inneren politischen Lebens zu jener Zeit abgegeben hat, pflegen die Wogen der Erregung höher zu gehen. Möchte mindestens mit der Debatte, die heute im hohen Hause durchgeführt wird, wenn es schon für unvermeidlich erachtet wurde, die Frage noch einmal aufzurollen, die öffentliche Discussion hierüber zum Abschlusse gelangen. Die Sache ist nun genugsam nach allen Richtungen hin erörtert worden; sie hat die Gemüther in Spannung erhalten nicht nur innerhalb des Landes, sondern über die Landesgrenzen hinaus, vielleicht auch dadurch, daß sich die Entscheidung in der Angelegenheit einigermaßen verzögerte. Sie ist nicht ohne politische Folgerungen geblieben; sie hat die unmittelbare Veranlassung dazu abgegeben, daß eine politische Gestaltung, derer man bei ihrem Beginne rücksichtlich ihrer Dauer wohl ein günstigeres Prognostikon stellen können, so bald und so jäh zum Falle kam; allein es gehört zu den Ueberlieferungen dieses an guten Traditionen reichen

Hauses, daß politische Debatten in demselben zu den Seltenheiten gehören.

Der steirische Landtag zeichnet sich nicht bloß durch den würdigen Ton, durch den nachahmenswerthen Ton seiner Debatten aus, mögen wir uns diese gute parlamentarische Sitte auch immer erhalten; er ist auch rühmlichst bekannt, daß er die ihm zugemessene Zeit voll auf und weise ausnützt, nicht bloß zur sachlichen Erörterung, sondern auch zur Anbahnung einer glücklichen Lösung der das Wohl des Landes tief berührenden Fragen, wobei politische und nationale Differenzen, wenigstens was die wirthschaftlichen Gebiete betrifft, gewiß nicht bemerkbar werden und in den Beschlüssen des hohen Hauses nicht zum Ausdruck gelangen. Die Früchte eines solchen landtäglichen Wirkens konnten nicht ausbleiben. Sie sind allenthalben sichtbar im Lande auf allen Gebieten des geistigen und ökonomischen Lebens und nicht ohne Befriedigung dürfen die Vertreter des Landes auf den Erfolg ihrer Wirksamkeit zurückblicken in einem Momente, wo eine sechsjährige Landtagsperiode zur Reife geht und die Vertreter sich rüsten, ihre Mandate in die Hände ihrer Wähler zurückzustellen.

Möge daher der Wunsch Beachtung finden, daß zum Schlusse der Session nicht mit Vorliebe und mindestens nicht mehr und nicht länger, als es heute schon geschehen ist, in den Vordergrund gerückt werden, was in einem einzelnen, allerdings wichtigen Falle die Parteien des hohen Hauses und die Regierung auseinander führte, daß vielmehr die Parteien im hohen Hause sich gegenwärtig halten, daß sie sich unter einander und mit der Regierung in so vielen Fragen in einmüthiger Auffassung darüber, was dem Lande frommt, begegneten, daß sie eingedenk bleiben mögen eines vieljährigen einträchtigen Wirkens; ich sagte, der Wunsch möge Beachtung finden, nicht deshalb, weil er nur vom Vertreter der Regierung zum Ausdruck kommt, der dem Lande aufrichtig das Beste wünscht und in die Lage zu kommen hofft, gegenüber dieser hohen Landesvertretung diese Gesinnung zu erweisen und zu bethätigen, sondern weil die Realisirung dieses Wunsches meiner inneren Ueberzeugung nach den Interessen des Landes nur förderlich sein kann. Mögen die letzten Augenblicke dieser Session und Periode in dem Gedanken und in der Hoffnung ausklingen, daß in dem gemeinsamen Empfinden für das Land das Mittel gefunden werden möge, kräftig genug, um das vielleicht getrübt Einvernehmen wieder herzustellen, und uns Alle in den Dienst des Landes zu stellen, dem alle seine Bewohner ohne Unterschied, welcher Parteirichtung, welchem Volksstamme sie angehören, dem alle in diesem hohen Hause, gleichviel, ob sie mehr an der Gesetzgebung des Landes wie Sie, mehr an der

Verwaltung, wie die Organe der Regierung mitzu-
arbeiten berufen sind, mit gleicher Treue ergeben sind,
ergeben bleiben wollen.

Mit diesen Worten, welchen ich wärmer empfundene
kaum beizufügen vermochte, will ich schließen. (Lebhafter
Beifall.)

Abg. **Morre** (L.-G. Leibnitz): Hoher Landtag!
Es thut mir sehr leid, daß ich die Mahnung Sr. Ex-
cellenz, die schließlich auch dahin geht, nun diesen Gegen-
stand als erledigt zu betrachten, nicht befolgen kann. Ich
werde nur wenige Worte sprechen. Sie werden mir aber
erlauben, daß ich einen Streich nie und nimmer ver-
gessen kann, der mir und uns hier in diesem hohen
Landtage von Deutschen geschlagen worden ist. Die Be-
gehrlichkeit dieser Herren (zeigt auf die Plätze der Slo-
venen) sehen Sie; die Bänke sind leer. Es ist ein
Ministerium gestürzt worden, um eine Gymnasialclasse in
Gilli. Der Chef Hohenwart wollte es und seine
Diener haben seinen Willen erfüllt. Ich war derjenige,
der damals im Klub der Liberalen den weitgehendsten
Antrag gestellt und jede Bedingung angenommen hat,
die uns von der conservativen Partei gestellt worden ist.
Der Herr Abg. Dr. Starckel hat es für nöthig gefunden,
mich in öffentlicher Versammlung zu verhöhnen und ich
sage ihm, ich werde längst noch ein guter Deutscher blei-
ben, wenn er es vielleicht nicht mehr ist. (Abg. Dr.
Starckel: „Oho“!) Nicht Oho! mein Herr ich kenne
Sie! Ich habe deshalb den äußersten Antrag angenom-
men, welcher annehmbar war, weil ich der Regierung
zeigen wollte, daß wir Deutschen im deutschen Landtage
Steiermark den Frieden wollen.

Ich war stets derjenige, der jede gerechte Forderung
vertreten und verteidigt hat. Ich war derjenige, der
dafür eingetreten ist, daß der Slovener, der die deutsche
Sprache nicht versteht, verstanden wird vor Gericht und
im Amte. Ich habe nie mit diesen Herren Streit ge-
habt. In wirtschaftlicher Beziehung, ich sage es zu ihren
Ehren, haben Sie wacker mit uns mitgethan. Ihre
Wähler müssen es leiden, wenn etwas geschehen würde
in diesem hohen Landtage, was gegen sie gerichtet wäre;
aber der ehrliche Deutsche kennt das nicht, wenn er die
Majorität hat, die Minorität zu unterdrücken und auf
diesen Charakter meines Volkstammes bin ich stolz. (Zu
den Conservativen gewendet): Sie aber, meine Herren,
haben uns Deutschen draußen mitten ins Herz geschossen
und ein Priester war unter Ihnen, der um einem
Hohenwart zu gehorchen uns verrathen hat. Das
muß ich Ihnen sagen, wehren Sie sich wie Sie wollen,
das ganze deutsche Volk ist auf unserer und nicht auf
Ihrer Seite und einer Ihrer Redner, der sich erfrecht
hat, draußen gegen uns zu sprechen, hat sich unmöglich

gemacht. Wo ist er? Ich wollte es ihm nicht rathen, hier
zu erscheinen. Meine Herren! Mit Monsignore Karlon
will ich nicht sprechen, ich müßte ihn tödtlich treffen.

Ich werde in diesem Landtage nie wieder erscheinen,
denn was uns da geschehen ist, hat mich tief geschmerzt.

Ist es ein Recht, was die Slovenen verlangen,
kann es ihnen die Majorität des Reichsrathes bewilligen
— gut, es komme über uns; man sehe, wie lange man
versucht, wie mächtig die anderen Nationen sind in der
Gewalt, uns zu unterdrücken. Die Zeit brauche ich nicht
hervorzurufen, die wird selbst kommen, wo man sich wird
sagen müssen, Oesterreich ist deutsch entstanden und wird
deutsch fortleben. Ich bin fertig. Ich sage Ihnen, meine
Herren, jede Stunde, die ich hier war, bin ich mit Ihnen
gegangen als Vertreter der Bauern. In meinem Leben
draußen sehen Sie nichts, als wie den sehnlichsten Wunsch,
dem Bauernstande zu helfen. Wenn Sie ihre wärmsten
Vertreter so behandeln, als Sie uns behandelt haben, sind
Sie an allem nur selbst schuld, was Ihnen und denjenigen
geschieht, die sie vertreten. Ich wünsche dem hohen Land-
tage, daß die anderen vergessen; ich kann diesen Stich ins
Herz nimmer vergessen und darum bin ich froh aus
dem Landtage scheiden zu können, in dem der Deutsche
auf kein Worthalten rechnen konnte. (Lebhafter Beifall.)

(Die Debatte wird geschlossen.)

Abg. Dr. **Starckel** (St.-G. Windischgraz): Ich
bitte um das Wort zu einer thatsächlichen Berichtigung.

Abg. **Morre** (L.-G. Leibnitz): Berichtigen Sie
was Sie wollen!

Abg. Dr. **Starckel** (St.-G. Windischgraz): Ich
bin mit den Ausführungen des Abg. Morre sonst
einverstanden. (Abg. Morre: „Nun, das wundert
mich!“) Nur kann ich mir nicht gefallen lassen und lasse
es mir nicht gefallen, daß er mir etwas zumuthet, was
geradezu eine Verdächtigung ist und zwar eine Verdächti-
gung der schlimmsten Art. (Abg. Morre: „Ich spreche
aus Ueberzeugung, es ist keine Verdächtigung.“) Es ist
nicht richtig und ich kann mich nicht erinnern, daß ich
den Abg. Morre jemals verhöhnt hätte. (Abg. Morre:
„So?“) Er hat einmal in einer Versammlung in den
Annenjäsen über die Gillier Frage eine Aeußerung von
mir wahrscheinlich unrichtig verstanden und dann in seiner
Weise, als er nach mir sprach, die Sache ausgelegt. Diese
Auslegung habe ich, weil sie falsch war, widerlegt, allein
von einer Verhöhnung des Abg. Morre war nicht die
Rede. Er hat es offenbar auch selbst damals nicht als Ver-
höhnung aufgefaßt, weil er es nicht so bezeichnet hat und
auch sonst nicht im mindesten gegen mich feindlich auftrat.
Es scheint heute also mehr ein Theaterfeuer zu sein,
in welchem er mir das sagt. (Heiterkeit.) Die unquali-

ficierbare Verdächtigung aber, daß ich je einmal nicht mehr deutsch sein könnte, weise ich mit Verachtung zurück!

Landeshauptmann: Das Wort „Verachtung“ ist nicht am Plage.

Abg. Morre (M.:G. Leibniz): Ich halte mich über die Verachtung des Dr. Starkel gar nicht auf. (Heiterkeit.) Nur das eine muß ich sagen, wenn ich ihm draußen nicht geantwortet habe, wußte ich warum, weil ich wußte, daß ich den Herrn hier treffe und zwar sicher und gut treffe. Nun soll er sich vor mir draußen schützen und verteidigen. Ich habe gesprochen.

Berichterstatter Koller: Der Bericht des Sonder-Ausschusses, welchen ich zu vertreten die Ehre habe, hat im hohen Hause bedeutende Wellen geworfen und zu einer politischen Discussion ersten Grades geführt, wie dies bereits von einem der Herren Vorredner erwähnt wurde. Ich will auf jene Einzelheiten, welche sich nicht auf den Antrag beziehen und mit dem Motivenberichte des Unterrichts-Ausschusses nicht im directen Zusammenhange stehen, nicht antworten, will mich überhaupt in eine Erörterung der verschiedenen Reden nicht einlassen, ich werde mich nur auf die Discussion über Anträge, und den einschlägigen Bericht beschränken. Bezüglich der Anträge wurde ohnehin von Niemandem eine Einwendung erhoben und nur Se. Excellenz der Herr Statthalter hat erwähnt, daß in der Nichtbeantwortung des oft citirten Landtagsbeschlusses von Seite der hohen Regierung kein Mangel an Würdigung zu erblicken sei, da ja in manchen anderen vorhergegangenen Fällen derselbe Vorgang geübt wurde.

Ich glaube, daß der Landtag diesmal zweifelsohne berechtigt war, unter allen Umständen eine Berücksichtigung, beziehungsweise Beantwortung, zu erwarten, da die in Frage stehende Angelegenheit an Wichtigkeit weit über alle vorhergegangenen hinaus reichte und wie es die so überaus weittragenden Folgen bewiesen haben, eine ganz außergewöhnliche Bedeutung hatte.

Was weiters die im Berichte niedergelegten Thatfachen betrifft, nämlich daß einzelne Herren, welche dem steiermärkischen Landtage angehören, im österreichischen Reichsrathe nicht der Tendenz des Landtagsbeschlusses entsprechend gehandelt haben, gab dieser Theil des Berichtes, den Herren Abgeordneten Prälaten Karlon und Hagenhofer Veranlassung, sich zu verteidigen. Ersterer gab zu, daß ihm die geschaffene Situation ungemein unangenehm war und er längere Zeit an den Folgen der traurigen Abwicklung zu leiden hatte; die Antwort daß er consequent gehandelt habe, ist er jedoch schuldig geblieben.

Aus der ebenfalls resultatlosen Verttheidigung des Herrn Hagenhofer, will ich nur jenen Passus herausgreifen, welchem zu Folge sein österreichisches Gefühl es ihm nahegelegt habe, im letzten Augenblicke für die Budgetpost Cilli zu stimmen.

Mir ist diese Folgerung unbegreiflich und zwingt mich dieselbe zur Frage: Gieng der vorjährige Landtagsbeschuß, für welchen auch Herr Hagenhofer war, etwa nicht vom österreichischen Gedanken aus? Die Antwort ergibt sich von selbst. Ich bin am Schlusse und bitte die Herren nachfolgenden Anträgen des Unterrichts-Ausschusses ihre Zustimmung zu geben (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

- a) Die Durchführung des vom Landtage erhaltenen Auftrages von Seite des Landes-Ausschusses wird mit Befriedigung zur Kenntniß genommen.
- b) Der steiermärkische Landtag spricht sein tiefstes Bedauern aus, daß die k. k. Regierung auf seinen einmüthigen Beschluß und beziehungsweise auf dessen nachdrücklichstes Ersuchen, vor Errichtung eines Staats-Untergymnasiums mit deutsch-slovenischer Unterrichtsprache in Cilli die gutachtliche Aeußerung der Landes Schulbehörde einzuholen, keine wie immer geartete Rücksicht genommen hat, ja sogar der Eingabe des Landes-Ausschusses die conventionelle Würdigung einer Antwort versagte und das erwähnte Untergymnasium in Cilli ohne die erbetene Anhörung der Landes Schulbehörde errichtete.

In Hinblick auf die eingetretenen, weittragenden Consequenzen jener Nichtbeachtung der legitimen und competenten Emanation des steiermärkischen Landtages für die Gestaltung der gesammten innerpolitischen Situation des Reiches, spricht der steierm. Landtag die bestimmte Erwartung aus, es werde die hohe k. k. Regierung in Gemäßheit der von dem Herrn Ministerpräsidenten Grafen B a d e n i in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 10. December 1895 in Betreff der nationalen Postulate der südslavischen Volksstämme abgegebenen solennen Erklärung, nach welcher „keine Concessionen bloß zur Provocation Anderer“ statthaben sollen, in Zukunft bei Würdigung der culturellen Ansprüche der slovenischen Nationalität in Steiermark solche Zugeständnisse grundsätzlich für ausgeschlossen erachten, welche geeignet sind, die Eintracht und den nationalen Frieden im Lande zu stören oder zu gefährden.“

(Diese Anträge werden einstimmig angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Antrag des Abgeordneten Dr. Theodor Starkel und Genossen, betreffend die Abänderung des § 20 der Gemeinde-Wahlordnung der Landeshauptstadt Graz

(Beilage Nr. 90).

Referent ist Dr. Freiherr v. Störck.

Berichterstatte des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten Dr. Freiherr v. Störck (von der Tribüne): Hoher Landtag! Als in der vorigen Woche dieser hohe Landtag sich mit der Erledigung einer Petition des Gemeinderathes der Landeshauptstadt Graz, betreffend die Ausübung des Wahlrechtes der Frauen, beschäftigte, ist von den Abgeordneten Dr. Starkel und Genossen ein Antrag überreicht worden, welcher mit diesem Gegenstande im Zusammenhange steht, jedoch nicht gleichzeitig erledigt werden konnte, mit Rücksicht auf die Geschäftsordnung, sondern einer separaten Behandlung unterzogen werden mußte. Es handelt sich bei diesem Antrage darum, eine Bestimmung der Gemeinde-Wahlordnung von Graz, welche im vorigen Jahre in diesem hohen Hause beschlossen wurde, abzuändern, und zwar dahingehend, daß die Vollmachten, welche die Frauen ausstellen müssen, um ihr Wahlrecht auszuüben, wenn diese Vollmachten an die Ehegatten ausgestellt werden, von der Bedingung befreit werden mögen, daß die Unterschriften beglaubigt sein müssen. Ich muß zunächst richtig stellen, daß die Aeußerung des Herrn Antragstellers, es wäre im vorigen Jahre auf diese Frage vergessen worden, nicht richtig ist, indem im Ausschusse allerdings davon gesprochen wurde. Man hat jedoch damals die Ansicht gehabt, auch bezüglich der Vollmacht der Frauen an ihre Ehegatten keine Ausnahme machen zu sollen. Der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten stellt dem Hause, obwohl es eigentlich nach der Einfachheit des Falles möglich wäre, nicht den Antrag, sofort den Gegenstand direct zu erledigen, sondern den Antrag des Herrn Dr. Starkel und Genossen dem Landes-Ausschusse zur Erwägung und Berichterstattung, eventuell Antragstellung in der nächsten Session zu übermitteln, und zwar aus folgenden Gründen: Dieser Antrag des Herrn Dr. Starkel und Genossen ist eigentlich ein Eventualantrag für den Fall, daß der Hauptantrag der Stadt Graz, nämlich den Frauen die persönliche Ausübung des Wahlrechtes zu gestatten, abgewiesen werde. Nun hat der Landtag bei der Berathung in der vorigen Woche über diese Petition der Stadt Graz sich meritorisch nicht ausgesprochen; er ist von der Ansicht ausgegangen, die Sache

dem Landes-Ausschusse zur Erwägung und Berichterstattung erst im nächsten Jahre übermitteln zu sollen und ist daher über diese Frage noch nicht entschieden worden. Und nun wäre es eigentlich nicht ganz consequent, wenn wir, bevor die Hauptfrage entschieden ist, über diese Eventualfrage eine Entscheidung treffen würden. Höchstens dann könnte es gerechtfertigt sein, über diesen speciellen Fall eine Entscheidung jetzt zu treffen, wenn es sich um einen wirklich dringend notwendigen Abänderungsantrag handeln würde. Der Gemeinde-Ausschuß hat aber nicht erachtet, daß die Sache wirklich so dringend sei und war der Meinung, daß es im Interesse der Sache besser wäre, wenn die ganze Angelegenheit einheitlich behandelt würde und der Landes-Ausschuß einheitlich mit seinem Berichte einen Antrag stellen könnte. Ich möchte hinweisen, daß es nicht gut möglich ist, der Berichterstattung des Landes-Ausschusses vorzugreifen. Nachdem einerseits gegen die persönliche Ausübung des Wahlrechtes viele Bedenken obwalten und der Landes-Ausschuß und das hohe Haus sich im vorigen Jahre nicht dafür ausgesprochen haben, und andererseits von den Vertretern der Stadt Graz gesagt wurde, daß auch die Einführung der Beglaubigung der Frauenvollmachten keine Abhilfe der Uebelstände ergeben habe, ist es möglich, daß vielleicht der Landes-Ausschuß den Antrag stellen wird, diese im vorigen Jahre eingeführte Beglaubigung der Frauenvollmachten überhaupt ganz fallen zu lassen. Das wäre dem Herrn Antragsteller Dr. Starkel gewiß noch lieber als sein Antrag. Es ist also jedenfalls besser, die Sache einheitlich zu behandeln und stellt der Sonder-Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten daher folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen: die Zuweisung des Antrages des Abgeordneten Dr. Starkel an den Landes-Ausschuß zur Berichterstattung und Antragstellung in der nächsten Session mit Hinweis auf den Landtags-Beschluß, betreffend die Abänderung der Wahlordnung für die Landeshauptstadt Graz.“
(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des combinirten Finanz- und Landescultur-Ausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hagenhofer, Probocht und Genossen, betreffend die Bewilligung eines Betrages von je 10.000 fl. öst. Währ. für die Jahre 1896, 1897, 1898, 1899, 1900 zum Ankaufe von Zuchtthieren und die Errichtung von Zuchtstationen

(Beilage Nr. 81).

Referent ist der Herr Abg. Kautschitsch.

Berichterstatter des combinirten Finanz- und Landes-cultur-Ausschusses, **Kautschitsch** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Ich habe Namens des combinirten Finanz- und Cultur-Ausschusses zu berichten über den Antrag Hagenhofer, Proboscht und Genossen. Ich muß aufrichtig gestehen, daß ich die Berichterstattung über diesen Antrag mit schwerem Herzen übernommen habe, und zwar deshalb, weil ich einerseits diesem Antrage sehr sympathisch gegenüberstehe, andererseits aber durch die Fassung dieses Antrages in die Zwangslage versetzt bin, zu erklären, daß ich nicht vollständig damit einverstanden sein kann.

Der Antrag der Abgeordneten Hagenhofer, Proboscht und Genossen bezweckt die Hebung der Rindviehzucht, und zwar in der Art und Weise, daß Zuchtthiere angekauft und an die einzelnen Gaue und Zuchtgebiete abgegeben werden sollen.

Zum Ankaufe solcher Zuchtthiere wird die Einstellung von je 10.000 fl. in den Jahren 1896—1900 in den Voranschlag des Landesfondes beantragt.

Weiters ist die Errichtung von Rindviehzucht-Stationen in allen jenen Bezirken, welche einem eigenen Zuchtgebiete nicht angehören, vorgeschlagen, und zwar an solchen Orten, wo sich ein oder mehrere Landwirthe verpflichten, eine Anzahl von mindestens sechs weiblichen Zuchtthieren aufzustellen und zur Zucht zu verwenden.

An solche Stationen sollen vom Landes-Ausschusse Zuchtthiere, Kühe, Kalbinnen und je ein Stier um 50 Procent der Anschaffungskosten abgegeben werden und soll der Erlös der abgegebenen Thiere gleichfalls zum Ankaufe von Zuchtrindern verwendet werden.

Der Besitzer solcher Zuchtthiere ist verpflichtet, die zur Zucht tauglichen Kälber entweder selbst aufzuziehen oder aber ausschließlich zu Zuchtzwecken weiter zu verkaufen.

Es ist nicht zu leugnen, daß eine solche Action auf die Hebung der Rindviehzucht wohlthätig und fördernd wirken wird, es ist auch mit Sicherheit anzunehmen, daß die Errichtung von Rindviehzucht-Stationen zur Bildung von abgeschlossenen Zuchtgebieten mit bestimmten Racen wesentlich beizutragen geeignet ist; ebenso ist die Abgabe von Zuchtthieren um 50 Procent der Anschaffungskosten vollkommen zu billigen, weil in Zuchtgebieten, in welchen die Rinderzucht noch nicht auf jener Höhe steht, als es im Interesse der Züchter wünschenswerth wäre, die Aufstellung von zur Zucht vollkommen tauglichen Thieren auf die Verbesserung der Racen eine entschieden günstige Rückwirkung hervorrufen muß.

Trotz aller dieser Vortheile kann in die Intentionen der Herren Antragsteller derzeit nicht eingegangen werden, weil über den Umfang und die Tragweite dieses Antrages nähere Anhaltspunkte vollständig fehlen und auch die finanzielle Inanspruchnahme des Landesfondes nicht vorausbestimmt werden kann.

Ein weiteres Bedenken bildet der Passus im Punkte 3, in welchem es heißt, daß die Bildung von Rindviehzucht-Stationen nur in jenen Bezirken, welche einem eigenen Zuchtgebiete nicht angehören, anzustreben sei. Es würden demnach bei Festhaltung dieser Bestimmung jene Bezirke, welche mit Aufwendung von Geldopfern sich schon ein eigenes Zuchtgebiet mit einer bestimmten Zuchtrichtung geschaffen haben, von der Wohlthat dieser Action ausgeschlossen sein.

Ich glaube nicht, daß dies im Sinne der Herren Antragsteller gelegen ist, obwohl es nach der Fassung des Antrages im gesagten Sinne ausgelegt werden kann.

Nicht unerwähnt kann bleiben, daß die vorgeschlagene Ueberwachung der geplanten Stationen durch die Districts-Obmänner und Gauvorstände nicht ausreichend erscheint.

Einer Thatsache möchte ich noch erwähnen.

Ich begrüße es einerseits lebhaft, daß im Punkte 4 des Antrages die Kategorie „Kalbinnen“ eingeschaltet erscheint, während andererseits — ich kann wirklich nicht umhin, die Bemerkung zu unterdrücken — es mir absolut nicht klar ist, warum so vorzügliche Zuchtthiere, wie es die Kalbinnen sind, aus dem Rindviehzucht-Gesetze ausgeschlossen worden sind.

Zum Schlusse muß ich noch erwähnen, daß sich für den Fall der Verwirklichung dieses Antrages der Umstand, daß die Sprungregister für lizenzierte oder nicht prämierte Stiere aus dem Rindviehzucht-Gesetze gestrichen worden sind, erst recht fühlbar machen.

Ich kann es mir nämlich nicht vorstellen — wenigstens ich würde es mir gewaltig überlegen, eine trächtige Kuh oder trächtige Kalbin zu kaufen, ohne die Versicherung zu haben, daß diese Thiere von einem lizenzierten Stiere gedeckt sind. Diese Ueberzeugung kann ich mir nur durch Beibringung eines Sprungzettels verschaffen.

Wenn ich das Gesagte resumiere, so komme ich zum Schlusse, daß der Antrag Hagenhofer, Proboscht und Genossen, so sympathisch er mir auch ist, bei der kurzen Zeit, die dem Landtage noch zugemessen ist, nicht in eine eingehende Berathung gezogen werden kann und selbst wenn die physische Zeit uns zur Verfügung stände, so fehlen uns doch die näheren Anhaltspunkte, die unumgänglich nothwendig sind, wenn bestimmte Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Auf Grund dieser Erwägungen stelle ich folgenden
A n t r a g (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag Hagenhofer, Proboscht und Genossen, Landtags-Beilage Nr. 81, wird dem Landes-Ausschusse mit dem Auftrage übermittelt:

I. Die Art und Weise der Zehung der Rindvieh- zucht durch Ankauf und Vertheilung von Zucht- thieren, und die Bildung von Rindviehzucht-Stationen eingehend in Erwägung zu ziehen, die erforderlichen Erhebungen in umfassender Weise zu pflegen und über die hiedurch bedingte finanzielle Belastung des Landes Studien zu machen;

II. mit der hohen k. k. Regierung betreffs Beitragsleistung in Verhandlung zu treten;

III. in der nächsten Session über den Gegenstand Bericht zu erstatten.“

Abg. Graf **Rottulinsky** (G.-G.-B.): Hoher Landtag! Ich habe seinerzeit die Einbringung des Antrages Hagenhofer und Genossen schon wärmstens begrüßt, weil ich glaube, daß dieser Antrag, insofern er die allgemeine Tendenz verfolgt, aus Landesmitteln, wo es nöthig ist, die Rindviehzucht durch Aufstellung von Zuchtstationen zu fördern, ein gesunder Gedanke ist und daß er dort, wo er zur Ausführung gebracht wurde, z. B. in Niederösterreich, thatsächlich einen günstigen Erfolg erreichte. Ich halte ihn formell und sachlich für begründet. Formell deshalb, weil der § 29 des von uns unlängst beschlossenen Gesetzes zur Zehung der Rindviehzucht, welches zwar unter lebhaftem Widerspruche gerade seitens der Partei, welcher der Antragsteller angehört, nur mit Hilfe dieser Seite zum Gesetze erhoben wurde, weil also gerade dieser § 29 die Grundlage für den Antrag gibt. Denn er besagt, daß es Aufgabe des Landes ist, für die Aufstellung von Zuchtstationen, zur Förderung von Rindviehzucht-Genossenschaften u. s. w. Geldmittel zu bewilligen. Dieser Paragraph wäre nur eine leere Form ohne Inhalt, ein Wort ohne Bedeutung, wenn nicht solche Geldmittel gewährt werden würden. Somit halte ich den Antrag formell für begründet. Ich halte ihn aber auch für sachlich berechtigt, weil ich der Meinung bin, daß in jenen Landestheilen, welche noch keine einheitlichen Rinderrassen haben, die Bildung einer solchen Zucht nur dadurch gefördert werden kann, wenn Stationen aus weiblichen Zuchtthieren mit Stieren aufgestellt werden. Ich halte dies nicht für eine Bevorzugung einzelner Landestheile, weil ich mir vorstelle, daß der Ankauf dieser Thiere nur in jenen Landestheilen bewirkt werden soll, wo solche Reinzuchten sind. In erster Linie in Obersteier, und daß diesem letzteren Landestheile dadurch auch wieder ein Vortheil

erwächst, indem sie die reinrassigen Rinder zu guten Preisen absetzen.

Ich hätte gewünscht, die Sache schon heuer zur Ausführung bringen zu können, weil ich von ihrer Wichtigkeit überzeugt bin und von der Nothwendigkeit, daß man so bald als möglich darangehe.

Der combinirte Landescultur- und Finanz-Ausschuß hat sich aber der Ansicht nicht verschließen können, daß es zweckmäßig wäre, eine so große Maßregel, nach welcher jährlich 10.000 fl. aus Landesmitteln gewährt werden sollen, vorher reiflich zu überlegen und hat es sich auch bei der Berathung gezeigt, daß die Meinungen, wie die Mittel verwendet werden sollen, wie die Zuchtstationen eingerichtet werden sollen und in welcher Weise die Zuchtthiere einzukaufen sind, noch gar nicht geklärt sind. Es ist zweifellos, daß man heuer noch gar nicht an die Errichtung dieser Zuchtstationen gehen könnte, und es empfiehlt sich daher, im Einvernehmen mit den competenten fachlichen Organen, namentlich mit der Landwirthschafts-Gesellschaft, früher zu einer gründlichen Vorbereitung zu schreiten. Im Principe aber bin ich für die Bewilligung dieser Geldmittel und werde seinerzeit aus voller Ueberzeugung dafür stimmen. (Lebhafter Beifall.)

Landes-Ausschuß-Beisitzer Franz Graf **Altens**: Ich stimme im Allgemeinen mit den Ausführungen des Herrn Vorredners überein und will nur bemerken, daß, wenn der Antrag des Landescultur-Ausschusses vom hohen Landtage zum Beschlusse erhoben wird, der Landes-Ausschuß diese Angelegenheit zum Gegenstande eifrigen Studiums machen wird und es wird auch eines mannigfachen Studiums bedürfen, um die richtige Art und Weise der Durchführung zu erkennen.

So wird zu erwägen sein, ob diese Rindviehzucht-Stationen thatsächlich nur in jenen Landestheilen errichtet werden sollen, welche Zuchtgebieten nicht angehören. (Sehr richtig!)

Im Allgemeinen ist es ja richtig, daß die Bevorzugung dieser Nichtzuchtgebiete wird stattfinden müssen, man kann aber die anderen nicht ganz ausschließen, weil dadurch gewissermaßen eine Prämie gegeben wäre, keine Zuchtgebiete zu errichten; das wollen wir ja nicht, wir wollen, daß so viel als möglich Zuchtgebiete errichtet werden; principiell wird man also auf keinen Fall die Zuchtgebiete von der ganzen Action ausschließen können. Weiters will ich noch bemerken, daß wir eingehende Studien pflegen werden, wie der Einkauf, und besonders auf welche Weise die Vertheilung stattzufinden haben wird. Besonders Letzteres ist ein heikler und schwer zu lösender Punkt. Was soll geschehen? Es sollen um den halben Preis werthvolle Thiere an

Grundbesitzer abgegeben werden und das wird jeder gerne annehmen. Es wird also schwer sein, einen Modus zu finden, auf welche Art die Grundbesitzer zu bestimmen sind, die diese Thiere zu bekommen haben. Es wird also einer eingehenden Erwägung bedürfen und es ist sehr richtig, wie der geehrte Herr Vorredner bemerkt hat, daß es unmöglich wäre, heuer in dieser Angelegenheit bereits in entsprechender Weise durch Einstellung eines Betrages die Action in Fluß zu bringen; aber es wird möglich sein, im nächsten Jahre nicht nur einen Bericht zu erstatten, sondern auch bestimmte Anträge zu stellen. (Lebhafter Beifall.)

Landeshauptmann: Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Kautschitsch:** Ich verzichte!

(Die Anträge des combinirten Finanz- und Landescultur-Ausschusses werden angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Finanz-Ausschusses über den Bericht des Landes-Ausschusses mit dem Antrage, die Wegparzellen 480/2 und 480/3 der Katastralgemeinde Gießlau, Grundbucheinlage 3. 46, dem Bezirke Eisenerz als öffentliches Gut unentgeltlich in sein Eigenthum zu übertragen

(Beilage Nr. 51).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Dr. **Kienzl** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Der Landes-Ausschuß hat den Antrag gestellt, daß er ermächtigt werden soll, die Wegparzellen 480/2 und 480/3 der Katastralgemeinde Gießlau, Grundbucheinlage Zahl 46, dem Bezirke Eisenerz als öffentliches Gut in sein Eigenthum zu übertragen und die Allerhöchste Genehmigung dafür einzuholen. Aus den vom Landes-Ausschusse geltend gemachten Gründen hat sich der Finanz-Ausschuß mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit der Regulirung veranlaßt gesehen, diesen Anträgen vollinhaltlich zuzustimmen und beantragt daher (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der steiermärkische Landes-Ausschuß wird ermächtigt, die Wegparzellen 480/2 und 480/3 der Katastralgemeinde Gießlau, Grundbucheinlage Zahl 46, dem Bezirke Eisenerz als öffentliches Gut unentgeltlich in sein Eigenthum zu übertragen und die hiefür erforderliche Allerhöchste Genehmigung einzuholen.“

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Landescultur-Ausschusses über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 40, betreffend die Einreihung der Bezirksstraße II. Classe von Köflach-Hasendorf, Edelschrott und Pack (sogenannten Packerstraße) in die Kategorie der Bezirksstraßen I. Classe

(Beilage Nr. 101).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Sutter.

Berichterstatter des Landescultur-Ausschusses **Sutter** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Der Bezirks-Ausschuß Voitsberg hat bereits in der letzten Session sich an den hohen Landtag gewendet und gebeten, es möge die Bezirksstraße II. Classe, die sogenannte Packerstraße zur Bezirksstraße I. Classe erhoben werden. Diese Petition wurde dem Landes-Ausschusse zur Erhebung und Berichterstattung überwiesen. Wie aus dem Berichte des Landes-Ausschusses ersichtlich ist, haben die Erhebungen durch das Landesbauamt ergeben, daß diese Straße besonders in der Theilstrecke vom Anfange des Straßenzuges bis zu Kilometer 12.5 sehr stark befahren wird und zwar zumeist mit schweren Kohlen- und Holzfuhrn und daher die Erhaltung derselben einen größeren Kostenaufwand erfordert.

Der Bezirk Voitsberg hat jetzt 33% Bezirksumlagen zu tragen, 96 Kilometer Bezirksstraßen zu erhalten, worunter nur 16 Kilometer Bezirksstraßen I. Classe sind; die Kosten für die Straßenerhaltung allein betragen über 30.000 fl.

Die Kosten für die Erhaltung der Packerstraße in einer Gesamtlänge von 19.197 Kilometer berechnet das Landesbauamt auf jährlich 6.600 fl., wenn dieselbe in der bisherigen Breite, welche zumeist nur 5 Meter beträgt, belassen wird.

Die jährliche Subvention des Landes würde demnach circa 2.200 fl. betragen.

Weil diese Straße zugleich den Verkehr mit dem Nachbarlande Kärnten vermittelt und dort in der Fortsetzung eine Landesstraße bildet und mit Rücksicht auf die ziemlich bedeutende Belastung des Bezirkes Voitsberg und das nicht unbedeutende Straßennetz, welches derselbe zu erhalten hat, schließt sich der Landescultur-Ausschuß dem Antrage des Landes-Ausschusses an und stellt folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Die außer Köflach von der Köflach-Salla-Weißkirchner Bezirksstraße I. Classe abzweigende, die Ortschaften Hasendorf, Edelschrott und Pack durchziehende und hinter Pack an der kärntnerischen Landesgrenze endigende Bezirksstraße II. Classe

(sogenannte Backerstraße) wird in ihrer ganzen Länge nach in die Kategorie der Bezirksstraßen I. Classe eingereiht."

Abg. **Kautschitsch** (St.-G. Voitsberg): Nach den Ausführungen des Herrn Berichterstatters und mit Rücksicht auf die Beilage seitens des Landescultur-Ausschusses, welche dem hohen Hause vorliegt, glaube ich nichts beifügen zu sollen und erlaube mir nur die Anträge des Landescultur-Ausschusses zur Annahme bestens zu empfehlen.

(Der Antrag des Landescultur-Ausschusses wird angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des Landescultur-Ausschusses über die ihm zugewiesenen Theile des Rechenschaftsberichtes, Beilage Nr. 4, betreffend a) Bezirksthierärzte Seite 74, und b) Errichtung einer Thierarzneischule für die Alpenländer in Graz, Seite 75**

(Beilage Nr. 104).

Berichterstatter ist Herr Abg. Hagenhofer.

Berichterstatter des Landescultur-Ausschusses **Hagenhofer** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Ich glaube mich bei dem Umstande als der betreffende Bericht im Hause aufliegt und jene Herren, welche sich für die Sache interessiren Gelegenheit gehabt haben, sich denselben zur Kenntniß zu bringen, nur darauf beschränken zu sollen, die Annahme dieser Anträge dem hohen Hause zu empfehlen.

Die Anträge lauten (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

I. Der Bericht des Landes-Ausschusses über die Bezirksthierärzte, Seite 74 des Rechenschaftsberichtes, Beilage Nr. 4, wird zur Kenntniß genommen.

II. Der Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend die Errichtung einer Thierarzneischule für die Alpenländer in Graz wird zur Kenntniß genommen und der Landes-Ausschuß aufgefordert, die Verhandlung mit der Regierung betreffs der Errichtung einer Thierarzneischule in Graz fortzusetzen und dem Landtage hierüber in der nächsten Session Bericht zu erstatten, eventuell Anträge zu stellen.

III. Der Landes-Ausschuß wird aufgefordert, in Anbetracht des Umstandes, als von den politischen Behörden erster Instanz noch fortwährend im Geseze absolut nicht begründete Abstrafungen und Verbote betreffs der Ausübung der thierärztlichen Praxis durch sogenannte Praktiker vorgenommen werden, neuerdings an die k. k. Regierung das Ersuchen zu stellen, an die betreffenden Unterbehörden entsprechende Weisungen ergehen zu lassen.

IV. Der Landes-Ausschuß wird ermächtigt, 3 weitere Stipendien für Schüler der Thierarzneischule in Wien in den Voranschlag einzustellen."

Abg. v. **Pengg** (H.-R. Leoben): Ich möchte mir erlauben zu Punkt I über den Bericht der Thierärzte zu erwähnen, daß diese Institution sehr gut wirkt, und daß insbesondere die Thierärzte in unserer Gegend zur Zufriedenheit der gesammten Bevölkerung wirken, daß aber ein Umstand, vielmehr ein Bedürfniß sich gezeigt hat, daß für diese Thierärzte Tarife, insbesondere dahingehend bestehen sollen, welche Bezüge sie für Functionen zu beanspruchen berechtigt sind, die sie auf Grund des bestehenden Thierschutzgesetzes zu vollziehen haben. Es würde sehr zum Vortheile der landwirtschaft-treibenden Bevölkerung gereichen, wenn auch ähnliche oder gleiche Bezüge für die landesfürstlichen Thierärzte festgesetzt würden.

Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, einen Tarif auszuarbeiten, der die Bezüge festsetzt, welche landschaftliche Thierärzte für Functionen, die durch das Viehzuchtgesetz nothwendig werden, zu beanspruchen haben; dabei soll insbesondere die möglichste Verbilligung ausnahmsweiser Licenzirungen ins Auge gefaßt werden; und weiters das Ersuchen an die k. k. Regierung um gleichen Vorgang hinsichtlich der in Verwendung stehenden landesfürstlichen Thierärzte zu stellen."

(Der Antrag wird unterstützt.)

Abg. **Köberl** (L.-G. Föding): Ich möchte den Antrag, welchen Herr Abgeordneter Pengg gestellt hat, auch wärmstens unterstützen; ich finde nämlich speciell bei Nachlicenzirungen u. s. w., daß es gerade nicht der Willkür des dort stabil domicilirenden diplomirten Thierarztes freigestellt sein soll, so und so viel zu rechnen. Aus dem Grunde möchte ich den Antrag wärmstens empfehlen.

(Die Anträge des Landescultur-Ausschusses, sowie der Antrag des Abg. v. Pengg werden angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der **Bericht des Landescultur-Ausschusses über den Bericht des Landes-Ausschusses, Beilage 4, betreffend den Antrag Wagner und Genossen wegen Uferschutzbauten beim Raabflusse, Seite 69 des Rechenschaftsberichtes**

(Beilage Nr. 105).

Berichterstatter ist derselbe Herr Abgeordnete.

Berichterstatter des Landescultur-Ausschusses **Hagen-**

hofer (von der Tribüne): Hoher Landtag! Ich glaube aus den gleichen Gründen, welche ich früher hervorgehoben habe, auf eine weitere Einleitung absehen und mich bloß auf die Empfehlung der Anträge zur Annahme beschränken zu sollen. Die Anträge lauten (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

I. Der Bericht des Landes-Ausschusses, betreffend den Antrag Wagner und Genossen wegen Uferschutzbauten beim Raabflusse, Seite 69 des Rechenschaftsberichtes, wird zur Kenntniß genommen.

II. Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die in der Note der k. k. Statthalterei vom 10. November 1895, Z. 32.322, bezeichneten Projecte mit möglichster Beschleunigung ausarbeiten zu lassen und sodann die weiteren Verhandlungen mit der Regierung, betreffs der Beitragsleistung zu den aufzubringenden Kosten, wobei die thunlichste Schonung der Interessenten ins Auge zu fassen ist und der Aufstellung des Arbeitsprogrammes und dessen ehesten Durchführung einzuleiten. Hierüber ist dem Landtage in der nächsten Session Bericht zu erstatten.“

Ich muß hier darauf aufmerksam machen, daß sich in der vierten Zeile des zweiten Absatzes ein Druckfehler eingeschlichen hat, es muß statt „Bezugsleistung“ richtig heißen „Beitragsleistung“.

Abg. **Wagner** (L.-G. Feldbach): Hoher Landtag! Ich habe mir erlaubt in der letzten Session diesen Antrag einzubringen, respective ich stand an der Spitze als Antragsteller. Ich erachte es als meine besondere Pflicht, diesen Antrag jetzt in diesem Momente auf das wärmste zu vertheidigen und zu befürworten. Als ich den Antrag eingebracht habe, habe ich die Gründe bekannt gegeben, welche mich dazu veranlaßt haben, ich will von diesen Gründen jetzt nicht sprechen, da ja die Erhebungen des betreffenden Technikers ergeben haben, daß die Gründe, die ich damals angeführt habe, nicht übertrieben, sondern als zu mild angegeben waren. Die Erhebungen haben ergeben, daß es dringend nothwendig ist, daß Abhilfe geschaffen werde. Mein Antrag ist dahin gegangen, nicht die Regulirung des Raabflusses, sondern Uferschutzbauten zu machen, die technischen Erhebungen haben aber ergeben, daß mit den Uferschutzbauten allein nicht ganz vollständig geholfen und die großen Schäden beseitigt werden können, und daß theilweise in verschiedenen Richtungen, in denen die Raab serpentinartig ihren Zug hat, Durchstiche gemacht werden müssen. Es hat sich auch in dankenswerther Anerkennung bei Durchsicht der Beilagen die hohe Regierung herbeigelassen, diesbezüglich eine Subvention beizutragen, ich möchte daher insbesondere von dieser Stelle aus meinen Dank aus-

sprechen und die Bitte richten, da diese Uferschutzbauten sehr dringender Natur sind. Es können sich die einzelnen Besitzer und Anrainer selbst nicht mehr helfen, da sie nicht in der Lage sind, diese Kosten zu bestreiten. Es möge daher die hohe Regierung und das Land diese Kosten übernehmen. Ich habe im vergangenen Jahre im Antrage des Landescultur-Ausschusses etwas vermehrt, indem ein Punkt eingeschaltet wurde, nämlich „eventuell“ die Erhebungen zu pflegen. Ich habe damals beantragt, daß dieses eventuell wegleiben soll, nachdem es eine Verzögerung herbeiführen könnte, es wurde mir aber von Seite des Landes-Ausschuß-Referenten erwidert, daß dies nicht so gemeint ist, sondern, daß die Erhebungen baldmöglichst vorgenommen werden, nach meiner Ansicht ist diese Angelegenheit in etwas zu mildem und langsamem Tempo geschehen, ich hätte sehr gewünscht, daß wenigstens die technischen Vorarbeiten hätten zu Ende geführt werden sollen — und eventuell bei den gefährlichsten Stellen mit den Schutzarbeiten begonnen worden wäre, es sind diese technischen Vorarbeiten und Aufnahmen, Feststellung der Kosten voranschläge, aber nicht in Durchführung gebracht worden, vielleicht ob Mangel an genügend technischen Kräften?

Es hat nur eine Begehung stattgefunden zur Prüfung der ganzen Angelegenheit, jetzt heißt es im Antrage: „mit möglichster Beschleunigung“. Das wäre wieder ein Wort, das sich hinauschieben läßt, bei den dringenden Uferschutzbauten an der Raab aber nicht am Platze wäre. Ich will aber doch keinen Separat-Antrag stellen, da ich doch auffasse, daß unter diesem Worte „ehemöglichst“ doch nur ein Jahr und damit das Jahr 1896 gemeint sein wird. Ich hoffe also, daß dies der Fall sein wird und schließe mich dem Antrage des Landescultur-Ausschusses an und bitte, daß die möglichste Beschleunigung im Jahre 1896 eintreten werde. Mir liegt die Sache am Herzen, es ist große Gefahr von weiteren gefährlichen Uferseinbrüchen, daher dringend, und appellire an die hohe Regierung und den hohen Landes-Ausschuß, diesen Antrag auf Staats- und Landeskosten noch im Jahre 1896 und dann weiter 1897 durchzuführen.

Landeshauptmann: Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Sagenhofer:** Ich verzichte!

Landeshauptmann: Ich bitte also jene Herren, welche den Anträgen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

I. Der Bericht des Landes-Ausschusses, betref-

fend den Antrag Wagner und Genossen wegen Uferschutzbauten beim Raabflusse, Seite 69 des Rechenschaftsberichtes, wird zur Kenntniß genommen.

II. Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die in der Note der k. k. Statthalterei vom 10. November 1895, Z. 32.322, bezeichneten Projecte mit möglichster Beschleunigung ausarbeiten zu lassen und sodann die weiteren Verhandlungen mit der Regierung betreffs der Beitragsleistung zu den aufzubringenden Kosten, wobei die thunlichste Schonung der Interessenten ins Auge zu fassen ist und der Aufstellung des Arbeitsprogrammes und dessen eheste Durchführung einzuleiten. Hierüber ist dem Landtage in der nächsten Session Bericht zu erstatten“.

zustimmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben.

(Die Anträge werden angenommen.)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Landescultur-Ausschusses über den ihm zugewiesenen Theil des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 4, betreffend Wasserbauten, mit Ausschluß der Mur-Regulirung, Seite 55—72.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Landescultur-Ausschusses Graf **Kottulinsky** (von der Tribüne): Ich habe die Ehre, im Namen des Landescultur-Ausschusses über den Theil des Thätigkeitsberichtes zu berichten, der sich mit den Wasserbauten in Steiermark, mit Ausnahme der Mur-Regulirung, beschäftigt.

Es ist aus diesem Berichte nichts Wesentliches hervorzuheben, es wäre denn die erfreuliche Erscheinung, daß der Landes-Ausschuß berichtet, daß die Sann-Regulirung sich immer mehr bewährt, insoferne, als die dortigen Werke trotz des einmal eingetretenen hohen Wasserstandes gehalten haben und zweckentsprechend waren. Nur auf zwei Punkte möchte ich die Aufmerksamkeit des hohen Hauses lenken. Zunächst darauf, daß die Organe der Staats-Bauverwaltung, welche mit der Ausführung der Uferschutzbauten auf der Drau betraut sind, für welche ein Credit vom Lande mit 15.000 fl. und von der Staatsverwaltung auch mit 15.000 fl. bewilligt ist, aufmerksam gemacht haben, daß auf zwei Punkten dieses Flusses eine durchgreifende Regulirung besonders wünschenswerth wäre. Nachdem die Kosten dieser Herstellungen sich in dem einen Falle auf 50.000 fl., im anderen Falle auf eineinhalb Millionen Gulden belaufen würden, hat sich der Landes-Ausschuß nicht veranlaßt gesehen, vorläufig in diese Frage einzugehen, was der Landescultur-Aus-

schuß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Belastung des Landes durch Flußregulirungen gerechtfertigt findet.

Der zweite Punkt, worauf ich Ihre Aufmerksamkeit lenken möchte, sind die vom Landes-Ausschusse, beziehungsweise von der k. k. Statthalterei bezüglich der Schiffbarmachung des oberen Murflusses für die Floßfahrt eingeleiteten Erhebungen. Diese Erhebungen sind nahezu dem Abschlusse entgegengerückt und es zeigt sich, daß die Kosten, welche zur Hinwegräumung der Hindernisse nothwendig wären, nicht wesentliche sind, so daß es wohl ins Auge gefaßt werden könnte, die Mur auch in dieser Richtung dem öffentlichen Verkehre dienstbar zu machen.

Wenn man bedenkt, was in anderen Ländern bewilligt wird zur Herstellung von Wasserstraßen, so scheint es gewiß angemessen, auch diese Sache nicht aus dem Auge zu lassen.

Ich erlaube mir daher folgende Anträge zu stellen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Theil des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, betreffend die Flußregulirungen, mit Ausnahme der Mur-Regulirung, pag. 57—66, wird zur Kenntniß genommen und der Landes-Ausschuß beauftragt, bezüglich der Schiffbarmachung des oberen Murflusses für die Floß- und Plattenfahrt nach Maßgabe der abgeschlossenen Erhebungen in der nächsten Session dem Landtage bestimmte Anträge zu stellen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über die ihm zugewiesenen Theile des Thätigkeitsberichtes des Landes-Ausschusses, Beilage Nr. 4, betreffend Gemeinde- und Bezirks-Angelegenheiten, Seite 16—18, Bau-Ordnung, Seite 19, Durchführung des Sanitäts-Gesetzes, Seite 20—24, Revision des Bezirksvertretungs-Gesetzes, der Gemeinde-Ordnung und des Kirchenconcurrentz-Gesetzes, Seite 26, Armenwesen, Antrag Koller, betreffend die Erhöhung des Armen-Halbprocentes in Graz; Antrag Wagner, betreffend die Erhöhung der einprocentigen Abgabe von freiwilligen öffentlichen Versteigerungen; Antrag Morre, betreffend die Altersversorgung landwirthschaftlicher Dienstboten, Seite 27—29.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten **Pojch** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Nachdem der Rechenschaftsbericht des

Landes-Ausschusses während der ganzen Landtags-Session in der Hand der Herren Landtags-Abgeordneten war, so muß ich annehmen, daß Sie Gelegenheit hatten, den Inhalt vollkommen kennen zu lernen und fühle ich mich deshalb überhoben, über diese Capitel eingehende Auseinandersetzungen zu pflegen.

Mit Rücksicht darauf beschränke ich mich auf den Antrag, welchen der Sonder-Ausschuß zur Annahme dem hohen Landtage empfiehlt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Beilage Nr. 4, betreffend Gemeinde- und Bezirks-Angelegenheiten, pag. 16 bis 18, wird zur befriedigenden Kenntniß genommen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

P a g i n a 19, B a u - O r d n u n g.

Der Sonder-Ausschuß stellt den Antrag auf „K e n n t n i s s n a h m e“.

Abg. **Kautschitsch** (St.-G. Voitsberg): In der 3. Session der VII. Landtagsperiode am 4. April 1892 hat über meinen Antrag der hohe Landtag beschlossen, eine Revision der nicht mehr zeitgemäßen Bauordnung für das flache Land anzubahnen und den Landes-Ausschuß beauftragt, die diesbezüglichen Erhebungen zu pflegen und Bericht zu erstatten.

Im Thätigkeitsberichte des Landes-Ausschusses vom Jahre 1893 berichtet derselbe, daß er an die k. k. Statthalterei das Ansuchen gestellt hat, dem Landes-Ausschusse über die Art der Zusammenfügung der zum Zwecke der Revision einzuberufenden Enquete, sowie über die Vertheilung der Arbeiten unter dieselbe, entsprechende Vorschläge zu machen. Ebenso hat der Landes-Ausschuß um die diesbezüglich von den k. k. Bezirkshauptmannschaften als Baubehörden gemachten Wahrnehmungen ebenfalls kennen zu lernen, die k. k. Statthalterei ersucht, die k. k. Bezirkshauptmannschaften zur Erstattung von Gutachten in dieser Richtung zu veranlassen.

Im Thätigkeitsberichte des Landes-Ausschusses vom Jahre 1894 berichtet derselbe, daß im Stande der Angelegenheit, betreffend die Revision der Bauordnung am flachen Lande eine Aenderung nicht eingetreten sei. Endlich berichtet der Landes-Ausschuß im heurigen Berichte, daß die k. k. Statthalterei mit Note vom 4. Februar 1895 mitgetheilt hat, daß sie die Bezirkshauptmannschaften beauftragt habe über die bei Handhabung der Bauordnung gemachten Wahrnehmungen bezüglich der Mängel derselben zu berichten.

Weiters eröffnet die k. k. Statthalterei, daß das Ministerium des Innern ihr mitgetheilt hat, es habe der oberste Sanitätsrath in einem Elaborate bauphygienische Principien zusammengestellt. Es werden auch Verhand-

lungen mit den betheiligten Ministerien, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse gepflogen.

Erst nach Beendigung dieser Verhandlungen, in welchen gewisse Principien festgestellt werden sollen, welche bei Verfassung neuer Bauordnungen zu berücksichtigen wären, können an die Revision der Bauordnung empfohlen werden, und dann wäre auch der Zeitpunkt gekommen, um mit der Zusammenfügung der Enquete vorzugehen.

Nachdem nun die Revision der schon so veralteten Bauordnung (dieselbe datirt aus dem Jahre 1857) sehr dringlich ist, stelle ich den Antrag (liest):

„Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, bei der k. k. Regierung seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Hindernisse, welche die Revision der Bauordnung am flachen Lande noch verzögern, baldigst beseitigt werden, damit mit der Zusammenfügung der Enquete und sonach mit der Revision der Bauordnung vorgegangen werden könne.“

Landeshauptmann: Ich bitte diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, sich von ihren Sigen zu erheben.

(Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, ertheile ich dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter **Pösch:** Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben, daß falls diese Grundsätze so strenge ansfallen, dann allerdings das nicht erreicht wird, was der Landtag erhofft, nämlich die Aenderung der Bauordnung. Um die sanitären Verhältnisse durch die Bauordnung zu bessern, werden die Vorschriften so strenge, daß Neu- und Umbauten nur sehr erschwert werden, es werden auch sehr viele Nachtheile geschaffen, deren Beseitigung wir durch die neue Bauordnung zu erreichen hoffen, weil speciell die Baulichkeiten am Lande sehr zurückgedrängt werden. In dieser Richtung das Richtige zu finden, wird Sache der Regierung und des Landtages sein, welche unter diesen Voraussetzungen eine neue Bauordnung auszuarbeiten haben und unter dieser Voraussetzung hoffen wir, daß die neue Bauordnung zu Stande kommen wird.

(Der Antrag des Sonder-Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten, sowie der Antrag des Herrn Abg. Kautschitsch werden angenommen.)

Beilage Nr. 4, Seite 20 bis 24 Durchführung des Sanitätsgesetzes.

Der Antrag lautet:

„Auf befriedigende Kenntnißnahme des Landes-Ausschußberichtes.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Beilage Nr. 4, pag. 4, Revision des Bezirks-Vertretungs-Gesetzes, der Gemeindeordnung und des Kirchenconcurrenz-Gesetzes.

Der Antrag lautet:

„Auf Kenntnißnahme des Berichtes des Landes-Ausschusses.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Beilage Nr. 4, pag. 27, Armenwesen; Antrag Wagner betreffend die Erhöhung der 1 percentigen Abgabe von freiwilligen öffentlichen Versteigerungen; Antrag Morre, betreffend die Altersversorgung landwirthschaftlicher Diensthöten.

Der Antrag lautet:

„Auf befriedigende Kenntnißnahme des Berichtes des Landes-Ausschusses und Anerkennung der Leistung des statistischen Landesamtes auf dem Gebiete der Armen-Statistik und über den Antrag des Herrn Abg. Morre.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz-Ausschusses über die Petition Nr. 52.

Referent ist der Herr Abg. Graf Lamberg.

Berichterstatte der Finanz-Ausschusses Graf **Lamberg** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Ich habe die Ehre namens des Finanz-Ausschusses zu berichten über die Petition Nr. 52 des Vereines Südmärk, um Gewährung einer Subvention für das Jahr 1896, der Antrag des Finanz-Ausschusses lautet:

„Die Petition werde abweislich beschieden.“

Der Finanz-Ausschuß hat sich bei diesem abweislichen Bescheide von der Ueberzeugung leiten lassen, daß es nicht angehe, aus dem Gelde der Slovenen einen Verein zu unterstützen, dessen Spitze gegen die Slovenen gerichtet ist. Nun, wenn man über die Cardinalfrage hinausgehen wollte, müßte man in gleicher Weise einen Verein der von Seite der Slovenen errichtet würde und die Richtung direct gegen die Deutschen hat, unterstützen. Aus allen diesen Erwägungen hat der Finanz-Ausschuß die abweisliche Bescheidung beschlossen und bitte ich um ihre Zustimmung.

Abg. v. **Pengg** (H.-R. Leoben): Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil ich mich mit dem Antrage des Finanz-Ausschusses nicht einverstanden erklären kann. Ich kann eventuell die Gründe begreiflich finden, die das hohe Haus im vorigen Jahre bewogen haben, ein ähnliches Ansuchen abweislich zu beschieden. Es war jedenfalls die weitgehendste Rücksicht, die das Haus auf die Mitglieder, auf die Bewohner slovenischer Zunge Steiermarks nehmen wollte. Ich will nicht sagen, daß wir gerade dem Muster anderer Kronländer folgen

sollen, welche eine derartige weitgehende Rücksicht nicht üben, wie allen Mitgliedern des hohen Hauses bekannt sein wird. Aber ich glaube, daß angesichts der Außerachtlassung der Wünsche dieses hohen Hauses, welche dasselbe im verflossenen Jahre ausgedrückt hat, und welche heute vielseitig zur Sprache gekommen sind, und angesichts des Umstandes, daß trotz dieser weitgehendsten Rücksichtnahme die Herren Slovenen es nicht der Mühe werth finden, mit uns zu berathen, daß endlich doch diese unsere weitgehende Rücksichtnahme abnehmen soll und darum beantrage ich und insbesondere aus principiellen Gründen dem Vereine Südmärk eine Subvention per 200 fl. pro 1896 zu gewähren.

Meine Herren! Ich liebe meine Heimat, ich bin Oesterreicher mit Fleisch und Blut und bin stolz ein deutscher Oesterreicher zu sein. Es besteht aber die Thatsache, daß durch deutsche Cultur und durch deutsche Thatkraft, geführt von unserem Herrscherhaus, Oesterreich zu jener achtungsgebietenden Stellung in der Welt gekommen ist, in der es sich heute befindet, und von diesem Standpunkte aus kann und soll jeder Deutsche, sei er dieser oder jener Fraktion angehörig, für eine principielle Unterstützung dieses Vereines stimmen, der die Erhaltung des deutschen Elementes in Oesterreich in unserem engeren Heimatlande, in Steiermark, bezweckt. Es ist gewiß keine nennenswerthe Inanspruchnahme des Steuergulden der Slovenen, wenn ich eine Subvention von 200 fl. beantrage, sondern es handelt sich in erster Linie darum, daß der steiermärkische Landtag zum Ausdruck bringt, daß er das deutsche Element in Steiermark in seinem Umfang, wie es heute besteht, aufrecht erhalten will. Ich bitte daher um Annahme dieses Antrages.

(Dieser Antrag wird genügend unterstützt.)

Abg. Dr. **Wofaun** (St.-G. Cilli): Hoher Landtag! Nach dem Antrage des Finanz-Ausschusses soll das Gesuch des Schutzvereines „Südmärk“ auch heuer wieder dasselbe Schicksal erfahren, wie in früheren Jahren; die meisten Mitglieder des hohen Hauses nehmen gegenüber dem Vereine „Südmärk“ eine derartig feste Stellung ein, daß es mir beinahe überflüssig erscheint, auch heuer wieder des näheren zu beweisen, daß dieser Verein kein Kampf-, sondern ein Schutzverein ist.

Die Landes-Vertretungen mit slovenischer Majorität subventioniren ihre nationalen Vereine alljährlich; so hat erst jüngst der krainische Landtag bedeutende derartige Unterstützungen bewilligt. Wenn auch in einem vom hohen Landtag zu bewilligenden Unterstützungsbeiträge einige slovenische Steuergulden enthalten sind, so werden diese letzteren seitens der deutschen Bevölkerung der slovenischen Landbevölkerung und insbesondere den slo-

nischen Schulkindern in reichlichem Maße zurückerstattet, so daß auch dieser Umstand nach meinem Dafürhalten einen Grund für die Abweisung des Gesuches nicht bilden kann. Es wird behauptet, daß der Verein „Südmart“ sich alljährlich nur zu dem Zwecke an den Landtag bittlich wende, um auf dieser Seite des Hauses Unfrieden zu stiften. Dieser Vorwurf ist ein ganz ungerechtfertigter. Wenn die Leitung des Vereines irgend ein Vorwurf trifft, kann es wohl nur der sein, daß sie hinsichtlich der Gesinnung der Majorität der Mitglieder des hohen Hauses bisher immer wieder in denselben Irrthum verfallen ist. Die Vereinsleitung ist von der Ueberzeugung ausgegangen, daß sie ihre Bitte an deutsche Volksvertreter richtete. Ich wende mich nun im besonderen an jene Herren, die da behaupten, daß sie, weil sie in früheren Jahren für die Abweisung gestimmt, und in den Verhältnissen eine Aenderung nicht eingetreten ist, auch heuer wieder für die Abweisung stimmen müssen. Die eine dieser Prämissen ist falsch. Haben denn die Herren den Fauschschlag, der nicht nur den Deutschen des Unterlandes, sondern auch allen anderen Deutschen verlegt worden ist, nicht mitempfunden?

Haben die Herren nicht das Gefühl, daß der steiermärkische Landtag durch seinen Beschluß in einer Frage, über welche ich, ich muß es offen gestehen, gerade von diesem Plage aus ohne zwingenden Grund nicht weiterspreche, diesen Fauschschlag zum Theile mitverschuldet hat? Aber ein anderer vom Vorredner hervorgehobener Umstand kann, wenn gleich er auf die Thätigkeit dieses hohen Landtages ohne Einfluß geblieben, nicht unberücksichtigt bleiben. Die Slovenen haben auch dann, als ihr Herzenswunsch bereits erfüllt war, ihre Plätze in diesem Saale nicht wieder eingenommen, und ihren Wiedereintritt an die Bedingung geknüpft, daß ihre weiteren Wünsche noch befriedigt werden. Beantworten Sie sich einmal die Frage, ob es im Interesse des deutschen Volksstammes, ob es im Interesse des Landes und ob es im Interesse des Reiches gelegen sein kann, daß diese Bestrebungen der Slovenen weiterhin unterstützt werden. Eine, wenn auch nur mittelbare Unterstützung wäre es, wenn das Gesuch der „Südmart“ auch heuer wieder einen abschlägigen Bescheid erfahren würde. Ich schließe mich dem Antrage des Herrn Vorrednes v. Pengg vollinhaltlich an. In diesem hohen Hause ist heute von verschiedenen Seiten wiederholt der Wunsch zum Ausdruck gekommen, Einigkeit unter den deutschen Mitgliedern des Hauses herbeizuführen, und nun, meine Herren, ist es an Ihnen zu zeigen, daß Sie vom besten Willen beseelt sind, diese Einigkeit herbeizuführen. Einigen Sie sich, in dem Bestreben, den Verein zu unterstützen, der sich lediglich die wirtschaftliche Unter-

stützung unserer bedrängten Stammesgenossen zur Aufgabe gemacht hat.

Abg. Dr. **Kienzl** (Vorstädte Graz): Ich möchte mir erlauben, zur Hintanhaltung eines allfälligen Mißverständnisses eine Thatsache zu constatiren. Ich habe, als dieser Gegenstand im Finanz-Ausschusse zur Verhandlung kam, als Vorsitzender fungirt und bin daher nicht in die Lage gekommen, meine Stimme abzugeben. Ich halte mich heute bei der definitiven Abstimmung in dieser Sache als durch den Beschluß des Finanz-Ausschusses nicht für präjudicirt, und werde daher bei der heutigen Abstimmung lediglich meiner Ueberzeugung folgen. (Bravo! Bravo!)

Abg. Franz **Schreiner** (H.-R. Graz): Hohes Haus! Ich habe im vorigen Jahre gegen die Bewilligung einer derartigen Subvention gestimmt. Seitdem haben sich die bekannten politischen Ereignisse betreffs Cilli abgespielt, welche den Schutz des Deutschthums im Unterlande mehr als je nothwendig erscheinen lassen. Ich erachte die Erhaltung des Deutschthums im Unterlande gerade vom österreichischen Standpunkte als eine eminente wichtige Angelegenheit, denn mit dieser Erhaltung ist auch der Fortbestand der Einheit unseres engeren Vaterlandes auf das innigste verknüpft und von diesem patriotischen Standpunkte aus erkläre ich daher, daß ich für den Antrag des Herrn Abgeordneten von Pengg stimmen werde.

Abg. Graf **Kottulinsky** (O.-G.-B.): Nach den Ausführungen eines sehr geehrten Herrn Vorredners wird diese Frage nahezu in der Richtung hin zugespitzt, als ob diejenigen, welche nicht für diese Subvention stimmen, nicht ein ebenso warmes Nationalgefühl, und nicht eine ebenso warme Anhänglichkeit an ihre deutsche Abstammung an den Tag legen würden. Ich muß das entschieden in Abrede stellen. Es können noch andere Momente für eine solche abweisliche Abstimmung maßgebend sein, und sehe ich mich deshalb genöthigt, meine Abstimmung in dieser Sache für meine Person zu motiviren.

Es ist vor wenigen Tagen hier im hohen Landtage eine andere Subventions-Angelegenheit zur Beschlußfassung gelangt, nämlich die Subvention des steiermärkischen Landtages an den zu bildenden Verein für Errichtung eines deutschen Studentenheims in Cilli.

Diese Gründung verfolgt offenbar den Zweck, den deutschen Charakter einer Unterrichts-Anstalt in Cilli zu erhalten und zu stärken und für die Söhne deutscher Landesangehöriger dort eine entsprechende Unterkunft zu bieten und dadurch auch den deutschen Charakter der Stadt Cilli zu wahren.

Der hohe Landtag hat mit seiner Majorität diesem

Antrage zugestimmt und auch ich habe zu denjenigen gehört, welche dem Antrage zustimmen.

Ich erlaube mir aus der Vorgeschichte dieses Antrages einiges mitzutheilen — und ich begehre diesfalls, glaube ich, keine Indiscretion — daß gerade einige Mitglieder des Finanz-Ausschusses es waren, deren politische Richtung jener der viel angegriffenen Vereinigten Linken angehört und welche Mitglieder des steirischen Großgrundbesitzes sind, welche die Erhöhung der ursprünglich beantragten Subvention im Finanz-Ausschusse beantragt und unterstützt haben. Auch wir Mitglieder des Großgrundbesitzes, ich habe zwar kein Befugniß im Namen derselben zu sprechen und thue dies nur im eigenen Namen, auch wir empfinden dasselbe Stammesbewußtsein, wie jene Herren, welche für den vorliegenden Antrag eintreten. Wenn ich demselben nicht zustimme, so sind für mich insbesondere jene Momente maßgebend, welche früher für den Finanz-Ausschuß und auch für die Majorität des Hauses bei der Ablehnung maßgebend waren, nämlich, daß wir uns gesagt haben, wir sollen aus den Steuergeldern beider Nationalitäten des Landes nicht eine Unternehmung unterstützen, deren Spitze gegen eine derselben gerichtet ist.

Es wird hervorgehoben, daß auf der anderen Seite das Verhältniß sich geändert hat, daß von slovenischer Seite eine so feine Unterscheidung der Billigkeit nicht gemacht wird. Das ist vollkommen richtig, allein aus den Umständen, daß von der anderen Seite nicht mit ganz correcten Waffen gekämpft wird, möchte ich für mich niemals die gleiche Consequenz ziehen. Wenn eine andere Partei die Anforderung der Gerechtigkeit und Billigkeit nicht befolgt, so folgt für mich nicht, daß ich dasselbe thue. Für mich persönlich ist aber noch ein zweiter Grund, daß ich dem Antrage nicht zustimmen kann. Die Thätigkeit, die dieser Verein sich in seinen Statuten setzt, ist gewiß löblich und ersprießlich, aber ich kann nicht verkennen, daß theilweise dem Vereine doch auch durch die politische Richtung jener Persönlichkeiten, welche an der Spitze desselben stehen, ein Charakter aufgeprägt wird, der meiner politischen Richtung viel zu wenig entspricht, als daß ich dafür stimmen könnte, ihm diese Subvention zu bewilligen und aus diesem Grunde werde ich heuer wie früher gegen die Subventionirung stimmen.

Abg. Dr. **Starckel** (St.-G. Wind.-Graz): Hoher Landtag! Es kann nicht genug oft betont werden, daß der Verein „Südmark“, um dessen Subventionirung es sich handelt, durchaus nicht, u. zw. auch nicht im Entferntesten, ein Kampfverein ist, sondern daß er lediglich ein nationaler Schutzverein ist, und das ist ein ungeheurer Unterschied. Der Verein verfolgt nur

die Tendenz, das Deutschthum zu erhalten, nicht dasselbe auszudehnen, noch weniger das Slovenenthum zu verdrängen. Nur das Bestehende zu erhalten, das ist der proclamirte und bethätigte Grundsatz des Vereines. Er will die Deutschen im Unterlande wirtschaftlich unterstützen, damit sie sich erhalten können. Das ist also für keine anderen Zwecke, als für welche der hohe Landtag bereits Gelder bewilligt hat. Es sind daher jene abgebrauchten Argumente vom slovenischen Steuergulden, welche unsere Gegner gegen die Bewilligung wieder eingewendet haben, durchaus nicht stichhältig. Nur zwei Momente seien hier erwähnt: daß für das deutsche Studentenheim in Gills eine Subvention aus Landesmitteln in dieser Session bewilligt wurde, u. zw. zu dem Zwecke, um auf diese Weise das Deutschthum im Unterlande zu fördern und zu erhalten, ferner, daß ebenfalls in dieser Session für die Ertheilung slovenischen Sprachunterrichtes in Graz zu dem ausgesprochenen Zwecke, damit Gerichtsbeamte, Notare, Advocaten, Aerzte u. s. w. die Kenntniß der zweiten Landessprache sich aneignen, um sich im Unterlande niederlassen zu können, damit also deutsche Beamte, Juristen, Aerzte u. s. w. unseren Stammesgenossen im Unterlande verschafft werden, Geldmittel des Landes gewidmet wurden. Ich meine, auch hier ist der ganz gleiche Zweck vorhanden und man könnte, wenn die Gegner Recht hätten, bei den anderen beiden Fällen auch sagen, „wir dürfen den slovenischen Steuergulden dazu nicht verwenden“. Es scheint jedoch der Hauptkern darin zu liegen und die Hauptgegnerschaft sich dahin zuzuspitzen, wie der Herr Abgeordnete Graf **Rottulinsky** gesagt hat, daß die Leitung des Vereines eine Färbung hat, welche es ihm verbiete, der Subventionirung zuzustimmen. Meine Herren! Das Bleibende ist der Verein mit seinen wohlthätigen Zwecken und nur der Verein als solcher wird subventionirt — nicht seine Leitung, die das Wechselnde ist, und der Leitung wegen darf man das vom Vereine wohlbegründete Subventionsbegehren nicht abschlagen.

Ich bitte deshalb die geehrten Herren vom Großgrundbesitze, sich der Motivirung des Herrn Abgeordneten Grafen **Rottulinsky** nicht anzuschließen und für die Subvention zu stimmen. Ich wende mich auch an die Herren Conservativen und erinnere Sie nur daran, daß Sie vor Allem gegen Ihr eigenes Volk gerecht zu sein trachten sollen, nicht nur gegen die anderen Völker.

Ich hoffe zuversichtlich, daß Sie in dieser rein nationalen Sache mit uns stimmen werden!

Landes-Ausschuß-Beisitzer Dr. Ritter v. **Schreiner**: Ich habe nur wenige Worte zu sprechen. Ich habe mich im vorigen Jahre veranlaßt gefunden, über diesen Ge-

genstand meine persönliche Anschauung bekannt zu geben und kann mich nicht veranlaßt finden, meine Anschauung seit dem Vorjahre als geändert zu bekennen. Wenn man sagt, die Verhältnisse haben sich geändert, so ist das richtig, aber wir haben unsere Haltung dementsprechend geändert. Wir haben dem deutsch-slovenischen Gymnasium in Gillsi von Seite des versammelten Landtages ein Paroli geboten mit der wirksamen Unterstützung des deutschen Studentenheims in Gillsi und wenn diese Frage noch wiederholt an den Landtag herantreten würde und ich sollte die Ehre haben, demselben anzugehören, würde ich mich jederzeit für die Unterstützungswürdigkeit des deutschen Studentenheims in Gillsi aussprechen und keinen Augenblick daran zweifeln, daß ich hiezu berechtigt bin. Etwas anderes ist es mit dem Vereine „Südmark“, welcher ein Kampfverein gegen die Slovenen sein muß (Rufe: O nein!), sonst erfüllt er seine Aufgabe nicht. Ja, ich sage aber noch mehr, wenn ich mich vielleicht entschließen könnte, doch auch da etwas zu thun, dann dürften es nicht 200 fl. sein, welche der hohe Landtag als Unterstützung bewilligt. Denn ein solcher Geldbetrag ist entweder nur ein Spott (Abg. Thunhart: „Anerkennung!“) oder doch gewiß nur dazu angethan, auf Seite der Gegner eine gewisse Irritation hervorzurufen und den Eindruck, daß wir uns rächen wollen. Ich werde nun zwar niemanden überzeugen, der nicht meine Ansicht schon theilt, aber ich möchte doch einen neuen Redner, der sich in diesem hohen Hause noch nicht hat vernehmen lassen, in unsere Mitte einführen, das ist nämlich der Gründer des deutschen Reiches, Se. Durchlaucht Fürst Bismarck. Wie hat sich Fürst Bismarck über diese kleinen nationalen Streitigkeiten in Oesterreich ausgesprochen? Wenn der Herr Landeshauptmann gestattet, werde ich nur einige Sätze aus seiner Rede vorlesen, die er an die Deputation, welche wir Steirer im vorigen Jahre an ihn abgesendet haben, gesprochen hat. Er sagt (liest):

„Man kann ja in Oesterreich sich nicht einer Nationalität, namentlich wenn man Ungarn mit einrechnet, ausschließlich widmen.“

An anderer Stelle sagt er wieder:

„Ohne Kampf kein Leben. Man soll mit einander kämpfen, aber wenn man unter demselben Landesherrn lebt, soll man mit Wohlwollen kämpfen und sachlich, und nicht den Kampf in Formen führen, die keinen anderen Zweck und keine andere Wirkung haben, als den Gegner zu kränken, zu ärgern, zu reizen.“

Und weiter:

„Aber außer dem Christenthum existirt doch noch das Band der Angehörigkeit zu demselben Staats-

gebilde, was zur Nachsicht in der Beurtheilung, auch in der Beurtheilung der feindseligen Acte des fremdnationalen Mitbürgers bewegt. Ich will damit für Ihre un deutschen Nachbarn eine gewisse Veröhnlichkeit, eine Nachsicht empfehlen. Ich darf als Deutscher ja nicht behaupten, daß die Nachsicht in dieser Constellation ein Zeichen der Ueberlegenheit ist, aber ich möchte, Sie hätten das Gefühl, daß Sie als die berechtigtere Nationalität doch auch den minder berechtigten Rivalen etwas mehr mit der Nachsicht des höheren Selbstbewußtseins beurtheilen.“

Diese Sätze aus dem Munde eines Mannes, den ich verehere, nicht aber mit den Lippen, sondern im Geiste und in der Wahrheit, sind mir zwar aus der Seele gesprochen, doch hätte ich sie, aus meinem Kopfe entsprungen, gewiß nicht gewagt, dem hohen Hause vorzutragen, aber nachdem Se. Durchlaucht Fürst Bismarck sich so und gerade zur Zeit, in welcher die Affaire Gillsi in Steiermark acut war, sich ausgesprochen hat, erlauben Sie mir wohl, sie den Herren zu Gemüthe zu führen. Ich will vom rothen Faden, von dem seine ganze Rede durchflochten ist, nicht sprechen — es ist zu spät an der Zeit — obwohl sie in innigem Zusammenhange mit der Angelegenheit steht, die heute am Tapet ist.

Ich glaube, nachdem wir unsere Sympathie für Gillsi schon ausgesprochen haben, daß wir eine solche Unterstützung, wie sie für den Verein „Südmark“ heute vorgeschlagen wird, nicht bewilligen können.

Abg. **Endres** (St.-G. Leoben): Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich mit wenigen Worten meine Abstimmung zu dieser Frage motivire. Ich wäre eigentlich überhoben, diese Abstimmung zu motiviren, weil ich durch zwei Jahre an jener Stelle, wo der Herr Abgeordnete Graf Lamberg sich befindet, namens des Finanz-Ausschusses über die Petition Bericht zu erstatten und den Beschluß des Finanz-Ausschusses zu vertreten hatte, nämlich die abweisliche Erledigung dieser Petition. Ich möchte aber doch einige Worte sprechen und mich insbesondere gegen die Anschauung verwahren, daß Jemand deshalb, weil er für die in Rede stehende Petition nicht stimmt, als weniger guter Deutscher angesehen werden könne, als ein anderer und möchte daher das hohe Haus bitten, auch eine Anschauung, wenn sie abweichend ist von einer anderen zu achten und zu respectiren, eine Anschauung, die sich, wie dies bei mir der Fall auf das reine Gerechtigkeitsgefühl beruft.

Landeshauptmann: Nachdem sich Niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatler Graf **Lamberg**: Hohes Haus! Es wundert mich, daß diejenigen Herren, welche die Unterstützung des Vereines „Südmark“ auf das Eifrigste vertreten, offenbar weder die Statuten noch den Jahresbericht dieses Vereines gelesen, der Ihnen seine Zwecke nachweisen wird, denn sonst würden Sie nicht in diesem Sinne gesprochen haben, wie Sie eben sprachen.

Die Herren, und insbesondere Herr Dr. Wokaun und Herr Dr. Starkel, haben die Ansicht ausgesprochen, daß dies ein ganz unschuldiger Verein sei, ein Wohlthätigkeitsverein, welcher sich darauf beschränkt, Gutes zu thun, und welcher von einem Kampfe nichts weiß.

Nun, meine Herren! Ein Verein, welcher ein Statut hat, in welchem die Absicht des Vereines so deutlich dargethan ist, wie hier, der kann doch nicht sagen, daß er rein nur ein Wohlthätigkeitsverein sei. Es ist ein Verein, welcher nur Deutsche aufnimmt (Rufe: Ganz richtig! Abg. Posch: Sollen wir vielleicht Slovenen aufnehmen?) nur Deutsche können Mitglieder des Vereines sein. Sie schließen die Slovenen als Mitglieder vom Vereine aus, wollen aber ihr Geld. Ich frage, wo ist hier die Gerechtigkeit. Im ersten Satze der Statuten des Vereines steht hier: „Der deutsche Verein „Südmark“ setzt sich zur Aufgabe die deutschen Stammesgenossen wirtschaftlich zu unterstützen.“ (Rufe: Sehr richtig!) Hiemit ist verstanden, daß die slovenischen Armen nicht unterstützt werden dürfen. Sie wollen jedoch das slovenische Geld. Im fünften Satze steht geschrieben (liest): „Da der Verein von Deutschen zur Unterstützung ihrer Stammesgenossen gegründet ist, können auch nur deutsche Stammesgenossen als Mitglieder aufgenommen werden.“

Meine Herren, wo ist hier die Gerechtigkeit? Sie schließen die Slovenen aus, sie dürfen nicht Mitglieder des Vereines werden, nehmen ihnen aber mit Gewalt und Zwang das Geld aus der Tasche. (Rufe: Oho! Oho!) Es wurde von den Herren Abgeordneten Dr. Wokaun und Dr. Starkel die Behauptung aufgestellt, daß dieser Verein kein Kampfverein sei. Da werde ich mir die Erlaubniß erbiten, einen Satz aus dem sechsten Jahresberichte zu verlesen (liest): „Wahrlich ein herzerhebender Beweis treuen Brudersinnes, erhebend, ermunternd, stählend und kräftigend in dem schweren Streite, den wir um unser wirtschaftliches Wohl, um unseren vollklichen Bestand durchzukämpfen haben.“

Einige Zeilen später heißt es wörtlich: „Möge doch das so geweckte deutsche Bewußtsein nicht wieder in dufelige Schlummerseligkeiten zurücksinken,

sondern kräftig bestehen und erstarken, auf daß unserer „Südmark“ immer mehr Mitstreiter und Förderer entstehen und sie baldigt das werden könne, als was sie gedacht, wozu sie gegründet ist: ein festes eigenvolkschützendes, fremdvolksabwehrendes Bollwerk unserer südlichen deutschen Mark!“ (Bravo! Bravo!) Wenn sie hier nicht ganz deutlich den Kampf als ihr Ziel und ihren Zweck dargelegt hat, was aber die Redner verneinen, so weiß ich nicht mehr, wie dieser Sinn aufzufassen ist. Ein festes eigenvolkschützendes, fremdvolksabwehrendes Bollwerk unserer südlichen deutschen Mark.

Meine Herren! ist das slovenische Volk ein fremdes Volk, sind die Slovenen nicht unsere Brüder (Rufe: Oho! Nicht Stammesbrüder!)? Haben die Slovenen nicht auf den Schlachtfeldern mit uns Schulter an Schulter geblutet für denselben Zweck, unter derselben Krone vereinigt? (Rufe: Das ist ganz etwas anderes!) Ein solches Volk, von dem man das behaupten kann und muß, das ist kein fremdes Volk, das ist ein Volk, welches gerade mit uns so freundschaftlich und eng verbunden ist, wie irgend ein anderes Volk der österreichischen Monarchie und kann daher nicht als fremdes Volk betrachtet werden.

Wenn ich mir erlaube auf eine Aeußerung des Herrn Abgeordneten v. Pengg überzugehen, so möchte ich mir nur gestatten ihm ganz zuzustimmen in seiner Meinung, der Landtag möge den deutschen Standpunkt wahren, so hat Herr v. Pengg gesagt, ich stimme ihm ganz zu und bin ganz einverstanden, und bin jederzeit bereit, den deutschen Standpunkt zu wahren, aber wenn ich das thue, so nehme ich das eigene Geld und nicht das der Slovenen. (Rufe: Ganz richtig! Heiterkeit.)

Ich bitte somit dem Antrage des Finanz-Ausschusses, die Petition der „Südmark“ werde abweislich beschieden, zuzustimmen.

Landeshauptmann: Ich schreite sohin zur Abstimmung, es liegen zwei Anträge vor, ich werde den Gegenantrag des Herrn Abgeordneten v. Pengg zuerst zur Abstimmung bringen, derselbe lautet (liest):

„Es werde dem Vereine „Südmark“ eine Subvention von 200 fl. pro 1896 bewilligt.“

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (Geschlacht.) Ich zähle 24 gegen 24 Stimmen. (Rufe: Namentliche Abstimmung!) Es ist der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt und ich ersuche daher diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Abgeordneten v. Pengg zustimmen wollen, beim Namensaufrufe mit „ja“, und diejenigen, welche dagegen stimmen mit „nein“ zu stimmen.

(Ueber Namensaufruf des Landeshauptmannes stimmen mit „ja“ die Abgeordneten; v. Feyrer, v. Forcher, Freiburger, Dr. Kienzl, Köberl, Dr. Kosofchineg, Koller, Dr. Kogbeck, Dr. Lint, Mayr, Morre, Mosdorfer, v. Pengg, Pongraz, Dr. Portugall, Posch, Dr. Reicher, Dr. Schmiderer, Franz Schreiner, Dr. Starkel, Sutter, Thunhart, Dr. Wannisch und Dr. Wokaun; mit „nein“ stimmen die Herren Abgeordneten: Edmund Graf Attems, Franz Graf Attems, Bärnsfeind, Endres, Freiherr v. Hackelberg, Hagenhofer, Haring, Graf Herberstein, Karlon, v. Kodolitsch, Graf Kottulinsky, Kurz, Graf Lamberg, Liechtenstein, Freiherr v. Moscon, Pirchegger, Proboisch, Rochliger, Schmiermaul, Dr. R. v. Schreiner, Freiherr v. Störck, Graf Stürgkh, Wagner, Graf Wurmbbrand; es sind wieder 24 gegen und 24 für den Antrag des Herrn Abgeordneten v. Pengg, der § 36 unserer Geschäftsordnung lautet (liest):

„Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.“ Es ist somit der Antrag des Herrn v. Pengg abgelehnt. Ich schreite nunmehr zur Abstimmung des Antrages des Finanz-Ausschusses und ersuche diejenigen Herren, welche denselben annehmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. (Geschlecht.) Dieser Antrag ist auch abgelehnt, nachdem aber der hohe Landtag über die Petition keine Verfügung trifft, so ist die Sache beigelegt.

Es folgt der

Bericht des Landescultur-Ausschusses über die Petitionen Nr. 195 und 105.

Berichterstatler ist der Herr Abg. Graf Kottulinsky.

Berichterstatler des Landescultur-Ausschusses Graf **Kottulinsky** (von der Tribüne): Hoher Landtag! Petition Nr. 195, der Holzindustriellen, Holzhändler und Holzproduzenten in Obersteiermark, um Abänderung der Statthalterei-Verordnung vom 12. Jänner 1877, betreffend die Floß- und Plattenfahrt auf der Mur.

Die betreffenden Interessenten beklagen sich, daß in Folge einer sehr rigorosen Handhabung der obgedachten Statthalterei-Verordnung der Betrieb der Floß- und Plattenfahrt seitens der politischen Behörde nahezu unmöglich gemacht wird; nachdem es unleugbar ist, daß die Benützung dieser einzigen größeren Wasserstraße in Steiermark für die betreffenden Interessenten, für die gesamte Holzindustrie und für die Forstwirtschaft in Obersteiermark von eminenter Bedeutung ist, so empfiehlt der Landescultur-Ausschuß dem hohen Hause den nachstehenden Antrag zur Annahme (liest):

„Die Petition Nr. 195, der Holzindustriellen, Holzhändler und Holzproduzenten in Obersteiermark, um Abänderung der Statthalterei-Verordnung vom 12. Jänner 1877, betreffend die Floß- und Plattenfahrt auf der Mur wird dem Landes-Ausschusse mit dem Auftrage überwiesen, diese Petition der k. k. Statthalterei mit dem Ersuchen zu übermitteln, den hierin ausgesprochenen Wünschen im Interesse des ungestörten Betriebes der für Obersteiermark hochwichtigen Floß- und Plattenfahrt thunlichste Berücksichtigung zu gewähren.“

Abg. **Bärnsfeind** (L.-G. Judenburg): Indem ich in letzter Stunde das Wort ergreife, habe ich nicht die Absicht, die Geduld der Herren Landtagsmitglieder viel in Anspruch zu nehmen.

Es ist aber meine Pflicht, als Ueberreicher dieser Petition dem Landescultur-Ausschusse für die Erledigung zu danken. Diese Petition hat Beziehung zur Murregulierung und andererseits möchte ich auf einen gewissen Umstand, den ich schon besprochen habe, hinweisen, auf die Erhöhung des Wehrdammes des Mühlenbesizers Kempel. Dieser Stadtmüller in Leoben hat die Mursflußwehr um 13 Centimeter erhöht ohne Intervention der politischen Behörde und daher sind Zustände entstanden, die die Floßfahrt fast ausgeschlossen haben.

Durch die öfteren Anzeigen des Müllers Kempel in Leoben, daß die Floßfahrttreibenden Uebertretungen des § 6 vom 12. Jänner 1877 der Vorschrift über die Floß- und Plattenfahrt auf dem Murflusse sich zu schulden kommen lassen und diesfalls Beanständungen erfolgten, haben im Jahre 1892 schon sämtliche Floßfahrttreibenden und Holzhändler, sowie die Baron Maier'sche Forstverwaltung zu Leoben und die Leykam Josefthal'sche Celulose- und Papierfabrik, mit dem Sitze in Wien, an den hohen Landtag eine Petition gerichtet, es möge der § 6 der Vorschrift in Betreff der Floß- und Plattenfahrt auf der Mur vom 12. Jänner 1877 L.-G.-Bl. Nr. 4, wonach die Floßfahrt bei einer Wasserhöhe von 24 Centimeter (neun Zoll) ober Null untersagt ist, sobald das Fahrzeug den Durchlaß einer Abfallswehre zu passieren hat, abgeändert werden.

Die Folge davon war, daß die hohe k. k. Statthalterei in gütiger Würdigung dieser Petition mittelst Erlasses vom 26. Juni 1892 Z. 12.014 anordnete, daß bei sämtlichen Landungsplätzen am Murflusse im Sinne der §§ 5 und 18 der bezogenen Floßfahrtordnung für den Betrieb der Floß- und Plattenfahrt auf dem Murflusse Pegel (Wassermesser) aufgestellt werden sollen und wird die Aufstellung dieser Pegel unter Intervention der k. k. Bezirksingenieure erfolgen. Diese Pegel liegen nun schon 4 Jahre und werden wahrscheinlich verfaulen, weil

die politische Behörde sich noch nicht bestimmt gefunden hat, sie aufzustellen.

Das weitere Resultat dieser vorbezogenen Petition war eine milde Praxis der Durchführung dieser Flossfahrtordnung dahin, daß im Falle einer Geldstrafe-Verurtheilung der Bezirkshauptmannschaft, die Statthalterei mit Hinweis auf die erst zu erfolgende Richtigstellung der Wasserpegel diese Geldstrafe aufhob und bisher in diesem Punkte die Flossfahrt unbeanstandet blieb.

Nun hat die hohe k. k. Statthalterei mittelst Rundmachung vom 6. October 1895, Zl. 28.881 neuerdings angeordnet, daß eine strenge Handhabung der Vorschriften der obcitirten Flossfahrtordnung einzutreten habe, weil in letzter Zeit die Wahrnehmung gemacht wurde, daß Außerachtlassungen dieser Vorschrift vorgekommen seien und wird gegen Dawiderhandelnde abgesehen durch die im § 17 der Flosserordnung citirten Haftpflicht im Sinne des § 18 die Strafamtshandlung in Aussicht gestellt.

Nachdem bis nun seit mehr als drei Jahren eine Feststellung der Wasserhöhe und Gleichstellung der Wasserpegel nicht vorgenommen und durchgeführt wurde, die Wasserpegel aber selbst, was constatirt ist, untereinander stark differieren, ist doch die Differenz der Pegel an den beiden oberen Brücken in Graz eine bedeutende, so ist es eine offenkundige und von Fachmännern durch ihr Gutachten über die Flußregulierung im Vorjahre ausgesprochene Thatsache, daß sich die Sohle des Flußbettes der Mur constant vertiefe, somit die Wasserpegel jährlich immer höher vom Wasserspiegel zu stehen kommen; da seit der letzten Richtigstellung nun doch mehr als 20 Jahre verflossen sind, so ist es evident, daß der Wasserstand von 24 Centimeter ober Null bei der schon mehr seitdem ab Graz mindestens 24 Centimeter vertieften Murflußbettssohle, viel zu hoch gegriffen erscheint, zumal die Erfahrung es beweist, daß bis zu einem Wasserstande von 16 Centimeter ober Null die Flossfahrt vor 20 Jahren schon flott und ohne Berührung des Tiefganges eines Fahrzeuges der Durchlaßwehren von statten ging, so kann auch eine Wasserhöhe nach Richtigstellung des Flußpegel von 16 Centimeter ober Null als Minimum angenommen werden, wonach von einem gut fahrbaren Wasserstande gesprochen werden kann.

Es ist in unseren klimatischen Verhältnissen schon begründet, daß die Flossfahrt außerdem in einem großen Theile des Jahres ruhen muß.

Im Frühjahr herrscht ob des Schneeschmelzens Hochwasser, weshalb die Flossfahrt oft schon zeitlich im Mai eingestellt werden muß. Ist der Schnee auf den Bergen verschwunden, so tritt niederer Wasserstand ein, und es kommt schon in den Sommermonaten vor, daß

der Wasserstand am jetzigen Pegel sehr bald unter 24 Centimeter ob Null zeigt.

Der Herbst ist im Gebirge die trockenste Jahreszeit, wie dieses im letzten Jahre auch der Fall war, und dann hört die Flossfahrt bestimmt frühzeitig auf, weil bei der jetzigen hohen Pegelstellung eine Wasserhöhe von unter 24 Centimeter ob Null zeitig eintritt.

Bei niedrigem Wasserstande sind die Fahrzeuge ohne dem mit einem geringen Tiefgang der Belastung, da dieselbe sich nach dem Wasserstande richten muß und es ist ein Vorurtheil, eine unrichtige Annahme überhaupt, daß eine Beschädigung der Wehren durch die Flossfahrt zu befürchten ist.

Diese Anschauung hat sich besonders erst in neuerer Zeit herausgebildet und steht mit den praktischen Erfahrungen im Widerspruche, da die Flußsohle-Eintiefung nicht in Betracht gezogen wird.

Seit Jahrhunderten wird die Flossfahrt von Obersteiermark nach Graz und weiter abwärts betrieben und durch die Statistik liegen keine Beweise vor, daß Wasserwehranlagen durch dieselbe beschädigt worden wären, sondern immer waren es Hochwasserkatastrophen oder der Zahn der Zeit, der die Zerstörung veranlaßt hat.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte hat insbesondere die gesammte Bevölkerung des Murthales, ja der Obersteiermark ein eminentes Interesse für die Erleichterung der für den Verkehr der Flossfahrt bestehenden Vorschriften einzutreten, weil die Wasserstraße das billigste Transportmittel ist und sich gleich 6 zu 10 verhält.

Überall, wo halbwegs schiffbare Flüsse die Gegenden durchziehen, wird alles aufgeboten, um diese natürlichen Verkehrsanlagen dem geeigneten Verkehr möglichst entsprechend dienlich zu machen. Nur bei uns in Steiermark sucht man durch Heranziehen der Vorschriften-Durchführung der Flossfahrt-Ordnung die Flossfahrt unmöglich zu machen.

Uebrigens, um auf die finanziellen Folgen der Beschränkung der Flossfahrt auf dem Murflusse überzugehen, ist zu bemerken, daß nicht nur die Handeltreibenden der Holzbranche, sondern auch die Waldbesitzer durch die Beschränkung der Flossfahrt geschädigt werden.

Die Preise des Holzes müßten für Graz und überhaupt für die Lagerplätze in die Höhe gehen, und da dieselben ohnehin nahe dem Zenith angelangt sind, so muß der Händler trachten, die erhöhten Regiekosten auf die Waldbesitzer zu überwälzen, und da dürfte der Bauer am meisten zu Schaden kommen.

Nicht in letzter Linie würde die Stadt Graz von einer solchen einschränkenden Maßregel betroffen, weil auch der Preis des Holzes oft einen bestimmenden Einfluß auf die Bauhätigkeit übt, womit dargethan erscheint, daß eine ganze

Classe von Staatsbürgern, beziehungsweise ganze Bevölkerungsschichten finanzielle Nachteile erleiden würden.

Ich möchte also an Seine Excellenz den Herrn Statthalter die Bitte richten, er möge dieser Angelegenheit gnädig seine Aufmerksamkeit zuwenden und besonders trachten, daß der Hauptpegel in Graz bald regulirt wird. Ich habe weiter nichts zu sagen.

Landeshauptmann: Da sich Niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Graf **Kottulinsky:** Ich verzichte.

(Der Antrag des Landescultur-Ausschusses wird angenommen.)

Berichterstatter des Landescultur-Ausschusses **Pongraz** (von der Tribüne): Hoher Landtag: Ich habe im Namen des Landescultur-Ausschusses zu berichten über die Petition Nr. 105 des ständigen Ausschusses des Vereines zur Förderung der Verkehrsinteressen in den Alpenländern, überreicht durch den Abgeordneten Dr. Portugall.

In dieser Petition wird folgendes Petit gestellt:

1. Die Correctur respective Ueberlegung der Straße von Weissenbach nach St. Gallen, über den sogenannten Spigenberg.

2. Zur Erschließung der idyllischen Ramsau, die Anlegung eines fahrbaren Weges von Schladming nach Ramsau.

3. Der Ausbau der die herrlichen Samnthalen Alpen erst recht erschließenden Straßenstrecke Sulzbach-Logarthal.

Der Antrag des Landescultur-Ausschusses lautet (liest):

„Die Petition Nr. 105 wird dem Landes-Ausschusse zur Erhebung mit der besonderen Bemerkung zugewiesen, über die in der Petition ad 2 angeführte Straßen-Anlegung, Schladming-Ramsau, dem nächsten Landtage zu berichten, eventuell Anträge zu stellen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Landeshauptmann: Wir kommen zum **Berichte des Finanz-Ausschusses über die Petitionen Nr. 64, 100, 175, 206 und 289.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Rienzl.

Berichterstatter des Finanz-Ausschusses Dr. **Rienzl** (von der Tribüne):

Petition Nr. 64, des Jakob Engler, pens. landsh. Amtsdieners, um Erhöhung der ihm vom 1. Juli 1895 angefangen mit jährlichen 648 fl. zugesprochenen Pension auf den Vollbetrag seiner Activitätsbezüge, d. i. auf 720 fl.

Der Finanz-Ausschuß beantragt:

„die Bewilligung der erbetenen Pensionserhöhung von 648 fl. auf 720 fl. mit dem Bezugsrechte vom 1. Juli 1895 angefangen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Petition Nr. 100, des Julius Kratochwill, Director der Landeshilfsämter, um Aufrechthaltung des Landtags-Beschlusses vom 20. November 1890, womit ihm eine in die Pension einrechenbare Personalzulage jährlicher 300 fl. zugesprochen wurde.

Der Finanz-Ausschuß beantragt:

„Die Ueberweisung der Petition an den Landes-Ausschuß zur Untersuchung der Rechtsfrage, eventuell Erledigung im eigenen Wirkungskreise und Bericht-erstattung.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Petition Nr. 175, des Lehrkörpers der drei Landesmittelschulen, um Zuerkennung der Substistenzzulagen wie bei den staatlichen Mittelschullehrern mit der Rückwirkung für das Jahr 1895.

Der Finanz-Ausschuß beantragt:

„Die Petition findet ihre Erledigung durch den Landtagsbeschluß über die Beilage Nr. 46 des Landes-Ausschusses, betreffend die Regulirung der Gehalte der Landesbeamten. Hinsichtlich der Rückwirkung dieses Beschlusses auf das Jahr 1895 wird die Petition abgewiesen.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Petition Nr. 206, des Johann Blümel, Schuldiener an der Landesbürgerschule in Voitsberg, um Anrechnung seiner Dienstzeit vom 15. October 1874 angefangen.

Der Finanz-Ausschuß beantragt:

„Die Abweisung der Petition unter Vorbehalt ihrer Wiedereinreichung bei Eintritt des Pensionirungsfalles.“

(Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

Petition Nr. 289, der Aloisa Posaner v. Ehrenthal, Oberamts-Controllorwitwe in Graz, um angemessene Erhöhung ihrer jährlichen Gnadengabe per 200 fl.

In Anbetracht der sehr berücksichtigungswürdigen Gründe und der schlimmen Lage der Gefuchstellerin beantragt der Finanz-Ausschuß:

„Es werde die jährliche Gnadengabe per 200 fl. vom 1. Jänner 1896 an, auf 250 fl. (zweihundert-fünfzig Gulden) erhöht.“

Abg. Dr. **Linf** (St.-G. Murau): Ich möchte mir nur mit ein paar Worten den Abänderungs-Antrag, den ich zu stellen beabsichtige, zu begründen erlauben. Mein Antrag geht dahin, in mehrerer Würdigung der

bereits vom Herrn Referenten angeführten Gründe der Witwe Moisia Posaner v. Ehrenthal die Gnadengabe von 200 fl. auf 300 fl., also um 50 fl. mehr als der Finanz-Ausschuß beantragt hat, zu erhöhen. Die Gründe sind kurz folgende, die Petentin ist bereits 84 Jahre alt, fortwährend krank, an einer Seite vollständig gelähmt, immer im Bette, eine jener verschämten Armen, die lieber darben als Betteln gehen, sie wird diese erhöhte Gnadengabe höchstwahrscheinlich nur mehr kurze Zeit genießen. Wir schüßen sie vor Noth, da 300 fl. wirklich das Mindeste ist, was sie mit Rücksicht auf ihre hilflose Lage braucht. Ich erlaube mir daher, das hohe Haus zu bitten, die Gnadengabe statt auf 250 fl. „auf 300 fl. zu erhöhen“.

Landeshauptmann: Nachdem sich Niemand mehr zum Worte meldet, erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Berichterstatter das Schlusswort.

Berichterstatter Dr. **Kienzl:** Ich für meine Person habe gegen die beantragte weitere Erhöhung nichts einzuwenden, im Namen des Finanz-Ausschusses bin ich jedoch nicht in der Lage, diesfalls eine Erklärung abzugeben.

Landeshauptmann: Ich schreite nunmehr zur Abstimmung und bringe den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Link als den weitergehenden zuerst zur Abstimmung, der Antrag lautet (liest):

„In Erledigung der von Moisia Posaner v. Ehrenthal eingebrachten Petition wird die ihr jährlich gewährte Gnadengabe von 200 fl. auf 300 fl. erhöht.“

(Der Antrag wird angenommen.)

Meine sehr verehrten Herren! Mit diesem Gegenstande haben wir den letzten Punkt der Tagesordnung in der laufenden Landtags-Session erledigt und stehen am Schlusse der VII. Landtagsperiode. Wenn ich heute von dieser Stelle die Ehre habe, einige Worte an Sie richten zu können, so liegt es mir gewiß nahe, mich daran zu erinnern, daß zu Beginn dieser Landtagsperiode ich nicht diesen Platz einzunehmen berufen war, auf dem ich jetzt stehe, und dankbar des Mannes zu gedenken, der zu Beginn der Landtagsperiode die Landtagsverhandlungen und die Verhandlungen des Landes-Ausschusses geleitet und durch seine geistvolle Initiative und unermüdblichen Eifer die Angelegenheiten in diesen Körperschaften zu fördern mußte. Wir haben schon aus der früheren Periode, die durch ihre rege Thätigkeit sich auszeichnete, in diese Periode übergreifen gesehen und Arbeiten vorgefunden,

und auch in diesen Sessionen wurden in allen Zweigen der Verwaltung, die uns und dem Landes-Ausschusse zugewiesen sind, Einrichtungen theils neu ins Leben gerufen, theils das Bestehende gefördert und ausgebildet. Wenn ich zuerst mich auf die Schule beziehe, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß im Laufe der letzten Landtagsperiode mehrere Bürgerschulen neu errichtet worden sind, und der hohe Landtag wiederholt sich auch mit der Frage beschäftigt hat, in welcher Weise den Wünschen der Lehrpersonen um Erhöhung ihrer Bezüge in einer Weise Gerechtigkeit werden könnte, damit die Lehrerschaft zufrieden und eifrig ihres Amtes obliegen könnte und andererseits die Steuerträger des Landes nicht übermäßig belastet würden.

Eine große Thätigkeit entwickelte der hohe Landtag auch in der Förderung des Verkehrs wesens; ich brauche nicht besonders auf die Ausbildung des Eisenbahnwesens hinzuweisen, welche in der letzten Periode hier im hohen Hause so große Fortschritte gemacht hat durch die Beschlusfassung über die verschiedenen, seither eröffneten Landesbahnen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir bei dieser großen weit ausgreifenden Thätigkeit nicht veräuht haben, auch des Straßenwesens zu gedenken, in dem wir in jenen Landestheilen, wo sich der Verkehr ohne Eisenbahn abwickeln muß, die wichtigsten Straßen in die Kategorie der Bezirksstraßen I. Classe übersezt und dadurch Mittel des Landes auch in diesen Theilen zur Förderung des Verkehrs wesens angelegt haben.

In gleicher Weise war der hohe Landtag bemüht, den Bedürfnissen Rechnung zu tragen, die von Seite der Anwohner der Flüsse, die das Land durchströmen, empfunden wurden, die Flußläufe geregelt zu sehen, beziehungsweise die Wasserstraßen dem Verkehre zu erschließen, und den Wasserläufen die Gefahren zu benehmen, die sie für die Anrainer oft mit sich bringen. In diesen abgelaufenen sechs Jahren wurde auch in dieser Hinsicht entsprechende Rücksicht genommen. Ich kann mich dabei auf den Gesetzentwurf beziehen, der in den letzten Tagen erst im hohen Hause beschlossen worden ist, und von welchem ich vorausseze, daß ihn die hohe Regierung der Allerhöchsten Sanction empfehlen werde. Hierbei kann ich nicht unterlassen, dankbarst der Förderung und des Entgegenkommens zu gedenken, die speciell bei dieser Gelegenheit, der Berathung über die Murrfluß-Regulirung und die Erhaltung der Murrflußbauten seitens der hohen Regierung in der letzten und auch in dieser Session zutheil geworden ist.

In gleicher Weise, wie auf dem Gebiete des Schul- und Verkehrs wesens, sind auch auf einem anderen Gebiete in den letzten Jahren große Fortschritte zu verzeichnen

auf einem Gebiete, welchem sich die steiermärkische Landes-Vertretung mit besonderem Eifer und Liebe zugewendet hat, nämlich auf dem Gebiete der Armen- und Humanitätspflege.

Dieser hohe Landtag hat eine Veränderung des Armengesetzes beschlossen, von welcher alle Parteien des hohen Hauses, und ich hoffe, daß sie sich in der Ausführung so bewähren werde, wie sie bei Beschlußfassung, ich möchte sagen bei der Zusammenstellung, gedacht worden sind als eine Anwendung der wahrhaft christlichen Milde bei Pflege der Armen und Verlassenen.

Wir haben uns in Bezug auf Humanitätsanstalten, der Errichtung einiger neuer Anstalten zu erfreuen, und zwar der Irren-Siechenanstalt Schwanberg, des Siechenhauses Hochenegg, wir haben ein neues Spital in Rottenmann errichtet, und das in Würzzuschlag von der Marktgemeinde übernommene, in einem Neubau untergebracht.

Außer der Pflege der, ich möchte sagen den Bedürfnissen der Bevölkerung zunächststehenden Angelegenheiten haben wir aber auch nicht versäumt, für die weitergehenden Bedürfnisse vorzusorgen und daher eifrig zu pflegen, was wir von unseren Voreltern übernommen haben. Wir haben uns in der letzteren Zeit insbesondere damit beschäftigt, das Landhaus, das Haus, in welchem die Landes-Vertretung tagt, in einer den jetzigen Bedürfnissen entsprechenden Weise herstellen zu lassen und haben diese Herstellungsarbeiten in dieser Landtagsperiode vollendet.

Wir haben das Geschenk und Vermächtnis, welches wir von einem erhabenen Mitgliede unseres Allerhöchsten Kaiserhauses vor mehr als 80 Jahren den steiermärkischen Landständen übergeben erhielten, und von ihnen zur weiteren Entwicklung übernommen haben, wir haben das Joanneum in den neuen Räumen untergebracht, und erinnern wir uns beim Neubau dankbar, daß wir dem Erzherzog Johann zu verdanken haben nicht nur die Förderung für Kunst und Wissenschaft, sondern auch die Einrichtungen der technischen Studienanstalten in Steiermark sich aus dem Joanneum entwickeln zu sehen. Wir hätten aber bei all' unserer Thätigkeit in den abgelaufenen sechs Jahren das nicht erreichen können, was wir erreicht haben und wir könnten nicht mit jenem befriedigenden Gefühle, das wir alle empfinden, im Rückblicke auf unsere letzte sechsjährige Thätigkeit in unseren Wahlbezirk zurückkehren, wenn wir nicht während dieser Zeit unermüdlich und unentwegt uns der eifrigsten Förderung seitens der hohen Regierung und ihrer Organe bei diesen Arbeiten zu erfreuen gehabt hätten. Ich habe zu Beginn dieser

Session mir erlaubt, dankenden Wortes Sr. Excellenz Freiherrn von Rübeck zu gedenken, der zu Beginn dieser Landtagsperiode als Vertreter der hohen Regierung in diesem hohen Hause erschienen ist und ich erlaube mir heute dem gegenwärtigen Herrn Statthalter von Steiermark als Vertreter der Regierung im Landtage Sr. Excellenz Herrn Olivier Marquis Bacquehem, ehrerbietigsten und aufrichtigsten Dank zu sagen für die ganz außerordentliche Unterstützung, die er den Arbeiten in diesem hohen Hause und in den Ausschüssen in dieser Session geleistet hat. (Bravo, bravo!) Wir haben dasjenige an ihm gefunden, was wir an ihm zu finden erwartet haben, einen treuen Freund des Landes, welches ihm von Sr. Majestät dem Kaiser zur Fürsorge anvertraut worden ist. Wir haben in ihm einen jedem von uns persönlich wohlwollenden Mann erkannt, der sein Bestreben darin sucht, während der Landtags-Session die Interessen des Landes und die Interessen der Gegenstände, die in diesem Landtage zur Beschlußfassung gelangen, auf das wärmste zu fördern. (Lebhafter Beifall.) Ich kann nicht umhin, wenn ich zurückblicke auf die jüngstverflossene Landtagsperiode, noch einmal auf das Museum zurückzukommen, denn in diesem Baue, welcher bestimmt ist, die Erinnerungen aus früherer Zeit zur Anschauung und Aufbewahrung zu bringen, und welches, wie gesagt, das Vermächtnis eines Mitgliedes des Allerhöchsten Kaiserhauses ist, dabei zu gedenken des Umstandes, daß gerade dieses Institut zweimal in der letztabgelaufenen Landtagsperiode Veranlassung war, daß das Land durch den beglückenden Besuch Allerhöchst Sr. Majestät erfreut wurde, und Allerhöchst Sr. Majestät hatte diesem Institute gegenüber und dem Lande, welches es zu leiten hat, nicht nur die außerordentliche Gnade, Höchstsich selbst die Grundsteinlegung vorzunehmen, sondern er war auch mit Freude bereit, der Bitte des Landes-Ausschusses zu entsprechen und das fertige Gebäude durch Allerhöchst seinen Besuch zu eröffnen. Sr. Majestät konnte bei diesem beidermaligen Besuche von Steiermark und der Landeshauptstadt gewiß die Ueberzeugung gewinnen, daß die Herzen der Steiermärker mit unentwegter Treue, Liebe und Anhänglichkeit ihm entgegen schlugen; überall, wo Sr. Majestät sich zeigte, hörte er unzählige jubelnde Rufe: Hoch lebe Sr. Majestät unser geliebter Kaiser! Ich glaube, daß wir unsere sechsjährige Landtagsperiode nicht in würdigerer und mehr vom Herzen kommender Weise beschließen können, als indem wir auch diesen Ruf ausbringen: Sr. Majestät unser Allergnädigster Herr und Kaiser Franz Josef I., lebe hoch! hoch! hoch! (Die Versammlung bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)

Abg. Graf **Rottulinsky** (G.-G.-B.): Wir stehen

heute am Schlusse der letzten Session einer Landtagsperiode und ich glaube, wir können immerhin mit einiger Befriedigung auf unsere gemeinsame Thätigkeit während dieses Zeitraumes zurückblicken. Daß dieselbe auch in dieser letzten Session keine unfruchtbare war und welchen Momenten dieser erfreuliche Umstand zu danken ist, hat schon unser hochverehrter Herr Landeshauptmann betont, indem er auf die rege Mitwirkung Sr. Excellenz des Herrn Statthalters an den Arbeiten dieses Landtages hingewiesen und ihm hiefür gedankt hat. Ich glaube, es ist nicht unangemessen, wenn auch aus der Mitte des Landtages selbst, aus der Mitte der Landtags-Abgeordneten in gleicher Weise Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter für das stets rege Interesse, welches er den Arbeiten des Landtages sowohl als in den Ausschüssen entgegengebracht hat, der verbindlichste Dank ausgesprochen werde. Wir haben besonders dankbar empfunden, daß Se. Excellenz persönlich auch an den oft langwierigen und mühseligen Arbeiten in den Ausschüssen in unermüdlicher Weise theilgenommen und dieselben dadurch wesentlich gefördert hat.

Ich glaube der allgemeinen Stimmung im hohen Hause Ausdruck zu geben, wenn ich mir gestatte, im Namen der Mitglieder des Landtages Sr. Excellenz dem Herrn Statthalter für das diesem hohen Hause und den der Wohlfahrt des Landes dienenden Beratungen desselben entgegengebrachte Interesse unseren wärmsten und verbindlichsten Dank auszusprechen. (Lebhafte Bravo-Rufe.)

Statthalter Marquis **Bacquehem**: Ich fühle mich verpflichtet, dem Herrn Landeshauptmann und dem Herrn Abgeordneten Grafen **Kottulinsky** wärmsten Dank zu sagen, daß sie die Güte hatten, in einer für mich so schmeichelhaften Weise meiner Mitwirkung an den Arbeiten des hohen Landtages zu gedenken und darf es wohl als eine besondere Auszeichnung betrachten, daß diese gütigen Worte im hohen Hause selbst so freundlichen Wiederhall fanden. Ich schätze mich glücklich, daß mir durch diese Session die Gelegenheit geboten war, mit den durch das Vertrauen der Bevölkerung ausgezeichneten verehrten Mitgliedern dieses hohen Hauses in persönliche Beziehungen zu treten und in diesem Verkehre werthvolle Anregungen für meine Thätigkeit im Lande selbst zu erhalten. Hieran darf ich den wohl von uns allen getheilten Wunsch knüpfen, daß der Erfolg der Arbeiten, denen sich die verehrten Mitglieder auch in dieser Session mit hingebungsvollem Eifer gewidmet haben, sich für unser Land in jeder Richtung nutzbringend und wohlthätig erweisen möge. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. **Rienzl** (Vorstädte Graz): Die siebente

Landtags-Periode ist nun beendet! Lassen Sie mich als einen Ihrer ältesten Collegen nochmals das Wort ergreifen, um den Wunsch auszusprechen, daß die von uns in der abgelaufenen Landtags-Periode gefaßten Beschlüsse unserem Lande zum Segen und Heile gereichen mögen.

Wir gehen auseinander in der Ungewißheit, ob und in welcher Anzahl wir uns in der grünen Stube wiederfinden werden. Wir haben Abschied zu nehmen. Wir waren bei unseren Beratungen und Beschlüssen nicht immer ein und derselben Meinung; es haben sich häufig, und zwar auch in wichtigen Fragen, gegentheilige Ansichten geltend gemacht. Dessenungeachtet sei allen jenen, welche sich in der Verfassung befinden, einen deutschen Händedruck in deutscher Weise zu erwidern, heute die Hand zum Abschiedsgruße in Freundschaft gereicht.

Meine Herren! Wir haben noch eine Pflicht zu erfüllen und ich übernehme es, dies in Ihrem Namen zu thun, indem ich dem geehrten Landes-Ausschusse für die umsichtige und sorgfältige Führung der Geschäfte, für das Entgegenkommen, das jeder von uns bei allen Mitgliedern des Landes-Ausschusses jederzeit gefunden hat, wärmstens danke. (Lebhafte Beifall.) Dieser Dank ist zuvörderst an die Adresse unseres hochverehrten Herrn Landeshauptmannes gerichtet, in welchem wir einen ebenso biederem, charaktervollen als auch gesinnungs- und arbeitstüchtigen Mann kennen gelernt haben. (Bravo! Bravo!) Ich glaube der in den weit- aus meisten Landestheilen herrschenden Stimmung Ausdruck zu geben, wenn ich die zuversichtliche Hoffnung ausspreche, daß die Leitung der Geschäfte unseres lieben Steirerlandes noch länger seiner erprobten Hand anvertraut bleiben möge. (Lebhafte Beifallsrufe, minutenlanges Händeklatschen.)

Landeshauptmann: Meine sehr verehrten Herren! Ich erlaube mir im Namen des Landes-Ausschusses für die Anerkennung zu danken, welche in den Worten des Herrn Abgeordneten Dr. **Rienzl** für die Thätigkeit des Landes-Ausschusses in der abgelaufenen Periode gelegen ist. Ich danke auch dem Herrn Abgeordneten Dr. **Rienzl** für die wohlwollenden Worte, die er über meine Thätigkeit gesprochen hat, und danke Ihnen, meine Herren, für die freundliche Aufnahme, die diese Worte gefunden haben. Ich kann Ihnen sagen, daß mir die Zeit, die ich im Landhause gearbeitet habe, stets sehr angenehm gewesen ist, daß die Zeit, während welcher ich die Ehre hatte, den Vorsitz zu führen, mir immer in Erinnerung als eine große Ehre bleiben wird, die ich in unverdienter Weise genossen habe.

Was die Zukunft bringt, wissen wir alle nicht, aber Sie können versichert sein, daß, solange ich in irgend einer, und sei es auch in der bescheidensten Stellung, für Steiermark zu wirken in der Lage sein werde, ich mich bemühen werde, das, was meine Pflicht mir vorschreibt, nach Thunlichkeit erfüllen zu können. (Bravo! Bravo!)

(Schluß der Sitzung: 3 Uhr 30 Minuten Nachmittag.)

Ich schließe die Sitzung und mit ihr die sechste Session der siebenten Landtagsperiode.

Ich möchte noch bitten, mir die Ermächtigung zu erteilen, das Protokoll der heutigen Sitzung verifizieren zu dürfen. (Zustimmung.)

Ich erkläre nunmehr die Sitzung für geschlossen.